SCHAUMBURGER STUDIEN

IM AUFTRAGE DER HISTORISCHEN ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR SCHAUMBURG
HERAUSGEGEBEN VON FRANZ ENGEL †

Heft 19:

HANS-HEINRICH HASSELMEIER

DIE STELLUNG DER JUDEN IN SCHAUMBURG-LIPPE

VON 1648 BIS ZUR EMANZIPATION

1968

VERLAG GRIMME BÜCKEBURG

DIE STELLUNG DER JUDEN IN SCHAUMBURG-LIPPE

VON 1648 BIS ZUR EMANZIPATION

VON

HANS-HEINRICH HASSELMEIER

Mit 9 Abbildungen

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

1967

VERLAG GRIMME BÜCKEBURG

Die „Schaumburger Studien“ werden gefördert mit Hilfe von Forschungsmitteln des Landes Niedersachsen

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

Alle Rechte vorbehalten
Copyright © 1966 Verlag Grimme Bückeburg
Gesamtherstellung: Grimmesche Hofbuchdruckerei Bückeburg

SCHAUMBURGER STUDIEN

im Auftrage der Historischen Arbeitsgemeinschaft für Schaumburg

herausgegeben von Franz Engel †

HEFT 19

MEINEN ELTERN

IN DANKBARKEIT

INHALT

Seite

VORWORT IX

EINLEITUNG 1

1. Die Juden in Deutschland bis zum 17. Jahrhundert . . . 1

2. Juden in der Grafschaft Schaumburg bis zum Entstehen der selbständigen Grafschaft Schaumburg-Lippe 2

3. Das Entstehen der Grafschaft Schaumburg-Lippe; Lage und Situation 4

4. Zeit-Tabelle der schaumburg-lippischen Grafen und Fürsten 6

5. Juden in der Grafschaft Schaumburg-Lippe 6

DIE STELLUNG DER JUDEN IN SCHAUMBURG-LIPPE VON 1648 BIS 1848

1. Jüdische Religion, jüdisches Gemeindeleben, jüdische Gemeinden in Schaumburg-Lippe 8

2a) Die Institution des Judenschutzes 18

2b) Möglichkeiten und Bedingungen der Schutzerlangung; Prolongation 19

3. Auswirkungen des Schutzes in wirtschaftlicher Hinsicht . . 38

4. Auswirkungen des Schutzes in steuerlicher Hinsicht . . . 56

5. Auswirkungen des Schutzes in sozialer Hinsicht 71

6. Auswirkungen des Schutzes in juristischer Hinsicht 83

7. Auswirkungen ungeleitmäßigen Verhaltens auf den Schutz 92

8. Die Institution des Hofjudentums 99

a) Die Familie Heine 102

b) Weitere inländische Hoffaktoren und -lieferanten . . . 114

Seite

c) Ausländische Hoffaktoren in schaumburg-lippischen Diensten 119

9. Judenemanzipation in Schaumburg-Lippe — die vorbereitende Zeit bis zur gesetzlichen Verkündung 1848 123

DIE JUDEN IN SCHAUMBURG-LIPPE BIS ZUR GEGENWART 131

QUELLEN UND LITERATUR 133

REGISTER DER JÜDISCHEN NAMEN 137

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

1. Übersichtsskizze über die Verbreitung der Juden und jüdischen Einrichtungen in Schaumburg-Lippe (gez. H.-H. Hasselmeier) 7

2. Judenfriedhof am Harrl bei Bückeburg (Aufn. W. Siegfried, Staatsarchiv Bückeburg) 13

3. Landesherrlicher Konsens zum Ankauf eines Wohnhauses durch einen Juden (A 20 Nr. 3) 21

4. Landesherrlicher Ehekonsens für eine jüdische Heirat (A 20 Nr. 16) . . 23

5. Tabellarische Übersicht über die Schutzjuden im Amt Hagenburg 1818 (Des L 3 Jc 18) 28/29

6. Anfang eines deutsch-jüdischen Gebetes für die glückliche Niederkunft der Fürstin Juliane. Druck von 1781 (Des L 3 Jc 4) 37

7. Jüdischer Reisepaß von 1817 (A 20 Nr. 10) 77

8. Stammhaus der Familie Heine an der Langen Straße in Bückeburg (Aufn. W. Siegfried, Staatsarchiv Bückeburg) 107

9. Schaumburg-lippisches Emanzipationsgesetz vom 5. Dez. 1848 (Landesverordn. Bd. 8 S. 59/60 129

Vorwort

Angeregt wurde diese Arbeit durch die bedeutende Ausstellung „Monumenta Judaica" in Köln. Ich bin Herrn Generalsekretär Konrad Schilling, Köln, zu Dank verpflichtet, daß er mir Gelegenheit gab, damals persönlich zu deren Gelingen meinen bescheidenen Teil beizutragen.

Sehr entgegenkommend und hilfsbereit zeigte sich dann später mein Lehrer Professor Dr. Adam Wandruszka, Universität Köln, als er mir erlaubte, im Rahmen meiner Staatsarbeit zu erforschen, wie die jüdischen Verhältnisse in meiner Heimat Schaumburg-Lippe seit Bestehen des Landes bis zur Emanzipation 1848 lagen. Er stand mir ratend bei schwierigen Problemen zur Seite und sorgte dafür, daß diese Untersuchung zum Druck freigegeben werden konnte.

Desgleichen möchte ich meine Dankbarkeit der „Historischen Arbeitsgemeinschaft für Schaumburg" unter dem Vorsitz von Herrn Archivdirektor Dr. Franz Engel zum Ausdruck bringen, weil sie die Drucklegung und Veröffentlichung großzügig übernahm.

Die vorliegenden Ausführungen beruhen zum weitaus größten Teil auf der Durchsicht von Archivalien im Niedersächsischen Staatsarchiv Bückeburg, Niedersächsischen Staatsarchiv Hannover, im Stadtarchiv Stadthagen, im Staatsarchiv Detmold sowie im Gutsarchiv Remeringhausen.

Hier gilt mein besonderer Dank den Herren Archivdirektor Dr. Franz Engel und den Archivräten Dr. Friedrich-Wilhelm Schaer und Dr. Dieter Brosius für ihre bereitwillige Hilfe bei der Erschließung des Aktenmaterials.

Herzlichen Dank schulde ich dem Publizisten und Privatgelehrten Herrn Ludwig Lazarus, Hannover, der mir manch überaus nützlichen Hinweis bezügl. wichtiger Literatur, besonders auf jüdischem Gebiet, gab und auftauchenden Fragen stets ein geneigtes Ohr lieh.

Den Herren A. Gessert und A. Wehling sei gedankt für ihre heimatkundlichen Erklärungen sowie den Herren J. Bauer und W. Siegfried für die Anfertigung der Fotografien.

Petzen, im Dezember 1966 *Hans-Heinrich Hasselmeier*

EINLEITUNG

1. Die Juden in Deutschland bis zum 17. Jahrhundert

Die Anwesenheit von Juden in Germanien war zweifellos mit dem Eindringen der Römer im Laufe des 1. Jahrhunderts verbunden; jedoch können hierüber keine Einzelheiten belegt werden. Mehrere Legenden wollen zwar die Existenz jüdischer Gemeinden, speziell im Rheinland, glaubhaft machen, scheiden aber als historische Quellen aus. Die ersten historischen Fakten bilden zwei Urkunden Kaiser Konstantins an die Kölner Dekurionen 231 und 331 bezüglich der Juden. Im 4. und 5. Jahrhundert folgten dann Gesetze der römischen Kaiser gegen die Gleichberechtigung der Juden im christlichen Staatswesen. Juden wurden zu Staatsbürgern minderen Rechts. Die Frankenkönige erneuerten und verschärften dann während des 6. und 7. Jahrhunderts die staatlichen Anordnungen zur rechtlichen Stellung der Juden. Im 9. Jahrhundert erteilte Kaiser Ludwig der Fromme erstmals Schutzbriefe und Privilegien und verpflichtete damit Juden zu wirtschaftlichen Diensten für den kaiserlichen Hof. Die ersten Verfolgungen erlitten die Juden zur Zeit der Kreuzzüge. 1236 (?1238) legte ein Privileg die kaiserliche Kammerknechtschaft urkundlich fest[1]; der Kaiser hatte das sog. Judenregal, das gleichzeitig die Reichsstände wie auch die Städte beanspruchten. Nach dem Tode Friedrichs II. wurde das System des Kammerschutzes — zum Verhängnis für die deutschen Juden — verändert, denn das Judenregal wurde häufig den erstarkenden Landesherren und den mit ihnen erfolgreich rivalisierenden Städten verliehen, so daß nunmehr die Juden als Kammerknechte von drei Schutzherren besteuert wurden: vom Kaiser, vom Landesherrn und von der Stadt. Die hohen Summen konnten die Juden vielfach nur mit Hilfe des Geldhandels sowie des Kredit- und Zinsgeschäfts aufbringen. Zu dieser Zeit entstanden Judenordnungen, die das jüdische Leben — oft bis ins kleinste! — festlegten,

[1]) Hb MJ S. 33—55.

wie auch Kleiderordnungen mit dem gelben Judenring (seit der Bamberger Synode 1451). Das erste Ghetto auf deutschem Boden entstand 1462 in Frankfurt[2]. Auch fanden in dieser Zeit viele Vertreibungen und Verfolgungen statt. Nur wer im Geleit stand, sei es im General- oder Partikulargeleit, durfte sich als Bürger auf Zeit fühlen — bis zur renovatio des Schutzes. Der Handel brachte es mit sich, daß man stete Verbindungen zu Fürsten suchte, so daß weitgreifende Betätigungsmöglichkeiten in der Richtung des künftigen Hofjudentums lagen[3].

2. Juden in der Grafschaft Schaumburg bis zum Entstehen der selbständigen Grafschaft Schaumburg-Lippe

Vorwiegend befaßte sich H. B. d. Wieden mit den Juden in der Grafschaft Schaumburg[1] bis zum Entstehen der Grafschaft Schaumburg-Lippe. Er legt dar, daß sich bis 1576[2] nur vereinzelt Juden nachweisen lassen und zwar erstmalig 1402 in Rinteln, 1431 und 1435 in Stadthagen, 1553 und 1575 in Rodenberg. Die damaligen Juden hielten sich also an Orten mit wirtschaftlicher Bedeutung auf, die in unmittelbarer Nähe der Grenze lagen und so die Hauptkontaktpunkte im Handel mit Nachbargebieten bildeten. Stadthagen hatte sogar zweifache Bedeutung, erstens wegen des Helweges und zweitens wegen der dort residierenden Grafen. „Zwar gab es noch nicht das Amt des Hofjuden, aber dennoch zogen die Sitze der Territorialherren stets Juden an, da die mannigfaltigen Bedürfnisse des Hofes selbst in wirtschaftlich unbedeutenden Ländern einen gewissen Handel versprachen[3]." Während der Regierungszeit des Grafen Adolf XIV. (1582—1601) verdichten sich dann die Nachrichten über Juden. Es existieren Schutzgeldlisten[4], die die Erteilung von Geleitbriefen voraussetzen. Dadurch hatte der Landesherr die Zahl der Juden unter Kontrolle, und diese konnten ihren Geschäften nur an

---

[2]) Hb MJ S. 60—74.
[3]) Hb MJ S. 199—224.
[1]) B. d. Wieden, Fürst Ernst
[2]) Tod des Grafen Otto IV.
[3]) B. d. Wieden, Fürst Ernst; S. 78.
[4]) A 20 Nr. 3.

den Orten nachgehen, die ihnen zugewiesen wurden. „Dies war erforderlich, weil die an die Ordnungen ihrer Zünfte und Gilde gebundenen Handwerker und Kaufleute nicht mit den Juden konkurrieren konnten, da diese außerhalb derartiger Satzungen standen. Eine große Anzahl von Juden hätte für das bestehende Wirtschaftsgefüge eine Gefahr bedeutet, einzelne dagegen waren wegen ihrer Sonderstellung durchaus von Nutzen[5]."

Auch Graf Ernst (1601—22) bediente sich der Juden, hielt sie jedoch völlig in seiner Abhängigkeit, was er durch eine für Michaelis 1601[6] anberaumte, aber nicht durchgeführte Judenausweisung erreichte. „Der Sinn dieses Befehls war es nicht, die Juden zu vertreiben. Ernst wollte sich vielmehr über ihre Zahl orientieren, um sie dann völlig seiner Kontrolle unterwerfen zu können. Die drohende Ausweisung veranlaßte aber wohl die Schaumburger Juden, dem Grafen . . . ein entsprechendes ‚Geschenk' zu machen[7]", so daß sie das Land nicht zu verlassen brauchten, sondern Schutzbriefe erhielten, nach denen 26 Juden je 6 Rtl, 2 Juden je 20 Rtl Schutzgeld zu bezahlen hatten. Dieses wurde zunächst von jedem einzeln, wegen der Umständlichkeit aber dann später in einer Summe eingezogen. Weitere Beschränkungen wurden den Juden zunächst nicht auferlegt, da sie den Schaumburger Handel belebten. Jedoch waren die Städte mit dieser Großzügigkeit nicht einverstanden, und Oldendorf intercedierte gegen die Aufnahme weiterer Juden mit der Begründung: *Sintemalen wir bereit(s) mehr als meglich, von diesen Jezigen bei uns haben(den) Juden, beschweret und belästigt werden*[8]. Der Brief hatte Erfolg: Juden wurden dort nicht mehr privilegiert, nur noch in Orten, die dagegen keinen Protest erhoben. „Er (Ernst) handelte dabei aus der Erkenntnis, daß eine gesunde, einheimische Wirtschaft ihm auf die Dauer von größerem Nutzen sein mußte, als dies die ständig fluktuierende Judenschaft sein konnte"[9].

Zahlreiche Juden verließen die Grafschaft wieder, da die vorhandene Wirtschaft nicht die Möglichkeit bot, größere Gewinne zu erzie-

---

[5]) B. d. Wieden, Fürst Ernst; S. 79.

[6]) 29. Sept. nach Grotefend.

[7]) B. d. Wieden, Fürst Ernst; S. 80. Des L 102 A Nr. 713 von 1622 besagt z. B., daß Becher als Huldigungsgeschenke von den Juden angeboten wurden.

[8]) Zitat B. d. Wieden, Fürst Ernst; S. 81, aus: Des L 1 III Ca 8.

[9]) B. d. Wieden, Fürst Ernst; S. 81.

len. Das Ergebnis einer Judenzählung 1620 war, daß sich in den Dörfern keine, in den Städten, besonders in Stadthagen und Rodenberg, wenige Judenfamilien mit vielen Personen aufhielten. Daraufhin bestimmte Fürst Ernst[10], daß zukünftig nicht mehr jüdische Familien als bei der Zählung anwesend sich ansiedeln durften[11]. Erst nach dem Tode des Fürsten Ernst, als das starke Landesregiment verfiel, und durch die Wirren des 30jährigen Krieges scheinen wieder mehr Juden in die Grafschaft gekommen zu sein, „so daß sie 1635 sogar den Bau einer Synagoge in Stadthagen planen konnten. Doch bei dem Plan blieb es. Warum er nicht zur Ausführung kam, wissen wir nicht ....“ [12] [13]

Abschließend schreibt H. B. d. Wieden: „Ernst hatte in seiner Grafschaft dieser Entwicklung[14] die Wege geebnet durch sein Bemühen, den Juden einen Platz in der Gesellschaftsordnung seiner Zeit anzuweisen. Dabei muß jedoch hervorgehoben werden: Ernst war stets der Herr der Juden in Schaumburg, und was sie taten, erfolgte weitgehend unter seiner Kontrolle. Er bemühte sich um die Eingliederung der Juden in die Wirtschaft seines Landes, achtete dann aber darauf, daß sie die ihnen gesetzten Schranken nicht überschritten[15].“

Erst, nachdem der 30jährige Krieg beendet und die selbständige Grafschaft Schaumburg-Lippe entstanden war, zog der Landesherr wieder Juden an seinen Hof nach Bückeburg; die Zeit des Hofjudentums begann.

3. Das Entstehen der Grafschaft Schaumburg-Lippe; Lage und Situation

Gegen Ende des 30jährigen Krieges wurde die Grafschaft Schaumburg von der beutegierigen Soldateska schwer heimgesucht. Als 1640 mit dem Grafen Otto V. das Haus der Schaumburger ausstarb, entstanden Erbfolgekämpfe zwischen den 3 Lehnsherren: dem Her-

---

[10]) 1619 erwarb der Graf Ernst mit großen Geldsummen von Ferdinand II. den persönlichen Fürstentitel; aus: Ldkr. Sch.-L., S. 9.

[11]) Des L 1 III Ca 20.

[12]) B. d. Wieden, Fürst Ernst; S. 82.

[13]) B. d. Wieden führt 2 vermeintliche Gründe an: Entweder Verringerung der Anzahl der Juden oder abwehrende Haltung der evang. Kirche.

[14]) sc: zum Hofjudentum.

[15]) B. d. Wieden, Fürst Ernst; S. 82.

zog von Calenberg, dem Landgrafen von Hessen-Kassel und dem Bischof von Minden, denen im 16. Jahrhundert die Grafschaft die ihr gehörenden Ämter übertrug mit der Vertragsklausel, daß bei Aussterben des Schaumburgischen Mannesstammes die Lehnsämter an sie fallen sollten. Demzufolge besetzten die Hessen die Ämter Rodenberg, Arensburg und Hagenburg als heimgefallene Lehen. Die Schweden, damalige Besitzer des Bistums Minden, verlangten ihre Lehnsämter Bückeburg, Stadthagen, Sachsenhagen und Schaumburg. Sie besetzten aber nur Bückeburg, weil die drei anderen Ämter mit den dortigen Burgen Witwensitze dreier Schaumburger Gräfinnen waren. Herzog Georg von Calenberg hatte bereits 1635 seine Lehen besetzt und teilweise an Dänemark verkauft. Die Mutter des verstorbenen Grafen Otto V. erhob Protest beim Reichshofrat in Wien und berief ihren jüngsten Bruder Philipp zur Lippe 1643 zu ihrem Erben und Mitregenten. Dieser heiratete 1644 die junge hessische Prinzessin Sophie, wodurch er sich mit dem Landgrafen aussöhnte und in ihm eine Stütze gewann. Ihm wurde ein Teil der alten Grafschaft Schaumburg als Lehen überlassen. Es waren die Ämter Bückeburg (mit Stadt), Arensburg, Stadthagen (mit Stadt), Hagenburg (mit den Flecken Hagenburg und Steinhude) sowie ein Teil des Amtes Sachsenhagen. Dieser Teilungsvertrag vom 9. 7. 1647 wurde 1648 im Westfälischen Frieden zu Münster und Osnabrück mitaufgenommen und damit anerkannt. Als territoriale Einheit hatte die alte Grafschaft zu bestehen aufgehört. Es gab nunmehr die „Grafschaft Schaumburg hessischen Anteils" und die „Grafschaft lippischen Anteils", die bald nur noch „Schaumburg-Lippe" genannt wurde, seitdem Philipp den Titel „Graf von Schaumburg-Lippe" führte. Der bis heute gebliebene äußere Umfang der Grafschaft Schaumburg-Lippe war damit erreicht[1] [2]. Das kleine, nur 340 qkm große Land mit 151 km Grenze und dem Steinhuder Meer liegt westlich von Hannover. Es reicht bis an alt-hannoversches Territorium und gehört zum Lande Niedersachsen. Im Südwesten und Westen grenzt Schaumburg-Lippe an den Landkreis Minden, der zum Regierungsbezirk Detmold im Lande Nordrhein-Westfalen gehört[3].

---

[1]) Ldkr. Sch.-L.: S. 10.
[2]) Engel, Sch.-L.: S. 123—127.
[3]) Ldkr. Sch.-L.: S. 1/2.

4. Zeit-Tabelle der Schaumburg-Lippischen Grafen und Fürsten

(1643)	1647—1681	Graf Philipp I.
	1681—1728	Graf Friedrich Christian
	1728—1748	Graf Albrecht Wolfgang
	1748—1777	Graf Wilhelm
	1777—1787	Graf Philipp Ernst
	1787—1807	Vormundschaftliche Regierung für Erbprinz Georg Wilhelm wegen Minderjährigkeit durch dessen Mutter Fürstin Juliane sowie den Grafen Johann Ludwig von Wallmoden-Gimborn
	1799	Tod Julianes; Graf Johann Ludwig von Wallmoden-Gimborn alleiniger Vormund
	1807	Erhebung der Grafschaft zum Fürstentum
	1807—1869	Fürst Georg Wilhelm
	1869—1893	Fürst Adolf Georg
	1893—1911	Fürst Georg
	1911—1918	Fürst Adolf
	1918	Freistaat Schaumburg-Lippe

5. Juden in der Grafschaft Schaumburg-Lippe

Wie bereits erwähnt, gab es schon vor 1648 Juden auf später schaumburg-lippisches Gebiet, wie die Archivakten[1] und auch das Niedersächsische Städtebuch[2] beweisen. Daß Juden gleich nach Entstehen des Staates Schaumburg-Lippe im Lande blieben, bzw. neu hereinkamen, zeigen eindeutig die hierüber geführten Akten der Regierung, der Kammer, der Justizkanzlei, der Ämter und Magistrate.[3] Ungeachtet dieser Tatsache wird in der sehr ausführlichen Kreisbeschreibung[4] Schaumburg-Lippes unter dem Abschnitt „Sonstige religiöse Gemeinschaften“[5] nicht einmal erwähnt, daß sich stets Juden in Schaumburg-Lippe aufhielten — und zwar etwa 100 bis 250 Per-

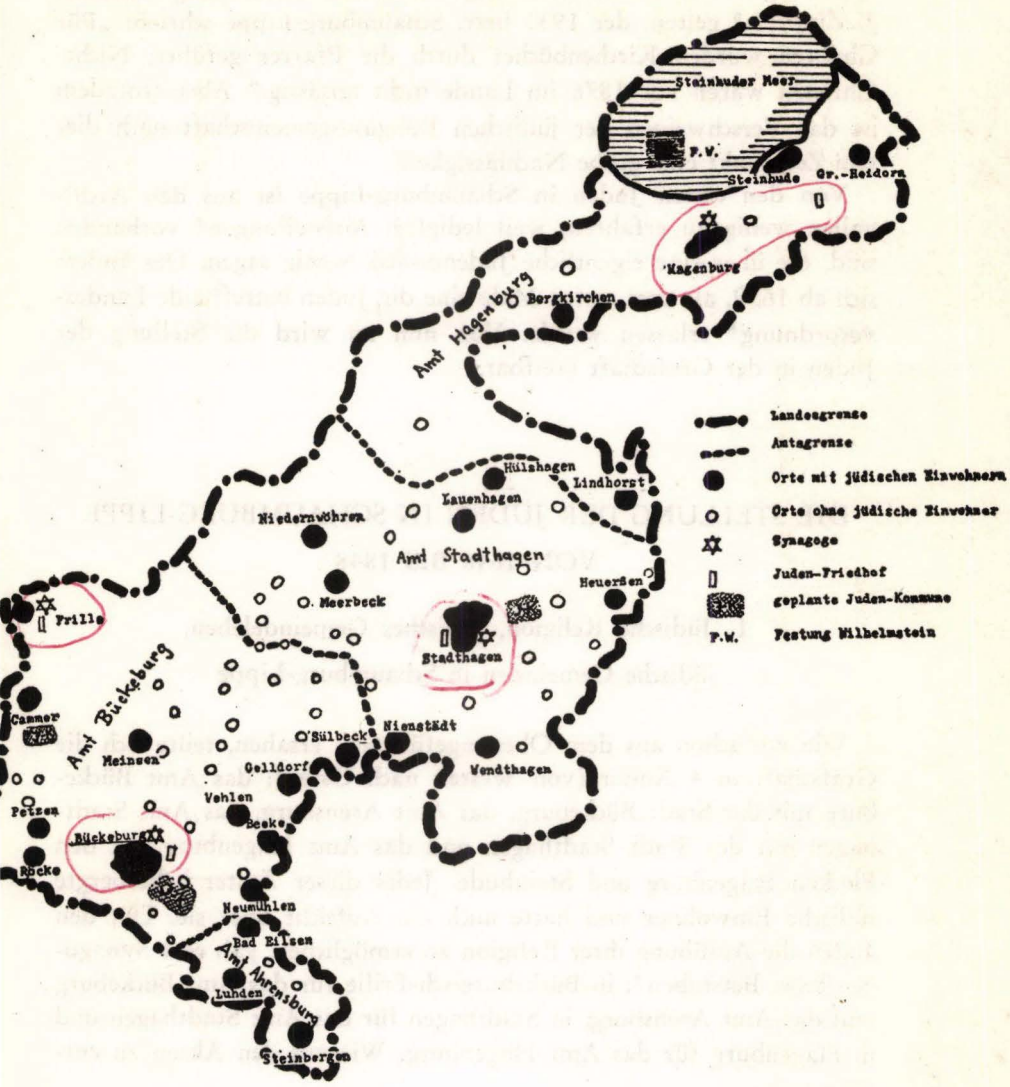
[1]) A 20 Nr. 3; Des L 1 III Ca, Cb, C; Des L 2 J 26a, J 26e; Des L 102 A Bruchsachen, Vol. I.

[2]) unter Nr. 15 d: Bückeburg: 1635: 21 Juden in 4 Haushalten; Stadthagen: 1431; 1435 vereinzelte Juden, dann wieder seit 1620.

[3]) Aufstellung am Schluß.

[4]) Ldkr. Sch.-L.; S. 258.

[5]) von Pastor Herm. Heidkämper, Bückeburg.



1. Übersichtsskizze über die Verbreitung der Juden und jüdischen Einrichtungen in Schaumburg-Lippe (gez. H.-H. Hasselmeier)

sonen-, obwohl sonst jede noch so kleine oder unbedeutende Sekte in einem eigenen Abschnitt gewürdigt wird. Als Grund mag vielleicht J. Zipprich[6] gelten, der 1931 betr. Schaumburg-Lippe schrieb: „Für Christen wurden Kirchenbücher durch die Pfarrer geführt; Nicht-Christen waren vor 1876 im Lande nicht ansässig." Aber trotzdem ist das Verschweigen der jüdischen Religionsgemeinschaft nach diesem Zeitpunkt eine grobe Nachlässigkeit.

Von den ersten Juden in Schaumburg-Lippe ist aus den Archivalien wenig zu erfahren, weil lediglich Aufstellungen[7] vorhanden sind, die über eine eigentliche Judenpolitik wenig sagen. Das ändert sich ab 1659, als zum ersten Male eine die Juden betreffende Landesverordnung[8] erlassen wurde. Von nun an wird die Stellung der Juden in der Grafschaft greifbar.

DIE STELLUNG DER JUDEN IN SCHAUMBURG-LIPPE VON 1648 BIS 1848

1. Jüdische Religion, jüdisches Gemeindeleben, jüdische Gemeinden in Schaumburg-Lippe

Wie wir schon aus dem Obenangeführten[1] ersahen, teilte sich die Grafschaft in 4 Ämter (von Westen nach Osten): das Amt Bückeburg mit der Stadt Bückeburg, das Amt Arensburg, das Amt Stadthagen mit der Stadt Stadthagen und das Amt Hagenburg mit den Flecken Hagenburg und Steinhude. Jedes dieser Ämter beherbergte jüdische Einwohner und hatte auch die Aufsicht über sie. Um den Juden die Ausübung ihrer Religion zu ermöglichen, gab es 4 Synagogen bzw. Betstuben[2]: in Bückeburgisch-Frille für das Amt Bückeburg und das Amt Arensburg, in Stadthagen für das Amt Stadthagen und in Hagenburg für das Amt Hagenburg. Wie aus den Akten zu ent-

---

[6]) Zipprich, Personenstandsregister: S. 340—342.
[7]) Des L 102 A Bruchsachen, Vol. I; A 20 Nr. 3.
[8]) LVO vom 17. März 1659, Bd. 2, S. 55.
[1]) s. S. 4/5.
[2]) siehe Karte auf S. 7.

nehmen ist, wurde die Bückeburger Betstube[3] während der Jahre 1670—1675 eingerichtet und benutzt bis zum Neubau der Synagoge 1866. Sie lag im heutigen Rauterschen Geschäft an der Langen Straße, in dem noch einige Relikte[4] zu sehen sind. Über die Friller Synagoge geht aus den Akten nichts hervor. Das gilt auch für die Stadthagener Synagoge[5] in der Niedernstraße und die Hagenburger, die zwischenzeitlich völlig abgerissen ist. Lediglich ihr Dasein wird bezeugt[7].

Die Synagoge, „das Gotteshaus, bildete den Mittelpunkt für die Gesamtheit, nicht allein als die Stätte, an der man sich dreimal täglich im öffentlichen Gottesdienste vereinigte, sondern auch als der Ort, von dem alles ausging, was das geistige und oft auch das gesellschaftliche Leben innerhalb der Gemeinde betraf"[8]. Voraussetzung für einen jüdischen Gottesdienst war immer die Anwesenheit von 10 religiös mündigen Männern. Diese Zehnergemeinde wird mit „Minjan"[9] bezeichnet. In der Stadthagener Gemeinde kam es vor, daß die gesamte Judenschaft den Landesherrn bat[10], den verwiesenen Knecht des Isaac Salomon — Levin Leser behalten zu dürfen, um 10 Männer für den Gottesdienst zur Verfügung zu haben. Da der Landesherr eo ipso auch Kirchenfürst war und absolut herrschte, griff er selbstverständlich in das Privatleben nicht nur der christlichen Untertanen, sondern auch der Juden ein und entschied selbst über diese Supplikation. Er erließ 1684 eine Resolution[11], mit der die Erlaubnis für die jüdische Religion bestätigt wurde, jedoch *geheim ohne Aufwand.* Er ließ genau den Ablauf des Gottesdienstes überwachen[12], und bei vorkommenden Unordnungen erließ er entsprechende Verordnungen, die 50 Rtl Strafe androhten[13]. Solche Vorkommnisse waren beispielsweise 1780 zu ahnden auf Grund einer Anzeige des Fiscals[14] sowie 1805, als der jüdische Schullehrer Valentin Sack aus Stadthagen sich

---

[3]) Des L 3 Jc 7, später auch „Synagoge" genannt.

[4]) Rosette an der Decke, gezogener Strich an der Wand.

[5]) auch der dortige Archivleiter und Heimatforscher A. Wehling konnte mir nichts Genaueres sagen.

[7]) Des L 2 J 21, 22.

[8]) Berliner, Leben d dtsch. Juden im MA, S. 113.

[9]) Hb MJ, S. 717.

[10]) Des L 2 J 26c vom 11. Sept. 1755.

[11]) Des L O c Bd. 11 Nr. 175 vom 6. Aug. 1684; Des L 102 A Nr. 321.

[12]) Des L 2 J 21 von 1666, 1681.

[13]) Des L 2 J 26c vom 17. Jan. 1749.

[14]) Des L 3 Jc 3 von 1780.

beklagte[15]. Als Gründe der Unordnung oder Behinderung wurden genannt: 1) nicht vollständiger Minjan, 2) störende Unaufmerksamkeit, 3) widriges Drängen zur Thora[16], 4) schlecht einkommende Gelder in die Armenkasse[17]. Zur Ausübung des Gottesdienstes genügte ein Vorsänger oder Schullehrer, der von den Gemeindevorstehern ausgewählt wurde, jedoch dann der Zustimmung des gnädigsten Landesherren bedurfte, der Zeugnisse, Leumund usw. prüfte[18]. Ließ sich der Vorsänger etwas zuschulden kommen, wie z. B. der Bückeburger Marcus Joseph, der eine Copulation ohne landesherrlichen Consens vornahm, so wurde er trotz vieler Bitten des Landes verwiesen. Fürst[19] Georg Wilhelm vermerkte nur kurz als Notiz: *Der Juden Schulmeister Marcus Joseph ist nunmehr zu entfernen!*[20] In der Grafschaft Schaumburg-Lippe war es meist so, daß eine der jüdischen Gemeinden — meist Bückeburg oder Stadthagen — außerdem einen Rabbiner unterhielt, der jedoch nicht unbedingt notwendig war für den Gottesdienst, da er vorwiegend Theologe war. Den bekanntesten hatte Stadthagen: den Gelehrten Rabbi Joseph Samson — genannt Statthagen (nach seinem Wohnorte). Er war besonders berühmt wegen seiner Religionsdispute mit Proselyten oder Apostaten, d. h. konvertierten Juden. Dieser wurde im Juli 1704 von dem verdienstvollen Kammeragenten Lipmann Cohen — so von seinen Glaubensgenossen genannt, sonst Leffmann Behrens — an den kurfürstlichen Hof nach Hannover geholt, wo er in Gegenwart des Kurfürsten Georg Ludwig[21], dessen Mutter sowie verschiedener Herzöge ein von einem Apostaten gefordertes Religionsgespräch führte. Während der Apostat kläglich abschnitt und nichts beweisen konnte, blieb Rabbi Joseph siegreich, so daß die Kurfürstin am Schluß entschieden sagte: ... *noch nix bewiesen!*[22] Eine wichtige Aufgabe, die vor allem auch von dem

---

[15]) Des L 3 Jc 3 von 1805.

[16]) Rolle, auf der der Pentateuch handgeschrieben steht und aus der die jeweilige Stelle zum Gottesdienst von einem der Anwesenden verlesen wird.

[17]) Wer Thoralesen darf, muß für diese Ehre eine angemessene Spende in die Armenkasse fließen lassen.

[18]) Des L 2 J 22 undatiert! Des L 3 Jc 22 von 1809.

[19]) Die Erhebung zum Fürstentum erfolgte am 5. 5. 1807 bei Aufnahme der Grafschaft in den Rheinbund durch Napoleon.

[20]) Des L 3 Jc 22 vom 24. Mai 1808.

[21]) 1698—1727, der 1714 als erster Welf den Thron von England bestieg.

[22]) Religionsgespräch, S. 16.

Landesherrn sehr ernst genommen wurde[23], war das Recht zum Copulieren für den jeweiligen Rabbiner, Vorsänger oder Schulmeister. So mußte jedes Brautpaar zunächst einen Eheconsens erbitten, der nur unter bestimmten Voraussetzungen erteilt wurde[24]. Lag er vor, bedurfte auch noch der Copulierende einer gesonderten Genehmigung[25]. Diese war ein Teil seiner Existenz, denn jede Copulation mußte bezahlt werden. Deshalb tauchten wiederholt Supplikationen auf, nach dem Tode eines Copulationsberechtigten keinen Neuen zuzulassen, sondern die Erlaubnis auf einen bereits im Lande ansässigen zu übertragen. Meistens weigerten sich dann die einzelnen Gemeinden[26], weil sie lieber jemanden ihrer eigenen Wahl einstellen wollten. Um den Juden im Lande ihre Erwerbsquellen zu erhalten, erließ der Landesherr (spätestens) 1797 die Verordnung[27], daß Copulationen nur von einheimischen Schulmeistern vorgenommen werden dürften.

Es gab sogar einmal einen Rechtsstreit[28] deswegen mit dem Magistrat der Stadt Rinteln, weil der dortige Rabbi Sostmann Cohen auf schaumburg-lippischem Territorium heimlich eine Trauung vorgenommen hatte. Rinteln nahm jedoch trotz Bückeburger Bitten keine Bestrafung vor, da keine gesetzliche Grundlage dafür vorhanden war. Man erkundigte sich deshalb bei der Landesregierung Schaumburg-Lippe, die zugeben mußte, es gebe auch hier kein spezielles Gesetz, sondern die Bestrafung erfolge *arbiträr und zwar in der Regel mit 10 Rtl* Strafe[29]. Rinteln bestrafte dennoch nicht. Die Landesregierung legte aber Wert auf eine Strafverfolgung, um den Vorfall nicht Schule machen zu lassen, und verwies den Rintelner Magistrat schließlich in Ermangelung eines besseren auf ein christliches Gesetz von 1703[30]. Aber auch jetzt ließ sich Rinteln nicht auf eine Bestrafung des Rabbi ein.

Für die Copulation selbst wurde von den Brauteltern bei der Verlobung oder Eheverschreibung[31] ein fester Termin abgemacht. Es

---

[23]) Des L 3 Jc 6a.
[24]) s. S. 22/23, 29.
[25]) Des L 3 Jc 6a.
[26]) Des L 3 Jc 6a.
[27]) Des L 101 b J 9 vom 28. Nov. 1797.
[28]) Des L 3 Jc 24 von 1832/33.
[29]) Des L 3 Jc 24 vom 10. Mai 1823.
[30]) LVO Bd. 2 vom 10. Febr. 1703, S. 139 ff.
[31]) Des L 120b A Nr. 418.

wurde schriftlich bis ins einzelne festgelegt, welche Verpflichtungen die Brautleute übernahmen, welche Mitgift sie in die Ehe brachten, wie die Vermögensverhältnisse nach dem Tode eines der Ehegatten geregelt werden sollten, wer die Kosten der Hochzeit trug, evtl. sogar, wie die Versorgung der Eltern im Alter geschehen sollte. Exakt beschreibt die berühmte Glückel von Hameln[32] eine Hochzeit von Verwandten in Stadthagen, so daß uns für Schaumburg-Lippe bis ins Detail die genauen Riten, Bräuche und Vorkommnisse bei einer jüdischen Eheschließung überliefert sind. Religiöse Festlichkeiten — wie z. B. Geburt, Beschneidung, religiöse Mündigwerdung oder Tod — wurden von den schaumburg-lippischen Juden ähnlich oder genauso begangen wie in anderen jüdischen Gemeinden außer Landes.

Da das Laienelement[33] in der jüdischen Religion sehr stark ist, mußte natürlich jedes Kind Hebräisch lesen und schreiben lernen; der Unterricht dafür fand ebenfalls in der Synagoge statt[34]. Auch hatte noch mancher begüterte Jude einen Privatlehrer, wie z. B. die Heines in Bückeburg[35].

Bei den vier Synagogenorten oder in deren Nähe[36] lagen auch die jüdischen Friedhöfe, deren Grund und Boden die jüdischen Gemeinden bezahlen mußten[37]. Bückeburg hatte den größten mit einer Fläche von 3 440 qm; er liegt am Harrl. Der zum Amt Hagenburg gehörige befindet sich in der Nähe von Steinhude und ist 1395 qm groß. Der Friller Friedhof am Friller Brink erstreckt sich über 944 qm, der in Stadthagen über 830 qm.[38] Das ist jedenfalls die heutige Größe der noch vorhandenen Friedhöfe. Der Hagenburger wurde 1793 vergrößert *um 4—6 Ruthen à 18 Mg*[40]. Im selben Jahre sollte der Bückeburger Friedhof[39] — auch Kirchhof genannt — eingeebnet werden, weil man einen Versammlungsort für Gesellschaften ganz in der Nähe anlegen wollte. Die Gemeinde supplicierte jedoch unter Hinweis auf den Talmud und gleichartige, erfüllte Religionswünsche in

---

[32]) Glückel, Memoiren: S. 53.
[33]) s. S. 12, spez. Anmerkung 16.
[34]) Berliner, Leben d. dtsch. Juden im MA, S. 113.
[35]) Des L 3 Jc 22 vom 27. Juli 1809.
[36]) s. Karte auf S. 7.
[37]) Des K 2 J 3 Nr. 10, 11 und Des L 3 Jc 23 und A 20 Nr. 6.
[38]) lt. Friedhofsliste nach einem Manuskript des Publizisten Ludwig Lazarus.
[39]) s. Abb. S. 13.
[40]) Des K 2 J 3 Nr. 11 vom 9. Okt. 1793, 1 Ruthe = knapp 5 m.



2. Judenfriedhof am Harrl bei Bückeburg

(Aufn. W. Siegfried, Staatsarchiv Bückeburg)

Minden, so daß der Landesherr schließlich ein Gutachten vom Oberlandesrabbiner in Berlin einholte, demzufolge er dann von seinem Plan Abstand nahm[41]. Vergrößert auf den heutigen Stand wurde die jüdische Beerdigungsstätte 1824, als die Judenschaft die Erlaubnis erhielt, von dem Kammerpedell Holste das angrenzende Gelände zu kaufen. Es mußten aber Gebühren an die Stadtkontributionskasse abgeführt werden, da das gekaufte Land *bürgerlich contribuable* war[42]. Ein Jahr später wurde dann abgelehnt, den Friedhof mit einer Hecke einzuzäunen und vom Gebüsch zu befreien[43]. Die Besonderheit beim Friedhof *auf 'm Walle* in Stadthagen war, daß keine Grabsteine gesetzt werden durften, da das Gebiet als Erholungs- und Spaziergegend galt[44]. In späterer Zeit wurden jedoch Ausnahmen zugelassen nach vorangegangener Supplikation, *ein Merkmal oder Zeichen*[45] setzen zu dürfen. Seit 1794 wurden Beerdigungen in Stadthagen nur gegen Ausstellung eines Beerdigungsscheines erlaubt, wofür selbstverständlich Gebühren kassiert wurden[46]. 1824 wurde der Judenfriedhof verlegt in einen Garten des Johannishofs, da die vorige Ruhestätte bepflanzt werden sollte[47].

Auf Grund einer Trauerverordnung von 1779[48], nach der nur vorhandene einfache schmucklose Kleidung getragen werden durfte, war es den Juden oft nicht möglich, nach jüdischer Vorschrift zu trauern. Nach entsprechender Supplikation 1781 wurde diese Verordnung ein wenig gelockert, indem von nun an jüdische Feiertage von dieser Regelung ausgenommen wurden. Weitere Ausnahmen wurden nicht gestattet[49].

Wenn arme fremde oder einheimische Juden in der Gemeinde lebten, mußte die gesamte Judenschaft Hilfe leisten. Der „Begriff der Zédakà, der Gerechtigkeit, gekoppelt mit dem Wohltun gegenüber dem sozial Schwächeren .... entspricht im Leben der Juden der

---

41) Des K 2 J 3 Nr. 10 vom 20. Febr. 1794.
42) Des L 3 Jc 23 vom 21. Sept. 1824.
43) Des K 2 J 3 Nr. 10 vom 3. Nov. 1825.
44) Des L 2 J 24 vom 8. Juni 1694.
45) A 20 Nr. 3 vom 20. Okt. 1762.
46) A 20 Nr. 6 vom 21. Nov. 1794.
47) Des L 3 Jc 7 vom 4. April 1824.
48) LVO vom 17. Sept. 1779, Bd. 3, S. 20 f.
49) Des L 3 Jc 5 von 1781/82.

‚Caritas' im Leben der Christen[50]." Der Landesherr kümmerte sich nicht speziell um verarmte jüdische Glaubensgenossen, sondern verwies sie stets an die zugehörige Synagogengemeinde[51]. Daher mußte jedes Mitglied einen Teil der Gemeindekosten tragen, insbesondere für die Unterhaltung des Rabbiners oder Vorsängers, des Schulmeisters und Synagogendieners, des Tempels und dessen Beleuchtung und für Armengelder[52], auch wenn es selbst eine nähergelegene Synagoge zum Gottesdienst besuchte[53]. Einige Fälle von Armenunterstützung seien genannt: Die Bückeburger Judenschaft mußte den kranken Jacob Alexander Levi — genannt Süskind — pflegen, da sein Vater aus Armut nicht für ihn sorgen konnte[54]. Man weigerte sich zwar zunächst, aber ein landesherrlicher Entscheid setzte dem ein Ende. Ähnlich war es bei der verführten Jette Joel, die — elternlos — nicht in der Lage war, ihre Geschwister und ihr uneheliches Kind durchzubringen. Auch hier mußte die jüdische Gemeinde insgesamt für die Ernährung der Bedürftigen sorgen bis zu dem Zeitpunkt, da jeder selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen konnte[55]. Sogar die Höhe des Kostgeldes im Einzelnen wurde festgelegt[55a]. Es kam auch vor, daß arme unvergleitete Juden außer Landes gehen mußten, wenn die Judenschaft nicht verbindlich deren Ernährung übernahm oder übernehmen konnte, wie ein Fall bei der ärmlichen jüdischen Gemeinde im Amte Hagenburg zeigt[56]. Manchmal wurden sogar wegen des Unterhaltes der Angehörigen Wohnungswechsel gestattet[57]. Kamen fremde arme Juden in die Grafschaft und verursachten Kosten wie z. B. durch Entbindung, dann hatte ebenfalls die entsprechende jüdische Synagogengemeinde dafür gerade zu stehen[58].

Im allgemeinen lebten die Juden in der Grafschaft Schaumburg-Lippe so wie in anderen Gemeinden auch. Über Einzelheiten der

---

[50]) Hb. MJ, S. 585.
[51]) Des L 3 Jc 21 und Des L 3 Jc 1b und Des L 3 Jc 23.
[52]) Des L 3 Jc 24.
[53]) Des L 3 Jc 26.
[54]) Des L 3 Jc 21 von 1812.
[55]) Des L 3 Jc 21 und Des L 3 Jc 1b von 1815.
[55a]) Des L 102 A Nr. 322.
[56]) Des L 3 Jc 19 von 1812.
[57]) Des L 3 Jc 20 von 1805; s. S. 64.
[58]) Des L 3 Jc 23 von 1833.

innerjüdischen Angelegenheiten geben die Archivalien keine Auskunft. Besonders drückenden Beschränkungen oder mehr als in anderen Ländern üblichen entwürdigenden Verhältnissen unterlagen die Juden nicht, zumal es in Schaumburg-Lippe nie eine spezielle Judenordnung gab, die die gesamte Judenschaft über die Schutzbriefe hinaus reglementierte. Zwar existierten einige diesbezügl. Landesverordnungen, von denen es dann allerdings heißt: *Diese Verordnungen sind aber vor langer Zeit außer Übung und theils garnicht in Übung gekommen*[59]. Man orientierte sich zuweilen bei Nachbarstaaten, wie ein Bericht des Amtes Bückeburg über die Kurhessische Judenordnung von 1749 zeigt[60], verzichtete aber weiterhin auf eine eigene. Mit einer Kleiderordnung verhält es sich ähnlich. Obwohl Verordnungen[61], Ge- und Verbote[62] alle Kleidungsfragen festlegten, wird nie ein Jude oder eine spezielle jüdische Kenntlichmachung erwähnt. Man war vielmehr so tolerant, in den Schaumburg-Lippischen Kalender[63] neben die christliche Zeitrechnung auch die jüdische, z. T. sogar in hebräischer Schrift, aufzunehmen mit gleichen Hinweisen, wie z. B. Festtage. Das geschah von 1743 bis 1858. Von diesem Jahre ab trat die Rubrik „Himmelserscheinungen" an die Stelle des jüdischen Kalenders.

Der Grund für diese Besonderheiten liegt meiner Ansicht nach in den übersichtlichen Verhältnissen, wie sie in dem räumlich kleinen Schaumburg-Lippe vorlagen. Der Landesherr konnte jederzeit die in seinem Lande vorgehenden Dinge erkennen und darauf verzichten, viele Verordnungen, Gesetze, Edikte oder dergleichen zu erlassen. Die Judenpolitik des schaumburg-lippischen Grafenhauses war darauf ausgerichtet, daß die Juden keinen ungünstigen Einfluß auf das Wohlergehen des Landes ausüben konnten, sondern immer unter Kontrolle standen, nicht zuletzt dank der gut funktionierenden Verwaltung. Welche Stellung der Juden daraus resultierte, soll nun auf einzelnen Gebieten untersucht werden.

---

[59]) Des L 2 J 26f vom 8. März 1787.
[60]) Des L 3 Jc 19 von 1819.
[61]) LVO vom 17. Sept. 1779, Bd. 3, S. 20 f.
[62]) Des L 2 B 109 aus der Zeit des Grafen Wilhelm (1748—1777).
[63]) Sch.-L. Kal.

2a. Die Institution des Judenschutzes

Wie schon erwähnt[1], waren „aus persönlichen Untergebenen des Kaisers die Juden Untergebene der Landesherren geworden, die für sich das Recht der ‚Schutzerteilung' in Form von Geleitbriefen in Anspruch nahmen, meist unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung"[2]. Dieser Geleit- oder Schutzbrief stellte eine besondere urkundliche Bekräftigung oder Bestätigung des Geleits dar. Genau wurden die Privilegien in 12 Paragraphen[3] festgelegt, die den Handel, die Geld- und Pfandgeschäfte, das Schlachten, die finanziellen Lasten und ihre Zahlweise, die rechtliche Stellung, evtl. Strafen bei ungeleitmäßigem Verhalten sowie die Möglichkeiten zur Aufhebung des Schutzes regelten. Seit dem Tode des Grafen Philipp Ernst (1777—1787) umfaßten die Schutzbriefe dann 17 bzw. 18 Paragraphen[4], da zum Teil die Privilegien weiter ausgedehnt oder eingeschränkt wurden oder neue Kapitel hinzukamen, wie z. B. ein gesonderter Appell an die Ehrlichkeit, die Einführung der iura Stolae[5], die Prolongation des Schutzbriefes, das Verbot, fremde Juden aufzunehmen[6], sowie bestimmte conditiones zur Translation des Schutzes.

„Man unterschied ein Generalgeleit, das für eine Gesamtheit einer Judenschaft in einem bestimmten Gebiet ausgestellt wurde, und ein Partikulargeleit, welches auf den Namen eines einzelnen Juden lautete[7]." In Schaumburg-Lippe gab es nur letzteres, wenn auch bei den Vertreibungen 1705[8] und 1717[9] der gesamten Judenschaft generell der Schutz aufgekündigt wurde.

Der Inhaber eines Schutzbriefes wurde Schutzjude oder Schutzverwandter genannt und hob sich auf fast allen Gebieten von seinen unvergleiteten Glaubensgenossen ab. Welche Möglichkeiten der Schutzerlangung es nun in Schaumburg-Lippe gab, und welche Aus-

---

[1]) s. S. 1.
[2]) Hb. MJ, S. 279.
[3]) A 20 Nr. 3 Schutzbrief-Konzept v. 30. März 1665 als Beispiel von vielen.
[4]) A 20 Nr. 3 Schutzbrief-Konzept vom 5. Aug. 1808 als Beispiel.
[5]) LVO vom 4. Okt. 1785, Bd. 3, S. 107.
[6]) LVO vom 3. Okt. 1770, Bd. 2, S. 489 ff. und vom 21. Aug. 1778, Bd. 3, S. 7.
[7]) Hb. MJ, S. 246.
[8]) Des L 2 J 26b und Des L 2 J 39b.
[9]) Des L 2 J 26a und Des L 2 J 26b.

wirkungen im einzelnen der Schutz zeigte, soll im folgenden geklärt werden.

2b. Möglichkeiten und Bedingungen der Schutzerlangung; Prolongation

Die Juden, die 1648 in Schaumburg-Lippe lebten, durften bleiben und erhielten einen neuen Schutz unter dem Grafen Philipp[1]. Nach dessen Tode 1681 erließ Graf Friedrich Christian eine Landesverordnung vom 6. August 1684, in der er allen unter Philipp vergleiteten Juden ihre Privilegien bestätigte und ihre Schutzbriefe erneuerte[2]. Die Schutzjuden, die auf den Schutz und besonders dessen Verleiher angewiesen waren, versuchten stets bei Regierungswechsel, den neuen Landesherrn wohlwollend zu stimmen, um weiterhin vergleitet zu bleiben[3].

Juden in größerer Anzahl ließ Graf Friedrich Christian in die Grafschaft kommen, vornehmlich, um sich ihrer zu bedienen. Natürlich wurde nicht jeder, der sich um den Schutz bemühte, aufgenommen, sondern der Landesherr wählte aus und entschied. Drei Wege gab es für die Juden, in den Genuß des Geleits zu kommen:

1) durch Bittschriften, verstärkt durch Fürsprache, Spenden oder besondere Fähigkeiten und Umstände,
2) durch Übertragung des Schutzes von Vater oder Mutter,
3) durch Heirat.

Den Schutzerteilungen gingen in jedem Fall Bittschriften voraus. Meistens schrieb der Bittsteller selbst an den Landesherrn, legte seine Bitte *gegründet* dar und hoffte — oft sehr lange — auf eine gnädige Resolution[4]. Da ohne Schutzbrief nicht gehandelt werden durfte, war einer der häufigsten Gründe die Not, so daß die Fürstin Juliane am Rande einer Resolution bemerkte mp: *Not ist der gewöhnliche Schutz-*

---

[1]) Des L O c Bd. 10 Nr. 105 vom 17. Sept. 1666 und Des L 2 J 26a von 1648—1681.

[2]) Des L O c Bd. 11 Nr. 175; LVO Bd. 2, S. 91 ff vom 6. Aug. 1684; Des L 102 A Nr. 321.

[3]) Des L 2 J 26a vom 14. April 1681; Des L 102 A Nr. 713.

[4]) Des L 2 J 26e, 26d, 26c; Des L 3 Jc 11 Vol. I.

grund der Juden...[5]. Günstig war es stets, wenn der Supplikant anführen konnte, er trete nur an die Stelle eines abgezogenen Glaubensgenossen, so daß die Anzahl der Schutzjuden nicht steige[6]. Die meisten Bittsteller legten Fürsprachen von einflußreichen Personen bei oder ließen gar diese für sich bitten[7]. So supplizierten häufig Väter oder Mütter für ihre erwachsenen Kinder[8] oder begüterte und daher einflußreiche Schutzjuden für ihre Knechte und Mägde[9]. Es kam sogar vor, daß Christen sich für die Schutzerteilung an einen jüdischen Miteinwohner einsetzten[10], wenn er ihnen von besonderem Nutzen war. Oftmals wurde auch versucht, der Bitte durch Geschenke oder Spenden Nachdruck und günstige Aufnahme zu verleihen. Besonders zur Zeit des Grafen Wilhelm[11] (1748—1777), eines leidenschaftlichen Militärs, war es üblich, eine bestimmte Menge Geldes, z. B. *eine Spende von 50 Rtl in französischen Louis Dors zu erlegen in die Recrouten Cassa*[12].

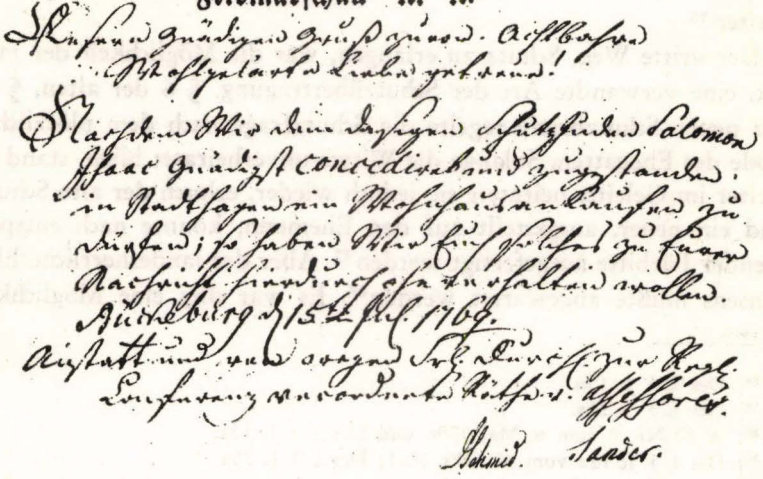
Der normale Weg, immer die gleiche Anzahl von Schutzjuden im Lande zu haben, war die Translation oder Transferierung des Schutzes von Vater oder Mutter auf eines der Kinder. Schon 1647 ist diese Art der Schutzerlangung bezeugt; denn Graf Philipp nahm Michael Joseph zu Stadthagen ins Geleit, da der Vater *aus dem Geleite zu treten entschlossen*[13]. In der Regel erhielt nur der älteste Sohn den Schutz[14], war dieser verstorben oder verschollen, ging das Recht auf den zweiten Sohn über[15] und so fort. Wurde nun der Schutzbrief auf den Sohn transferiert, so mußte der Vater seinen selbständigen Handel aufgeben[16]. Der Sohn trat an seine Stelle und hatte nun auch als Haupt der gesamten Familie für die Ernährung zu sorgen[17]. Wollte der Vater seinen Schutz unbedingt seinem Schwiegersohn übertragen,

[5]) Des L 2 J 59 Vol. II vom 18. Nov. 1791.
[6]) Des L 2 J 26 e undatiert! Des L 2 J 60.
[7]) Des L 2 J 27 (als Beispiel).
[8]) Des L 2 J 59 Vol. I; Des L 3 J c 25 a z. B.
[9]) Des L 2 J 26 a z. B.
[10]) Des L 2 J 60 z. B.
[11]) A 20 Nr. 3 (s. Abb. S. 21).
[12]) Des L 2 J 26 c vom 23. Jan. 1761, auch: Des L 2 J 26 d, 26 e und Des K 1 J 27 Vol. II.
[13]) Des K 1 J 27 Vol. I vom 18. Febr. 1647.
[14]) Des L 2 J 26f; Des L 3 Jc 27a.
[15]) Des L 3 Jc 27a.
[16]) Des L 2 J 26b.
[17]) Des L 3 Jc 23.

Von Gottes Gnaden, Wir

WILHELM,

Regirender Graf zu Schaumburg, Edler Herr und Graf zur Lippe und Sternberg ꝛc. Ritter des Königlich-Preußischen groſſen Ordens vom ſchwarzen Adler, Generaliſſimus der Armeen Seiner Allergetreueſten Majeſtät des Königes von Portugall und Allgarbien, wie auch der Armeen Seiner Königlichen Majeſtät von Grosbrittannien, Churfürſtl. Durchlauchten zu Braunſchweig-Lüneburg beſtallter General-Feldmarſchall ꝛc. ꝛc.



3. Landesherrlicher Konsens zum Ankauf eines Wohnhauses durch einen Juden (A 20 Nr. 3)

so blieb ihm das unbenommen, jedoch hatte in diesem Falle keiner seiner leiblichen Söhne mehr Aussicht auf den Schutz[18], da immer nur eine Person als Nachfolger in Frage kam[19]). Waren keine männlichen Erben vorhanden, sondern nur Töchter, wurde selten und nur ungern eine Translation vorgenommen, *da sie wahrscheinlich mit ihrem Gesuch beabsichtigt, dadurch zu einer günstigen Heirat zu gelangen*[20]. Es half z. B. nichts, daß Jacob Abraham seinen Schutz *renuncieren* wollte, damit seine Tochter ihn erhalten konnte, oder anbot, außer Landes zu gehen[21]). Daher wurde meist gleich darum nachgesucht, den Schutz auf den Verlobten oder Schwiegersohn zu *transcribieren*[22]. Als Zeugnis dafür, wie sehr geleitmäßig man sich verhalten hatte, lagen teilweise den Suppliques Quittungsvermerke über bezahltes Schutzgeld bei[23]. Versuche von unvergleiteten Juden, ihre Kinder dadurch in den Genuß des Schutzes kommen zu lassen, daß sie einfach in einer Bittschrift auf die *allgemeine Praxis der Translation*[24] hinweisen, obwohl gar kein Schutzbrief zur Transferierung vorlag, kamen wiederholt vor, wurden jedoch stets entdeckt[25]. Im 19. Jahrhundert versuchte sogar jemand, seinen Anspruch auf Schutz, den er zu haben glaubte, mit Hilfe eines sog. *schema genealogicum* nachzuweisen[26].

Der dritte Weg, Schutz zu erlangen, war die Möglichkeit der Heirat, eine verwandte Art der Schutzübertragung. § 6 der alten, § 13 der neuen Schutzbriefe regelte die Schutzfrage nach dem plötzlichen Tode des Ehegatten. Solange die Witwe unverheiratet blieb, stand sie weiter im Geleite, heiratete sie jedoch wieder, erlosch der alte Schutz, und ein neuer, ausgestellt auf den Ehemann, konnte nach entsprechender Fürbitte ausgefertigt werden[27]. Aber der landesherrliche Eheconsens mußte abgewartet werden[28]. Es war dies eine Möglichkeit

---

[18]) Des L 3 Jc 15a.
[19]) Des L 3 Jc 25a.
[20]) A 20 Nr. 9 vom 6. Mai 1796 und Des L 3 Jc 12a.
[21]) Des L 3 Jc 12a vom 30. Okt. 1781; Des L 3 Jc 25a.
[22]) A 20 Nr. 11; Des. L 2 J 26b.
[23]) Des L 2 J 26a von 1712.
[24]) Des L 2 J 60 von 1792.
[25]) Des L 3 Jc 27a.
[26]) Des L 3 Jc 25b vom 30. Sept. 1834; ähnlicher Fall: Des L 3 Jc 25a von 1825.
[27]) Des L 3 Jc 14 Vol. I u. II.
[28]) Des L 2 J 26e; Des L 2 J 60; A 20 Nr. 16 (s. Abb. S. 23).

Der Henriette Falkeld
aus Stadthagen wird hiermit die Erlaubniß ertheilt,
sich mit dem Kaufmann Carl Hoheim
aus Minden
[redacted] trauen zu lassen.

Bückeburg, den 27ten Septbr. 1861.

Fürstlich Schaumburg-Lippische Regierung.

Rehfeld
Verw. der Agent J. Bonwitt
Bückeburg

18 Sgr 9 ₰

4. Landesherrlicher Ehekonsens für eine jüdische Heirat (A 20 Nr. 16)

der Kontrolle für die Regierung, damit die hinterlassene Witwe durch eine neue Heirat nicht jeden beliebigen Mann ins Land holen konnte. Für unvergleitete jüdische Männer bestand auf diese Weise oft die beste Aussicht auf Schutzerlangung. Es gab sogar Junggesellen, die sich mit einem ungesunden Mädchen verlobten, nur weil es den Schutz vom Vater bekam[29]. Die Aussicht auf Vergleitung war dann ein Teil der Mitgift des Mädchens und wurde in der Eheverschreibung genau festgelegt[30]. Wurde jedoch die Verlobung gelöst, so behielt nicht der Bräutigam, auf dessen Namen der Schutzbrief inzwischen lautete, sondern die Braut den Geleitbrief bis zu einer anderen, späteren Verlobung[31]. Häufig versuchte ein junges Paar seiner supplicatio durch vorzeitigen Kindersegen Nachdruck zu verleihen,[32] so daß Fürstin Juliane einmal mp bemerkte: *Trotz Fleiß und Erzeugung eines Kindes, die Schutzerteilung gleichsam zu erzwingen*[33], finde eine Translation des Geleits nicht statt, dafür aber eine Bestrafung wegen Unpflicht und Landesverweisung.[34]

Da in dem Schutzbriefe *bemeldeter NN samt seinem Weibe, Kindern und Gesinde .... geleitet*[35] waren, versuchte mancher reiche, aber unvergleitete Jude dadurch seßhaft zu werden, daß er als Knecht bei einem armen Schutzjuden diente, jedoch wie dessen Herr lebte. Als gegen Ende des 18. Jahrhunderts dieser Mißbrauch überhand nahm, wurde von der Landesregierung kurzentschlossen eine Verordnung betreffend *Judengesinde unter Schutz* erlassen, wonach arme Schutzjuden[36] ihre Knechte sofort abschaffen sollten und fortan Bedienstete nur mit Wissen des Amtes gehalten werden durften.[37]

Welche Möglichkeiten zur Schutzerlangung offenstanden, habe ich dargelegt. Da es nun als Ehre galt, den Schutz zu erhalten, wurden

[29]) Des L 3 Jc 19.

[30]) Des L 120b A Nr. 418; Des L 2 J 26e.

[31]) Des L 3 Jc 25a.

[32]) Des L 3 Jc 6a; Des L 3 Jc 14 Vol. I; Des L 3 Jc 22.

[33]) Des L 3 Jc 14 Vol. I vom 24. Sept. 1799.

[34]) Des L 120b A Nr. 350. Jedoch handelt es sich hierbei nicht um ein typisch jüdisches Vergehen. Ein Vergleich der Bruchregister ergibt, daß dergleichen Vorkommnisse bei christlichen Untertanen prozentual in dem gleichen Maße vorlagen. Ein Sexualmotiv, wie der Antisemitismus den Juden vorwarf, kann daraus nicht hergeleitet werden.

[35]) A 20 Nr. 3.

[36]) Der Grad der Armut richtete sich nach der Höhe des Schutzgeldes, evtl. Restierungen sowie eingeholten Amtsberichten.

[37]) Des L 3 Jc 8 von 1798/99; Des L 101b J 10.

selbstverständlich nicht *suspecte Personen*[38] damit bedacht. Die Regierung und oft der Landesherr persönlich prüften genau die Bewerber und stellten ganz bestimmte Bedingungen, die je nach Art der jeweilig betriebenen Judenpolitik verschieden waren.

Bei der Neuerteilung des Schutzes spielte immer die schon vorhandene Anzahl von Schutzjuden eine besonders große Rolle. In den ersten Jahren des Bestehens der Grafschaft Schaumburg-Lippe waren es ca. fünf[39], zwischen 1660 und 1670 stieg die Zahl auf etwa zehn[39]. Zur Zeit des Grafen Friedrich Christian wurden wiederum mehrere Schutzbriefe ausgestellt, so daß mit Beginn des 18. Jahrhunderts 15 Judenfamilien unter Schutz und Geleit standen[39]. Nach den Schutzaufkündigungen 1705 und 1717 blieb jedoch nur noch ein einziger Schutzjude übrig[40]. Dann stieg die Zahl unter der Regierung des Grafen Albrecht Wolfgang nach einer Resolution 1729 wieder auf 6 Schutzjuden[41], nachdem das *collegium conferentiale* in einem Bericht festgestellt hatte, daß es ja überall im Reich Juden gebe, *sich dies nicht ändern laßen* und unvergleitete Juden ohne Kontrolle im Lande lebten, was gefährlicher sei *als wann sie würklich unter der landesherrlichen Jurisdiction selbst ständen und demselben Gehorsam leißten müßen*[42]. Außerdem könne die Rentkammer gut das Schutzgeld gebrauchen! 1730 bat dann der Hoffaktor Moses Leser um Zulassung von 20 jüdischen Familien gegen Erlegung von 200 Rtl. Er wies dabei auf *Profit und Soulagement*[43] hin. Dies hatte zur Folge, daß die Regierung nach anfänglichem Sträuben *rationes pro et contra* einholte[44], wobei sich herausstellte, daß z. B. Bürgermeister und Rat zu Stadthagen[45] nach zunächst viel Klagen wegen schlechter Nahrung und Schaden durch die Juden schließlich Zugeständnisse machten mit Einschränkungen, wie z. B. Unantastbarkeit ihrer Privilegien von 1666[46]. Der Rat war jedoch geteilter Meinung: er wollte zwar den

---

[38]) Des L 3 Jc 15a.
[39]) Des L 2 J 26a.
[40]) Des K 90 Ka 60—80 und Des L 2 J 26b; s. S. 120.
[41]) Des L 2 J 26b vom 18. Sept. 1729.
[42]) Des L 2 J 26b vom 14. Jan. 1729.
[43]) Des L 2 J 26b vom 2. Juni 1730 und Des L 102 A Nr. 321.
[44]) Des L 2 J 26b vom 9. Juni 1730.
[45]) Des L 2 J 26b vom 3. Juli 1730.
[46]) Des L 0c Bd. 10 Nr. 105 vom 17. Sept. 1666.

Juden *Jura humanitatis* zugestehen, nicht aber die Erlaubnis, sich im Lande niederzulassen, *da nach proportion der Anzahl mehr Schaden als Vorteil* entstehe[47]. Allgemein einigte man sich schließlich so, nur Reiche mit mehr als 3000 Rtl zuzulassen, da Arme nicht regreßpflichtig gemacht werden könnten. Der Landesherr, der auf keinen Fall in jüdische Abhängigkeit geraten wollte, entschied jedoch eindeutig, indem er die petitio des Moses Leser abschlägig beantwortete[48]. Bei Regierungsantritt des Grafen Wilhelm änderte sich das Bild grundlegend; denn Wilhelm, ein durchaus aufgeklärter Herrscher, dessen Vorbild Friedrich der Große war, hob viele der bestehenden Glaubensschranken auf. Genauso, wie er wieder den katholischen Gläubigen ihren Gottesdienst im Lande erlaubte — vorher mußten sie ins Bistum Minden —, handhabte er auch seine Judenpolitik recht großzügig. Er sah nicht so sehr die Religion des einzelnen, sondern vielmehr den dahinter stehenden Menschen. Eduard Vehse schreibt über ihn: „. . . ‚Die feinste griechische Seele in einem rauhen westphälischen Körper', so fand ihn Moses Mendelssohn, der ihn . . . in Pyrmont kennengelernt hatte. Der lange Graf und der kleine Philosoph wandelten hier oftmals in langausgedehnten, tiefen Gesprächen"[49]. Die Bekanntschaft mit Moses Mendelssohn, dem Vorkämpfer der Emanzipation, und der daraus entstehende Briefwechsel mögen besonders entscheidend bei Wilhelms Schutzerteilungen mitgewirkt haben. In der Zeit von 1754 bis 1761 stieg die Zahl der Schutzjuden auf 12[50]; 1764 waren es schon 14 jüdische Familien[51], wie Bürgermeister und Rat zu Bückeburg den Grafen erinnerten. Es wurde wiederholt von den Ämtern darauf hingewiesen, *daß früher 6* (jüdische) *Kaufleute weniger schädlich als itzo einer . . ., der completten Krahm*[52] vertreibt; deshalb sollte die Aufnahme weiterer Juden abgelehnt werden. Dennoch erhöhte sich die Anzahl der vergleiteten Juden bis 1770 auf 24[53]; beim Regierungswechsel 1777 standen über 40 Judenfamilien unter Schutz und Geleit[53]. 1787 war die Zahl auf 45 gestiegen! In einem Regierungsbericht z. Z. des Grafen Philipp Ernst (1777—

[47]) Des L 2 J 26b vom Juli 1730.
[48]) Des. L 2 J 26b vom 22. Sept. 1730.
[49]) Vehse, kl. dtsch. Höfe; S. 139.
[50]) Des L 2 J 26d vom 21. Juli 1762 und Des K 1 J 27 Vol. I.
[51]) Des L 2 J 23.
[52]) Des L 2 J 26c.
[53]) Des L 2 J 26d.

1787) hieß es: Bei Wilhelm war es *nichts ungewöhnliches, daß fremden Juden, die sich im Lande häuslich niederlaßen wollten, das Gelaite zugestanden wurde*[54]. Daher erkläre sich die Anzahl so vieler Judenfamilien, obwohl auch zu jener Zeit Schutz-Translationen nur auf den ersten Sohn stattgefunden hätten. Fürstin Juliane, die Witwe des Grafen Philipp Ernst, führte nun, 25 jährig, die vormundschaftliche Regierung für ihren minderjährigen Sohn, den Erbgrafen Georg Wilhelm. Sie war eine fortschrittliche Regentin, betrieb sehr kluge Politik zur bürgerlichen Verbesserung der Juden[55] und achtete auf die Erfüllung der Judenpolitik-Grundsätze wie z. B. mp: *Warum ist dem Juden der Schutz für seinen Schwiegersohn verweigert worden, da er keine Söhne hat?*[56] Die Anzahl der vergleiteten Juden stieg bis zu ihrem Tode 1799 weiter auf nahezu 50[57]. So viele Juden konnte die Regierung nur noch unter Kontrolle halten, wenn sie alle Juden ämterweise in Tabellen eintrug, die Auskunft über sämtliche Personaldinge gaben. Gleich 1787 begann man mit der Anlegung entsprechender Formulare, die vielleicht eine erste Art jüdischen Familien-Registers in Schaumburg-Lippe darstellen[58]. Juden, die keinen Schutz, wohl aber eine Aufenthaltsgenehmigung erhielten, wurden sog. Toleranzscheine als Ausweis ausgehändigt[58]. Bis zur Zeit der Emanzipation 1848 hat sich die Anzahl der Schutzjuden in Schaumburg-Lippe immer um die 50 gehalten[59]), eine Verringerung war auch kaum möglich, da die Nachbarländer keine fremden Juden aufnahmen und sie stets an ihren Herkunftsort zurücksandten[60]. Man einigte sich deshalb auf den *locus originis*[61], d. h.: die Juden durften unbehelligt an dem Ort ihrer Geburt leben[62]. Da sie nun im Lande waren, sollten sie wenigstens Schutzgeld zahlen und unter Aufsicht des Landesherrn stehen[63].

Weil schon viele Juden in Schaumburg-Lippe lebten, wurden zahlreiche Schutzbitten negativ beschieden. Es hieß dann kurz: *wegen zu*

[54]) Des L 2 J 26f vom 8. März 1787.
[55]) s. S. 31/32.
[56]) Des L 3 Jc 15a vom 6. Jan. 1794.
[57]) Des L 3 Jc 12b, 13 Vol. II 15b.
[58]) Des L 3 Jc 1a; Des L 3 Jc 18 (s. Abb. S. 28/29).
[59]) Des L 3 Jc 28a.
[60]) Des L 3 Jc 10 von 1784; Des L 3 Jc 16.
[61]) Des L 3 Jc 16, 24, 27a; Des L 101b J 68.
[62]) Des L 3 Jc 19; Des L 3 Jc 24; Des L 3 Jc 27a.
[63]) Des L 3 Jc 23, 25a.

vieler Juden im Lande[64] oder ausführlicher: *Zudem glauben wir auch nicht, daß es für das Gemeinwesen wohltätig sein werde, so viele Judenfamilien zu dulden, da die Erfahrung lehrt, daß ein Land in dem Grade verarmt, als sich die Juden vermehren*[65]. Immer galt der daraus sich ergebende Nahrungsmangel oder erwachsende Konkurrenzkampf als Hauptgrund der Ablehnung, die *für das Interesse der christlichen Untertanen sehr wünschenswert sei*[66]. Da zur Zeit Julianes die Anzahl der jüdischen Familien besonders hoch war, fanden keine Schutztranslationen bei Lebzeiten des Vaters statt, nicht einmal die *Expectanz* darauf wurde zugesichert; ausländische Gesuche — auch solche um Etablissement ohne Handlung — wurden grundsätzlich abgelehnt[67]. Als dagegen um 1830 verschiedene jüdische Familien ausstarben, wurde auch der Schutz an den zweiten oder dritten Sohn erteilt[68]. Der Landesherr legte meines Erachtens nun weniger Wert auf eine Verringerung der Schutzjudenzahl als vielmehr auf eine Erhöhung des Schutzgeldes und etwaiger Extraordinaria[69].

Neben diesem wichtigen Politikum — der Anzahl der im Lande ansässigen Juden — wurden die Bittschriften noch in anderer Hinsicht geprüft. Das Vermögen des Schutzsuchenden war oft von noch größerer Wichtigkeit. Die Prüfung der Vermögensverhältnisse begann zur Zeit des Grafen Wilhelm, der großen Wert darauf legte, daß das *Schutzgeld gewährleistet sein*[70] müsse. Hohe Geldgeschenke von seiten der Schutzsuchenden sollten oft den Beweis der Zahlungskraft erhärten[71] — oder fälschlich vorspiegeln ...[72]. Seit dem Tode des Grafen Philipp Ernst gehörten dann Vermögensatteste zu jeder Bittschrift[73], da die Regierung vermeiden wollte, Juden zu vergleiten, die doch über kurz oder lang die Armenkasse belasteten[74] und die auf diese Weise die gesamte Judenschaft finanziell schwächen würden. Für die Regierung hatten die Vermögensatteste vor allem den Vor-

[64]) Des L 2 J 59 Vol. I; Des L 2 J 60; Des L 2 J 26b.
[65]) Des L 3 Jc 23 vom 29. Aug. 1822.
[66]) Des L 3 Jc 23 vom 24. März 1835.
[67]) Des L 3 Jc 11 Vol. I.
[68]) Des L 3 Jc 23 von 1826.
[69]) Des L 3 Mc 141.
[70]) Des L 2 J 26d vom 28. Juni 1766.
[71]) Des L 2 J 26c.
[72]) Des L 3 Jc 15a.
[73]) Des L 2 J 26f von 1787.
[74]) Des L 3 Jc 11 Vol. II.

Tabellarische Übersicht

sämtlicher Besitz. Juden im Amte Hagenburg, deren Vermögens Umstände Abgaben

Namen der Besitzer	Wohnort der Besitzer	Datum des Besitz-Antritts	Wie viel Häuser sind vorhanden	Wie viel Stuben sind vorhanden	Wie viel Kammern sind vorhanden	Wie viel Ställe sind vorhanden	Wie viel Scheunen sind vorhanden	Wie viel Backöfen sind vorhanden	Wie viel Brunnen sind vorhanden	Wie viel Viehe sind vorhanden	Wie viel Acker Land sind vorhanden	Wie viel Wiesen sind vorhanden	Wie viel Gärten sind vorhanden	Wie viel Weiden sind vorhanden	Wie viel Holzungen sind vorhanden	Wie viel Gerechtigkeiten sind vorhanden	Wie viel Schulden sind vorhanden
Sostmann Moses.	Hagenburg	1ster April 1817	2	8	2	2	2	1	1	2 Pferde 2 Kühe 1 Kalb	2 Morgen	1 Morgen	1	1	1	1 Schutzbrief	1 Schuldbrief
Gumpert Leissmann	Hagenburg	seit dem Vermögens Verzeichniß	1	1	1	1	1	1	1	1 Kuh	1 Morgen	1 Morgen	1	1	1	1 Schutzbrief	1 Schuldbrief
Meier.	Hagenburg	[illegible]	1	1	1	1	1	1	1	1 Kuh	1 Morgen	1 Morgen	1	1	1	1 Schutzbrief	1 Schuldbrief
Jonas Moses.	Hagenburg	1ster April 1817	1	1	1	1	1	1	1	1 Kuh	1 Morgen	1 Morgen	1	1	1	1 Schutzbrief	1 Schuldbrief
Jonas Moses	Hagenburg	seit dem Vermögens Verzeichniß	1	1	1	1	1	1	1	1 Kuh	1 Morgen	1 Morgen	1	1	1	1 Schutzbrief	1 Schuldbrief
Victor Levi	Schaumburg	[illegible]	1	1	1	1	1	1	1	1 Kuh	1 Morgen	1 Morgen	1	1	1	1 Schutzbrief	1 Schuldbrief
Levi Leissmann	Hagenburg	[illegible]	1	1	1	1	1	1	1	1 Kuh	1 Morgen	1 Morgen	1	1	1	1 Schutzbrief	1 Schuldbrief
Herz Leissmann	Lindhorst	[illegible]	1	1	1	1	1	1	1	1 Kuh	1 Morgen	1 Morgen	1	1	1	1 Schutzbrief	1 Schuldbrief
Hirsch Gumpert.	Lindhorst	[illegible]	1	1	1	1	1	1	1	1 Kuh	1 Morgen	1 Morgen	1	1	1	1 Schutzbrief	1 Schuldbrief
Aron Levi.	Hagenburg	1ster April 1817	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat	Cessat

Hagenburg. den 31ten Decbr. 1818.

teil, daß die Juden ihr Hab und Gut hoch einschätzten und dementsprechend angaben, um überhaupt die Möglichkeit der Schutzerlangung wahrnehmen zu können. Nach dem angegebenen Vermögenswert setzte dann die Rentkammer das zu bezahlende Schutzgeld fest[75], das oftmals höher lag, als es dem tatsächlichen Vermögen entsprach. Wer sich ein falsches Vermögensattest erschlich, hatte sich damit ein für allemal für die Schutzerlangung selbst disqualifiziert[72]. Für arme Juden gab es die Möglichkeit der *günstigen Heirat,* wie das Beispiel des Meier Salomon zeigt. Er führte eine *reiche Frau aus bester Familie als Braut* heim, mußte aber ein uneheliches Kind in Kauf nehmen[76]. Das Vermögen reichte nun aus, der Schutz wurde erteilt, und in die Schutzgeldhöhe rechnete die Rentkammer gleich das Brautvermögen auf Grund der Eheverschreibung mit ein[72]. Überhaupt spielte das Vermögen bei Heiratslustigen eine besondere Rolle. Bevor der Eheconsens erteilt wurde, mußte ein genauer Vermögensnachweis erbracht werden, vor allem bei Ausländern[77], da sich dadurch die Anzahl der Juden erhöhte, während man bei *qualifizierten Inländern* nicht so streng verfuhr[78].

Ausgestellt wurden die Atteste bei Ausländern von den Ämtern oder Magistraten der Orte, in denen sie sich zuletzt aufgehalten hatten[79], bei Inländern ebenfalls von den zuständigen Ämtern. Es kam jedoch vor, daß man das Urteil von landeseingesessenen Schutzjuden einholte[80], um sich so ein besseres Bild machen zu können. Daß die Ämter auf Hab und Gut sowie Wohlergehen ihrer Schutzjuden achteten, mag ein Bericht des Amtes Hagenburg zeigen: die Witwe Jonas hatte sich unglücklich verliebt und gab nun ihr ganzes ererbtes Geld dafür aus, ihren davongelaufenen Bräutigam in aller Welt zu suchen. Bürgermeister Tatge nahm deshalb das restliche Geld *in Verwaltung,* bis Witwe Jonas einen Curator bekommen hatte, der dafür sorgte, daß sie nicht der Allgemeinheit der Judenschaft zur Last fiel[81].

---

[75]) Des L 3 Jc 12a.
[76]) Des L 3 Jc 15a vom 25. Jan. 1817.
[77]) Des L 3 Jc 27a, 6a; Des L 2 J 59 Vol. II.
[78]) Des L 3 Jc 12a.
[79]) Des L 2 J 26f.
[80]) Des L 3 Jc 14 Vol. II.
[81]) Des L 3 Jc 1b von 1817.

Außer dem Vermögen wurde auch der Leumund geprüft. Der Vermögensnachweis und auch das Leumundsattest wurden vom selben Zeitpunkt an verlangt[82]. Jeder Schutzsuchende legte — nach Möglichkeit mehrere — gute Leumundszeugnisse vor, die von den verschiedensten Personen oder Amtsstellen ausgestellt wurden. Nicht selten befürworteten christliche Geistliche[83] das Gesuch durch überaus positive Bemerkungen über das Verhalten des betreffenden Juden.

Entscheidend war letztlich immer der Bericht des zuständigen Amtes, in dem sich der Jude niederzulassen wünschte. Es berichtete über die allgemeine Situation: insbesondere darüber, wieviele Juden sich dort schon aufhielten, welche Handelsart sie betrieben, wie die Einstellung der christlichen Bürger oder der Schutzjuden zur Aufnahme war (oftmals wurden Supplikationen der ganzen Dorfschaft für, aber meist gegen die Aufnahme beigelegt)[84]. Weiter wurde mitgeteilt, wie die Wohnungsverhältnisse und die Möglichkeiten, sich zu ernähren, dort lagen. Von besonderer Bedeutung waren Alter und Anzahl der zum Schutzsuchenden gehörigen Personen[85]. Häufig wurden diese Berichte allgemein-antijüdisch gefärbt; sie enthielten Erklärungen über Schacher, Betrug, Untauglichkeit zum Militärdienst, Eidesleistungen und dergleichen[86].

Ein günstiges Amtsattest lautete u. a. etwa so: „... (weil diese) *jüdische Familie im hiesigen Lande sich stets rechtlich zu ernähren und alles, was nach jüdischen Sachen schmeckt, von sich zu entfernen ... gesucht hat*[87].

Dem jeweiligen Landesherrn muß es zugute gehalten werden, keine Resolution ohne vorherige Berichterstattung verfaßt zu haben. Er hielt sich dadurch in seiner Judenpolitik immer auf dem neuesten Stand. Besonders hoch ist das bei Fürstin Juliane anzuerkennen, die zum ersten Male eine bewußte bürgerliche Verbesserung der Juden anstrebte. Sie setzte das in die Tat um, was ihr Gatte zu Lebzeiten begonnen hatte, nämlich die Schutzerteilung von der Coloniebebauung oder der Erlernung eines Handwerks abhängig zu machen[88].

[82]) Des L 2 J 26f und Des L 2 J 59 Vol. I.
[83]) Des L 2 J 60.
[84]) Des L 2 J 59 Vol. I.
[85]) Des L 2 J 26b, 26c, 26f.
[86]) Des L 3 Jc 7; Des L 102 A Nr. 270.
[87]) Des L 3 Jc 25a vom 7. Mai 1823.
[88]) Des L 2 J 60.

„Die im Jahre 1781 erschienene Schrift des Preußischen Archiv-Superintendenten Christ. Wilh. Dohm ‚über die bürgerliche Verbesserung der Juden' zog die sozialen und politischen Konsequenzen der humanistischen Aufklärung. Dohm schilderte darin die menschlich unerträgliche Lage der Juden und machte, wie schon Montesquieu, auf Grund historischer Beispiele geltend, daß die Christenheit für die Not und Rückständigkeit der Juden verantwortlich sei. Aus humanitären, aber auch utilitären Erwägungen forderte er die sofortige Aufhebung aller Vorschriften, die den Juden die Beteiligung am Handwerk, Ackerbau und an der Industrie sowie die Ausübung bürgerlicher Berufe verwehrten. Dohms Forderungen erregten großes Aufsehen und wurden teils zustimmend, teils ablehnend diskutiert"[89]. Es muß angenommen werden, daß Juliane diese Schrift kannte und dann zu den Befürwortern der Dohm'schen Ideen übertrat. Denn am 3. August 1787 zitierte sie nach Hagenburg alle Juden des dortigen Amtes — sie waren besonders arm, und eine bürgerliche Verbesserung tat hier vor allem not, außerdem stand noch Schutzgeld aus — und ließ ihnen eröffnen, daß sie die Möglichkeit hätten, Handwerker, Colonie-Bebauer wie auch Länderei-Besitzer zu werden, und dafür bei Lebzeiten kein Schutzgeld mehr zu zahlen brauchten[90]. Nach mehrmonatiger Bedenkzeit bedankten sich die *dasigen Juden für die Fürsorge betr. Colonien*[91], sahen sich jedoch außerstande, dieses Angebot anzunehmen, da leider keiner von ihnen über die nötigen Mittel verfüge. Trotz dieses Fehlschlages verfolgte die Regentin weiterhin ihre Ziele und machte nun die Schutzerteilung davon abhängig, daß die Söhne der Schutzsuchenden ein ordentliches Handwerk erlernten und betrieben. Sie sollten dann den Status wie jeder andere Handwerker erhalten[92], d. h. wie Bürger, ohne weitere Judenabgaben[93]. Um ihre ernsten Absichten zu dokumentieren, erließ Juliane 1782 eine Resolution, in der darauf hingewiesen wurde, daß die Nachkommen der von jetzt ab vergleiteten Juden keine Handelserlaubnis mehr erhalten sollten, sondern sich bürgerlichen Professionen zuzuwenden hätten. Sie würden dann mit den Christen gleichgesetzt wer-

---

[89]) Hb MJ.; S. 285.
[90]) Des L 2 J 59 Vol. I vom 3. Aug. 1787.
[91]) Des L 2 J 59 Vol. I vom 7. Nov. 1787.
[92]) Des L 2 J 59 Vol. II von 1791.
[93]) Des L 2 J 60 von 1791.

den trotz ausdrücklich gewährter Glaubensfreiheit[94]. Schlachten sei jedoch *nicht handwerksmäßig, sondern nur zur Beförderung des Schacherns*[95]. Auch in der Heiratspolitik galten diese Grundsätze. So erhielt die Witwe Levi Saul bei ihrer zweiten Heirat nur den Eheconsens, falls sie einen jüdischen Handwerker ehelichte[96]. Vorwiegend bekamen solche Juden Schutz oder die Genehmigung, sich niederzulassen, die schon ein Handwerk erlernt hatten[97]; sie mußten sich dann allerdings ausschließlich von ihrer Profession nähren, worüber das Amt streng zu wachen hatte. Andernfalls wurden sie des Landes verwiesen[98].

Eine gleichzeitige Bedingung zur *Qualifizierung des Landesherrlichen Schutzes* war das Erlernen der deutschen Sprache und Schrift[99]. Juliane verfügte, daß die Kinder am öffentlichen Schulunterricht — mit Ausnahme des Faches Religion — teilnehmen könnten und sollten. Sie befahl es nicht, erwartete es jedoch[100]. Die Dauer des Schulunterrichts wurde nicht festgelegt[101], weshalb auch kein Schulgeld an den Lehrer bezahlt zu werden brauchte[99]. Ein Bericht schildert die Nützlichkeit des Schulunterrichtes für jüdische Kinder: ... *wenn sie gleich bey behörigen Schulbesuch Gelegenheit hätten, sich viele nützliche Kentnisse zu erwerben, und dadurch abgehalten werden, schon von frühester Jugend an, bloß die Neigung zum Schachern oder kleinen Handel zu erwecken und zu unterhalten*[102]. Diese conditiones wurden bei Schutzerteilungen bis zur Emanzipation gestellt. Wer sie nicht innerhalb einer festgesetzten Zeit annahm, wurde nicht vergleitet[103]. Wer die Bedingungen zwar annahm, sie dann jedoch nicht erfüllte, wurde dadurch bestraft, daß seine Kinder weder Schutz noch irgendwelche Concessionen erhielten[104]. Zur Rücksicherung legte deshalb die Regierung im § 17 der Schutzbriefe fest: *Schließlich wird der NN daran erinnert, es nie zu vergessen, was ihm vermittelst der*

---

[94]) Des L 2 J 60 vom 28. Juni 1792.
[95]) Des L 3 Jc 14 Vol. I vom 3. Juli 1798.
[96]) Des L 3 Jc 14 Vol. I vom 6. März 1798.
[97]) Des L 3 Jc 23.
[98]) Des L 101a S 27 von 1792—94.
[99]) Des L 3 Jc 1b.
[100]) Des L 3 Jc 20 von 1799.
[101]) A 20 Nr. 3.
[102]) Des L 3 Jc 1b vom 29. März 1821.
[103]) Des L 3 Jc 26.
[104]) Des L 3 Jc 25a.

oben angeführten Regierungs-Resolution vom ... d. J.[105] *zur besonderen Bedingung gemacht worden, nemlich daß er seine künftigen Söhne zu Erlernung einer ordentlichen Handlung oder zu Professionen zu erziehen habe, desgleichen dieselben zu Erlernung des deutschen Rechtschreibens, wie auch Rechnens und dergleichen in die Schule schikke: seine Töchter aber zu Erlernung häußlicher Arbeit, im Nähen, Stricken, Spinnen und sonsten anhalte, um sich dadurch des landesherrlichen Schutzes würdig zu machen, indem derselbe dessen Söhne, wenn sie nur geringe Handlung treiben, wodurch und durch das damit verknüpfte Schachern sie nur dem Publicum zur Last fallen, nie wird ertheilet werden, dagegen dieselben, wenn sie eine ordentliche Handlung oder ein nützliches Handwerk treiben und sich solchemnach den Landesherrlichen, zu ihrem Besten abzweckenden, Absichten gemäß und untadelhaft betragen, gleiche Rechte mit den christlichen Unterthanen zu genießen haben sollen*[106].

Wenn wir von der Zeit Wilhelms[107] absehen, ist es für Juden nicht einfach gewesen, in Schutz genommen zu werden. Unter Graf Philipp blieben die Juden vergleitet, die schon im Lande lebten. Zwar holte Friedrich Christian einige neu ins Land, jedoch nur einflußreiche, die bei den Vertreibungen wieder außer Landes gehen mußten. Dessen Nachfolger Albrecht Wolfgang ließ lediglich 6 Schutzjudenfamilien zu, bis dann die Zahl in der Folgezeit bis auf 50 anstieg, so daß nun eine feste, zielgerichtete Judenpolitik nötig wurde, der Juliane Weg und Richtung zeigte, so daß ihr Sohn Georg Wilhelm in gleicher Weise fortfahren konnte.

Es mag der Eindruck entstehen, daß die Anforderungen und Bedingungen gar nicht so sehr streng gewesen sind, weil doch eine relativ große Anzahl von Juden in dem kleinen Schaumburg-Lippe lebte. Die große Schwierigkeit der Schutzerlangung erhellt erst dann, wenn man Vergleiche zwischen den stattgegebenen und den abgeschlagenen Schutzbitten anstellt. Nach meiner Überschlags- und Durchschnittsstatistik — über die Zeit von 1648 bis 1848 (Emanzipation) — wurden von 100 Supplikationen um Schutz nur 30 mit einer positiven Resolution bedacht, auf Grund der jeweiligen Judenpolitik dagegen 70 negativ beschieden, und zwar 45 wegen zuvieler Juden im Lande,

[105]) Datum der dem Vergleiteten zugestellten conditiones.
[106]) A 20 Nr. 3 Schutzbriefkonzept.
[107]) s. S. 26/27.

15 wegen mangelnden Vermögens, 5 wegen schlechten Leumunds, 5 wegen Nichtannahme der conditiones. Daß aus den beiden zuletzt genannten Gründen nur relativ wenige Schutzbitten nicht erfüllt wurden, liegt einmal daran, daß wenig Bitten um Schutz von solchen Juden gestellt wurden, die irgendwann einmal straffällig gewesen waren und für sie von vornherein wenig Aussicht auf Vergleitung bestand, zum anderen daran, daß die meisten Juden die conditiones der Regierung kannten. Der besonders hohen Zahl der abschläglichen Schutzbescheide aus der Zeit bis 1748 stehen die vielen Schutzerteilungen zur Zeit des Grafen Wilhelm ausgleichend gegenüber[108].

Hatte nun ein Jude den Schutzbrief erhalten, der entweder vom Regenten oder 3 Regierungsmitgliedern unterzeichnet sein mußte[109], so war er nicht auf Lebenszeit vergleitet, sondern immer nur für eine bestimmte Zeit, nach deren Ablauf er ein Prolongationsgesuch stellen mußte, um seinen Schutz zu *confirmieren*. Diese prolongatio — auch renovatio oder confirmatio genannt — wurde nicht kostenlos erteilt, sondern bildete für den Landesherrn neben dem Schutzgeld eine zusätzliche Einnahme, deren Höhe die Regierung nach Gutdünken festlegte. Im allgemeinen betrug sie 1 bis 2 Rtl[109]. Hinzu kamen noch die üblichen Kanzleigebühren für Stempel, Insinuation und Botenlohn. Von seiten der Räte hieß es: . . . . . *und diese Prolongation eine nicht unbedeutende Einnahme für die Regierungskanzlei ausmacht*[110]. Der neu konfirmierte Schutzbrief galt dann wieder für eine bestimmte Dauer. Die ersten Prolongationen wurden — soweit aus den Akten ersichtlich — 1689 ausgestellt und währten bis 1740 jeweils 10 Jahre[111]. Wilhelm scheint dann seine Schutzbriefe auf unbestimmte Zeit ausgestellt zu haben; denn Prolongationsgesuche oder Protokolle fand ich nicht vor. Erst Philipp Ernst führte bei Regierungsantritt 1777 die turnusmäßige Schutzbrieferneuerung wieder ein[109], wahrscheinlich für jeweils 10 Jahre; denn erst in seinem Sterbejahr 1787 erfolgte eine Resolution zur renovatio des Schutzes[112], der nun von Juliane jeweils

---

[108]) Bei dieser statistischen Erhebung handelt es sich nur um Juden mit Schutzbriefen, die auf Grund der Archivalien faßbar sind, nicht um jüdische Handwerker oder Professionisten, die keinen Schutzbrief erhielten, oder jüdische Colonisten, denen ein Meyerbrief ausgestellt wurde.

[109]) Des L 3 Jc 17a.

[110]) Des L 3 Jc 17b.

[111]) Des L 2 J 26a, b.

[112]) Des L 3 Jc 17a vom 3. Juli 1787.

um 6 Jahre verlängert wurde. Bei dieser Regelung blieb auch Georg Wilhelm. Die Gründe lagen vor allem darin, im Laufe der Zeit eingetretene Veränderungen, wie z. B. neue Geldwährungen[110], Erhöhung oder Verringerung des Schutzgeldes[113], erlassene Landesverordnungen[114] oder conditiones[115] in die Schutzbriefe einzutragen und alle Juden im Lande unter Kontrolle zu haben. Juliane z. B. benutzte die Gelegenheit, so auf die Erfüllung der von ihr gestellten Bedingungen zu achten, indem sie verordnete, daß in die erneuerten Schutzbriefe die Professionen der jüdischen Knaben aufzunehmen seien[116]. Damit nun nicht die Schutzbedingungen verschlechtert würden oder der Schutzbrief gar einbehalten würde, bemühten sich die Juden stets um geleitmäßiges Verhalten und suchten darüber hinaus die Gunst des jeweiligen Landesherren durch captatio benevolentiae oder laudationes[117]. So baten sie z. B. 1781, ein Gebet in hebräischer und deutscher Sprache für die glückliche Niederkunft der schwangeren Juliane drukken zu dürfen. Nach eingehender Prüfung des Inhalts durch christliche Geistliche erfolgte am 8. November 1781 die Druckerlaubnis[118].

Schon im 17. Jahrhundert galt es als ein schweres Vergehen, nicht oder nicht rechtzeitig um die renovatio des Schutzes nachgesucht zu haben. Die Folge war die Schutzentziehung[119]. Diese harte Maßnahme wurde von allen Regenten beibehalten[120].

Die erwünschteste Art, Juden in den Untertanenverband aufzunehmen, war für die Regierung der Weg über die christliche Bekehrung. Die gebürtigen Juden wurden dann als Christen angesehen und behandelt. Man nannte sie Proselyten oder Apostaten. Für die Zeit von 1648 bis 1848 sind mir aber nur 5 Religionsübertritte begegnet. Diese verschwindend geringe Zahl mag vor allem darauf beruhen, daß den Juden stets Religionsfreiheit in Schaumburg-Lippe laut einer Landesverordnung vom 6. August 1684 zugesichert wurde[121], obwohl die *christliche Lehre in aller Sanftmut* unterrichtet werden sollte mit

[113]) Des L 3 Jc 18.
[114]) Des L 9 Nr. 1 Vol. c Nr. 48 vom 25. Sept. 1738.
[115]) s. S. 31/32.
[116]) Des L 3 Jc 17a vom 9. Mai 1794.
[117]) Des L 2 J 26b.
[118]) Des L 3 Jc 4 (s. Abb. S. 37).
[119]) Des L 2 J 26a vom Juli 1699.
[120]) Des L 3 Jc 15a vom 8. Jan. 1794.
[121]) LVO vom 6. Aug. 1684, Bd. 2, S. 91 ff; Des L 9 Nr. 1 Vol. III a Nr. 24; Des L 0c Bd. 11 Nr. 175; Des L 102 A Nr. 321.

dem Ziel der Bekehrung. 1715 ließ sich in Stadthagen Simon Raphael taufen und bat die Stadtväter, seine Taufpaten zu werden[122]. Ansonsten wird nichts, nicht einmal der neue christliche Name, erwähnt. Die nächste Bekehrung fand in Bückeburg wenige Jahre später statt. Sie ist aus den Kammerakten zu ersehen; denn Graf Friedrich Christian unterstützte mehrere Jahre hindurch bis zu seinem Tode 1728 einen getauften Judenknaben[123]. Es liegt daher die Vermutung nahe, er selbst sei Taufpate gewesen. Auch hier kann ich weder Namen noch nähere Umstände angeben.

Ein weiterer, zum christlichen Glauben bekehrter Jude mit dem neuen Namen Christophorus Paul Mayer bittet 1730 Bürgermeister und Rat der Stadt Bückeburg um Unterstützung, da ihm nunmehr nach seinem Übertritt von jüdischer Seite keine Hilfe mehr zukomme[123a].

Dem Juden Herz Marcus, der den Namen Christian Accum nach seiner christlich-reformierten Taufe im Frühjahr 1756 annahm, sowie dessen Nachkommen widmete Freiherr von Ulmenstein 1934 einen Aufsatz[124], in dem er — dem Zeitgeist gehorchend — den üblen Charakter und das ewig Jüdische selbst eines zum Christentum Bekehrten an Hand einer Enkelliste nachzuweisen versuchte. Ich möchte mich hier jedoch nur auf die historischen Fakten beschränken, die folgendes bezeugen: Herz Marcus gehörte — für die damalige Zeit durchaus ungewöhnlich — den schaumburg-lippischen Truppen unter dem Grafen Wilhelm an und ließ sich nach seiner Taufe und Entlassung in Bückeburg als Seifensieder nieder[124a]. Während sein ältester Sohn die Seifensiederei übernahm, wurde sein jüngster, namens Friedrich Accum, als Chemiker und Wissenschaftler Professor am Surrey-Institut in London bis zum Jahre 1821. Ab 1822 war er Professor der Königlichen Bauakademie und auch des Königlichen Gewerbeinstituts in Berlin. Schließlich avancierte er zum korrespondierenden Mitglied der Königlich-Preußischen Akademie der Wissenschaften. Hier erschienen seine Aufsätze unter dem Anagramm „Mucca". Am 28. Juni 1838 starb er.

---

[122]) A 20 Nr. 7 vom 15. Nov. 1715.
[123]) Des K 90 Ka 81—89.
[123a]) Des L 102 A Nr. 2.
[124]) Ulmenstein, rassische Mischehe; S. 201—203.
[124a]) Des L 102 A Nr. 230.

קורם תפלה זו יאמר מזמורים ד' אז קיב קלב

מפרש.



שם אלהינו מבורך משפר-תר עדם: אשר הכשיאו יש
מאין בחכמתו: ויצר הכל בבוראתו: ובורא באדם להיות
חיוסה בראתו: ונשמי פיהו כרוח בשמתו: כדכתיב ואבן רוח תחא
באדם ונשמת שדי תבינם:

הוא אלהים אשר ברוב חסדו ברך לאדוניטו הנשי מיליגף
צדיקים שר מדינת שרימבורג תצ' תפ': בברכה שכל שרי כתן
למחל ולברכה: כי הוה הדוכסה הנבורה: הנכדוכה יהליאנא דוכסת
משרימבורג תצ' תפ'

ותן התלמים קכל בחסדים ובחנן את הפלה שבי עמך בית
ישראל: הנאנם לפניך להתפלל של כשיאוניטו: שכל ימי שבוריה
ישבו בלי צער ונק ותאנה: ואנכם נא שם ולחדיה הלד בחדיה
מהשקם בבטח ובמנוחה: עשה הנכריה סהר אם הבנים שמחה:
בשרם ובין תבלי יחלה: ככתוב בשים תחל ילדה: ויחל בכאל
סתם

Wer dem Gebet lesen wir Psalm 20, 91, 112, und 132.

Gebet.

Gelobet sey der Name des allmächtigen GOttes von nun an bis in Ewigkeit! Denn er hat durch seine Weisheit, diese Welt aus nichts hervor gebracht, und durch seine göttliche Macht alles erschaffen.

Unter allen Geschöpfen solte der Mensch das Edelste seyn, darum erleuchtete er ihn, mit einer nach seinem göttlichen Ebenbilde erschaffenen Seele; nach den Worten Hiobs 32, v. 8. Aber der Geist ist in denen Leuten, und der Odem des Allmächtigen machet sie verständig. Er ist der Allmächtige GOtt, der durch seine grosse Gnade unsern theuresten Landes-Herrn gesegnet hat.

Denn die Tugendreiche und Durchlauchtigste Fürstin, ist mit gesegneter Leibes-Frucht beschencket, und Ihre Schwangerschaft erwecket Hofnungen zukünftiger Glückseeligkeit und zukünftigen Segens. HErr aller Welten! be-

willige

6. Anfang eines deutsch-jüdischen Gebetes für die glückliche Niederkunft der Fürstin Juliane. Druck von 1781 (Des L 3 Jc 4)

Moses Isaak aus Stadthagen erhielt 1788 die Taufe. Auf Bitten des Oberpredigers Helper standen die Stadtväter Pate, die ihr Gevatterngeschenk teils aus eigenen, teils aus öffentlichen Mitteln bezahlten. Johann Fürchtegott Hagen, diesen Namen nahm der Proselyt an, bedankte sich bei seinen Paten und bat um Unterstützung während seiner Lehrzeit[125].

Es gab auch einen Juden, der in betrügerischer Absicht nach Schaumburg-Lippe kam mit dem angeblichen Wunsche, in die christliche Kirche aufgenommen zu werden. Es handelte sich dabei um den Zinnober- und Schokoladenmacher Joseph Isaak aus Berlin[126]. Er machte sich zunächst recht beliebt dadurch, daß er angab, der Bückeburger Consistorial-Unterricht im Christentum werde weit über die Grenzen hinaus gerühmt, weshalb es auch ihn dorthin gezogen habe. Voller Vertrauen kleidete man den zukünftigen Apostaten neu ein, gab ihm ein Handgeld — und sah ihn nicht mehr! Das Consistorium nahm das zum Anlaß, die Kirchengemeinden der Umgebung zu warnen. Dies war jedoch der einzige kriminell gelagerte Fall. In der Regel war den Proselyten ihr Schritt durchaus ernst. Taufwilligkeit nur aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen gab es in Schaumburg-Lippe nicht, da jeder Jude durch die Möglichkeit, Handwerker oder Colon zu werden, den christlichen Untertanen — zumindest seit 1787 — gleichgestellt werden konnte[127]. Und wegen ihres Glaubens verfolgt zu werden, bestand für die Juden keine Gefahr.

3. Auswirkungen des Schutzes in wirtschaftlicher Hinsicht

Stets enthielt der Schutzbrief die Concession zur *Handtierung*, die genau festgelegt war. Der Begriff *Handtierung* oder Handlung umfaßte alle Berufsarten, denen die Juden nachgingen. Die Erlaubnis zum Handel galt so lange, als der Schutzbrief seine Gültigkeit besaß. Wurde er aus irgendwelchen Gründen nicht prolongiert, so erlosch die Möglichkeit, durch die bisherige Nahrungsquelle weiterhin Geld zu verdienen. Der Landesherr konnte hier schalten und walten, wie

[125]) A 20 Nr. 7 vom 24. Juni 1788.
[126]) Des L 2 J 61 von 1782.
[127]) s. S. 31/32.

es ihm gefiel. Einschränkungen und Erweiterungen des Handels oblagen ihm.

Welche Warengattungen die Juden vertrieben, gilt es als erstes festzustellen: „Da tritt uns zunächst die wichtige Tatsache entgegen, daß die Juden den Handel mit Luxuswaren lange Zeit hindurch so gut wie monopolisiert haben. Und während des aristokratischen 17. und 18. Jahrhunderts bedeutet dieser Handel das meiste. Die Luxusgegenstände, über die die Juden vor allem verfügten, sind Bijouterien, Edelsteine, Perlen, Seide und Seidenwaren... Auf der anderen Seite finden wir die Juden überall dort allein oder mit überragendem Einfluß am Handel beteiligt, wo es den Vertrieb mit Massenprodukten gilt. Ja, man kann, glaube ich, mit einigem Recht behaupten, daß sie es wiederum sind, die als die ersten die großen Stapelartikel des modernen Welthandels zu Markte gebracht haben. Das sind aber neben einigen Landesprodukten: Getreide, Wolle, Flachs, später Spiritus, während des 17. und 18. Jahrhunderts vornehmlich die Erzeugnisse der rasch wachsenden kapitalistischen Textilindustrie sowie die neu auf dem Weltmarkt erscheinenden Kolonialprodukte Zucker und Tabak“[1]. Soweit W. Sombart, dessen Ausführungen genau auf Schaumburg-Lippe passen. Außerdem traten die Juden in allen Teilen Deutschlands als Finanziers, Geldleiher und Wechsler auf, was besonders in der Institution des Hofjudentums[2] seinen Niederschlag gefunden hat. Aber nicht nur die Hoffaktoren durften sich Geld- und Zinsgeschäften oder anfallenden Pfandleihen widmen, sondern jeder, wie der Schutzbrief Auskunft gab. Die dritte Art, sich den Lebensunterhalt zu verdienen, bestand für die Juden vorwiegend im Schlachten und Fleischverkauf. Auch die schaumburg-lippischen Juden gingen eifrig diesen Erwerbsquellen nach und traten dadurch in Konkurrenz zu den christlichen Untertanen. Oft wurden sie als „Störer der Nahrung“ empfunden[3].

In den Schutzbriefen des 17. Jahrhunderts lautete § 1: *Soll Ihnen ... Freystehen undt erlaubet sein Handthierung zutreiben wie von Alters die Juden in dieser Grafschaft thun mögen undt Herkommenß, so weit wir die nicht Vorhin durch andere ertheilte privilegia einge-*

---

[1]) Sombart; S. 28.
[2]) s. S. 99 ff.
[3]) Sombart; S. 137.

schrencket . . .[4]. Eine solche Einschränkung erfolgte 1666 für Stadthagen, als die Juden dort keine offenen Läden, Weinkeller und Apotheken mehr führen durften und ihnen der *Handel mit wollenen Tüchern und Krahmwaren* untersagt wurde[5]. Ausdrücklich erlaubt wurde dagegen das Schlachten, der Geldzins, der Handel mit Korn, Kleidern, Leder, Pferden und anderem Vieh, Speck, Linnen, Betten, Federn, Zinn, Kupfer, Messing, Silber, Gold, Edelsteinen, seidenen Strümpfen, silbernen Spitzen oder Schnüren, Pomeranzen, Zitronen und dergleichen. Diese Resolution wurde *zum Besten und Nutzen der Unterthanen* erlassen. Eine Änderung behielt man sich vor[6]. Im allgemeinen wurden diese Grundsätze unter der Regierung des Grafen Friedrich Christian 1684 bestätigt, lediglich eine Schlachtbeschränkung für Stadthagen und ein generelles Schlachtverbot für Bückeburg wurden den Juden auferlegt[7]. Im gleichen Jahre erklärte ein Edikt, daß den Juden an Sonn- und Feiertagen bei 10 Rtl Strafe zu handeln verboten sei[8], da sonst der heilige Ruhetag gestört werde. Das war eine sehr beschwerliche Einschränkung, da durch den vorangegangenen Sabbath zwei Tage nacheinander *nahrungslose Zeit* herrschte. Besonders hart war dieses Verbot für die Schlachter; denn die Polizei-Ordnung legte fest, daß nur gutes und frisches Fleisch zum Verkauf gelangen dürfe. Um gegen Preisübertreibungen und Betrug gesichert zu sein, wurde der Wert des Fleisches je nach Art in der Taxordnung vorgeschrieben[9]. *An den Hämeln sollen sie das eußerste Fellwerck mit der Wolle am Schwantze sitzen lassen, damit man Hämel- und Ziegenfleisch unterscheiden könne*[10].

Das übliche Betätigungsfeld der handelnden Juden waren Jahrmärkte oder das platte Land[11]. Es kam vor, daß Juden um die Verlegung des Jahrmarktes auf einen anderen Termin baten, da gerade zur anberaumten Zeit hohe jüdische Feiertage lägen, die eine

---

[4]) A 20 Nr. 3 vom 30. März 1665.
[5]) Des L 102 A Jurisdiktion Lit. H vom 17. Sept. 1666.
[6]) Des L 0c Bd. 10 / Nr. 105 vom 17. Sept. 1666.
[7]) LVO vom 6. Aug. 1684, Bd. 2, S. 91 ff.; Des L 102 A Nr. 321.
[8]) Des L 9 Nr. 1 Vol. III[a] Nr. 14 vom 29. Apr. 1684.
[9]) PO, cap. XXXXV, S. 376.
[10]) Der noch lebende ehemalige Judenknecht Könemann, Hagenburg, erzählte aus eigenem Erleben, daß es in der Praxis vorgekommen sei, teureres Fell auch an Fleisch minderen Wertes anzunähen, um höhere Preise zu erzielen.
[11]) Des L 2 J 26b.

Beschickung nicht erlaubten[12]. Der Petition wurde stattgegeben. Weitere Supplikationen hatten das Ziel, den Handel des einen oder anderen Schutzjuden über die Landesgrenzen hinaus ausdehnen zu dürfen, damit die Konkurrenz und die damit verbundene Nahrungsschmälerung im eigenen Lande nicht zu groß würde[13]. Aus dem gleichen Grund mußten sich Rabbiner, Schulmeister und Vorsänger stets allen Handels enthalten[14]. Diese Beschränkung ging von jüdischer Seite aus; denn Rabbiner, Schulmeister und Vorsänger wurden von der Gemeinde nur eingestellt, wenn sie nicht deren Mitglied waren, d. h. auch nicht den Schutz genossen, der den Handel erlaubte. Bei Schutzerteilung wurden sie sofort entlassen, waren bald arm und fielen der Armenkasse zur Last, so daß die Regierung diesen Wünschen der Synagogengemeinden in Schaumburg-Lippe[15] nachkam.

Meist waren es allerdings die Kauf- und Kramämter, die sich gegen die Akzeption und Schutzerteilung wegen des Handels aussprachen und klagten, die Juden gingen weit über ihre Schutzbrief-Concessionen hinaus. Besonders 1706[16], im Jahre der Vertreibung[17], und in der Folgezeit wurde darüber geklagt[17a], so daß Friedrich Christian aus Wien 1711 die Ordre erließ, beim Kauf bei Juden solle man sich deren Handels-Privilegien produzieren lassen[18]. Schon ein Jahr später folgte eine weitere Beschränkung, als der Handel *mit frantzischer Ware* verboten wurde bei 10 Rtl Strafe[19]. Kurz darauf folgte wieder eine Vertreibung[20], von der nur der Jude Simon Leser ausgenommen war, der als Hoflieferant in Bückeburg offiziell bleiben durfte[21], nachdem der Fiscalis eindringlich auf die entstehende Not in der Fleischversorgung nach Vertreibung der Juden hingewiesen hatte[22]. Albrecht Wolfgang erteilte dann zwar wieder 6 Juden Schutz[23], ließ

---

[12]) Des L 2 J 26a vom 30. Jan. 1690.
[13]) Des L 2 J 26e (undatiert)
[14]) Des L 2 J 26a von 1710; Des L 2 J 26b von 1745.
[15]) Des L 3 Jc 23.
[16]) Des L 2 J 49b vom 7. Okt. 1706; Des L 102 A Nr. 230.
[17]) s. S. 93.
[17a]) Des L 102 A Nr. 413a, 230.
[18]) Des L 2 J 49b vom 10. Dez. 1711.
[19]) Des L 2 J 49b vom 6. Juli 1712.
[20]) s. S. 94.
[21]) Des K 90 Ka 79—89; Des L 2 J 26a vom 12. Sept. 1718.
[22]) Des L 2 J 26a vom 2. Mai 1718.
[23]) s. S. 25, 94, 104.

aber zunächst nicht das Schlachten zu[24], sondern nur den Handel mit Waren, die 1666 zugestanden wurden[25]. Ab 1733 gab es dann temporäre Ausnahmegenehmigungen zum Schlachten, allerdings mit großen Einschränkungen[26]. Getrennte oder Companie-Geschäfte im Handel von Vater und Sohn waren verboten, da *sie nur eines herrschaftlichen Schutzes genießen*[27]. Der Handel wurde nur zusammen mit dem Schutz auf den ältesten Sohn transferiert, wenn der Vater alt, schwach und nicht mehr voll verdienstfähig war[26]. Er mußte sich dann *völlig jeder Handtierung enthalten.*

Unter Albrecht Wolfgang erhielten 1735 auch die christlichen Kaufleute in Bückeburg — ähnlich den Stadthägern[28] — 37 Warenarten als Privilegien, mit denen die Juden im eigenen Lande bei 20 Rtl Strafandrohung nicht handeln durften. Im Auslande dagegen sollte den Israeliten erlaubt sein, mit allen Waren zu handeln. Gleichzeitig wurde den Bückeburger Kaufleuten zur Auflage gemacht, auch tatsächlich ihre privilegierten Waren vorrätig zu haben, da sonst bei Beschwerden das Privileg aufgehoben und den Juden zu ihren bisher erlaubten Waren — 36 an der Zahl — dazugegeben werden sollte[29]. Darauf erwiderten die christlichen Kauf- und Handelsleute: ... *nun hat zwar dero nachgesetzte Regierungs-Cantzley unterm 30. April 1736 wegen derer Juden ihrer Handlung eine resolution ertheilet, allein durch diese resolution wird der schädliche und auf der Christen ihren totalen Untergang nur abzielende Juden Handel mehr in Aufnahme gebracht, als gehemmet werden*[30]. Als Folge dieser Eingabe wurde der jüdische Handel auf ca. 15 Waren eingeschränkt[31]. Danach wiesen die Juden darauf hin, daß jetzt die hiesigen Käufer ihr Geld ins Ausland brächten, zumal die christlichen Kaufleute gar nicht alle Waren anschaffen könnten[32] und deshalb der vorige Status wieder hergestellt werden sollte[33]. Daraufhin wurde die Resolution vom 30. April 1736 wieder in Kraft gesetzt[29]. Jetzt klagten aber die christlichen Kaufleute über die große jüdische Handelskonkurrenz mit dem Hinweis, daß Levi Heine die Waren des Kramers Büren-

---

[24]) Des L 2 J 26b vom 17. Aug. 1729.
[25]) s. S. 40.
[26]) Des L 2 J 26b; Des L 102 A Nr. 270.
[27]) Des L 3 Jc 20.
[28]) s. S. 40.
[29]) Des L 2 Z 32 vom 30. Apr. 1736.

heim, *der keinen Abgang gefunden*, günstig aufkaufte[34]. Die Regierung meinte lediglich dazu, hierdurch sei bewiesen *clarissimo indicio dass unsere Leute zum Handel nicht taugen*[35]. Graf Wilhelm erhärtete das Privileg 1753, indem er Schutz nur solchen jüdischen Kaufleuten erteilte, die mit Waren handelten, die die Stadthäger nicht verkauften[36].

Ein Zweig des Handels ging den Juden durch ein Edikt 1746 verloren, als der Ankauf von Fellen und Häuten im Lande und der Verkauf außer Landes bei 20 Rtl Strafe verboten wurde, um die einheimischen Gerber vor Arbeitslosigkeit zu schützen[37]. Wegen mangelnder Beachtung und deshalb zur Verschärfung wurde schließlich 1771 ein generelles Verbot für diesen Handel erlassen[38].

Soweit aus den Akten zu ersehen, gab es aber auch neue jüdische Handelsmöglichkeiten dadurch, daß ab 1742 die Höckerpacht offenstand. So pachtete Herz Meyer in Frille den Höckerhandel von 1742—1762 für jeweils 4 Rtl pro Jahr. Alle vier Jahre wurde der Pachtvertrag erneuert[39]. Sein Nachfolger wurde Marcus Samuel, der wohl die gleiche Pachtgebühr bezahlte, aber nur dreijährige Verträge erhielt und zwar bis 1775. Er versprach, trotz des Krieges jedweden zufrieden stellen zu wollen[39]. 1747 begab sich Abraham Hertz von Meinsen nach Lindhorst, um, nachdem der dortige Höcker verstorben war, an dessen Stelle zu treten. Der Höckerhandel in Heuerßen wurde auch hier an einen Juden, nämlich Lazarus Salomon, ab 1768 verpachtet[41]. Wer jedoch ohne Concession mit Höckerwaren handelte, wurde mit 1 Rtl bestraft[41].

Während des 7jährigen Krieges bot sich ebenfalls ein Jude — Meyer Levin — an, die Rationen für Fourage an die alliierten Truppen zu liefern; er erhielt von 1760—1763 diesen Auftrag, weil

---

[30]) Des L 2 Z 32 vom 23. Juni 1736.
[31]) Des L 2 Z 32 vom 1. Sept. 1736.
[32]) Des L 2 Z 32 vom 21. Febr. 1737.
[33]) Des L 2 Z 32 vom 18. Januar 1737.
[34]) Des L 2 Z 32 vom 19. Okt. 1737.
[35]) Des L 2 Z 32 (undatiert).
[36]) Des L 2 J 26c vom 24. Aug. 1753.
[37]) Des L 9 Nr. 1 Vol. IV^{d}, Nr. 56 vom 8. Juli 1746.
[38]) Des L 9 Nr. 1 Vol. V^{c}, Nr. 14 vom 30. Jan. 1771.
[39]) Des K 1 P Nr. 21.
[41]) Des K 1 P Nr. 34.

er garantieren konnte, die erforderlichen Waren (insbesondere Heu, Korn und dergl.) fristgemäß herbeizuschaffen[41a].

Seit Albrecht Wolfgang widmeten sich Juden auch intensiv dem Tabakhandel, oft pachteten sie dieses Monopol[41b]. Als jüdische Klagen 1735 eingingen über sehr viel importierte *Tobacke*, die im Lande verarbeitet würden, wodurch die *Nahrung* gefährdet sei, erging eine Resolution, nach der die Kaufleute dieses Genußmittel nur von hiesigen Fabriken verkaufen durften[42]. Der Pachtpreis pro Jahr war beträchtlich. Die Kammerrechnungen weisen zwischen 230 und 400 Rtl aus[43]. Gerson Isaac, der Bückeburger Tobackspächter zur Zeit Wilhelms, bezahlte außerdem Schutzgeld, da der Tobacks-Pacht-Vertrag die Vergleitung einschloß. Einen förmlichen Schutzbrief besaß er nicht. Als 1769, zwei Jahre nach erfolgter Aufhebung des Toback-Monopols, eine Abstimmung stattfand, ob die Bürger lieber nach *vorgeschriebenem Modo das Tobacks praestandum bezahlen oder aber das Tobacksmonopolium wieder eingeführt sehen wollen*[44], ist es wieder ein Jude, der als erster in der Abstimmungsliste neben den christlichen Bürgern steht: Levi Heine, der Wortführer für die Beibehaltung der Aufhebung.

Immer mehr Juden ließen sich als Tabaksfabrikanten und Tabakspinner nieder[45], zumal die Regierung es gerne sah, wenn ein Jude sich anders als vom Schacher zu ernähren verstand. Jedoch war dann auch die einzige Nahrungsquelle das Tabakfabrizieren. Ein Handel daneben wurde bei Landesausweisung verboten[46].

Graf Philipp Ernst regelte, nachdem in der Zeit Wilhelms mancherlei liberalisiert war[47], das Schlachten neu für die Juden in Stadthagen. Jedem Schutzjuden sollte es erlaubt sein, *monatlich 1 Stück Ochsen oder gros Hornvieh, an kleinem Vieh, als Kälber oder Hämmeln aber soviel zu schlachten, als er schlachten kann*[48]. Diese Großzügigkeit hatte jedoch zur Folge, daß schon im folgenden Jahr Klagen

---

41a) Des L 102 A Nr. 782.
41b) Des L 102 A Nr. 690a.
42) Des L 2 Z 32 vom 9. Sept. 1735.
43) Des K 90 Ka 110—111.
44) Des L 2 M 31 vom 9. Nov. 1771.
45) Des L 2 M 31; Des L 2 J 60; Des L 3 Jc 17a; Des L 101b J 48.
46) Des L 2 J 60 vom 10. Nov. 1789.
47) s. S. 26/27.
48) Des L 101b J 5 von 1778.

der christlichen Schlachter laut wurden, die Juden kauften ihnen sonntags das Vieh bei den Bauern weg[49]. Daraufhin wurde das *Handelsverbot für Juden an Sonn- und Feiertagen von 1684*[50] am 9. Februar 1779 erneuert[51]. Es wurde speziell auf das Schlachten ausgerichtet, wobei als Strafe die Confiscation des Fleisches angedroht wurde[52]. Die Schlachtconcessionen wurden von da ab sparsam ausgegeben je nach Anzahl der vorhandenen Schlachter[53]. Als sich 1807 nach Angaben der christlichen Bürger das christliche Metzgeramt Stadthagen offensichtlich vor der Hausschlachtung drückte, weil durch das Freischlachten mehr zu verdienen war, drohte der Rat der Stadt nicht nur mit Aufhebung des Amtsverbandes, sondern auch damit, dem Juden Wulf Manchen, dem Schwiegersohn der Witwe Seckel, eine Concession zum Freischlachten zu erteilen[54]. Diese erhielt er tatsächlich, nachdem er Vermögen zum Ankauf von Vieh nachgewiesen hatte[55]. Die vom Fleischeramt daraufhin geforderten Beschränkungen wurden von der Regierung nicht akzeptiert, *da jeder Schlächter sich eben so gute Nahrung durch Viehschlachten wird verschaffen können, als die Witwe Seckel, wann er eben so gutes Fleisch als die Witwe zu eben dem billigen Preise zum feilen Verkauf jederzeit vorrätig hat, überdies auch den dortigen Schlächtern mehr als vorher bedeutet ist, daß bei nicht aufhörenden gegründeten Klagen über Mangel an gutem Fleisch zu billigem Preise ein Freischlächter zu Stadthagen werde angesetzet werden*[56]. Als Wulf Manchen schließlich 1811 Schutz und Concession für sich allein von seiner Schwiegermutter erhielt, tat er sich mit dem christlichen Schlachter Köllner zusammen, so daß nun auch der Verkauf am Sabbath stattfinden konnte und das Fleisch trotz Güte außerdem noch 2 Pfg. unter dem Taxpreis lag. Die Regierung billigte das ausdrücklich, um zu verhindern, daß *Köllner in betrübte Lage komme*[57]. Als 1816 die anderen Schlächter das Compagnie-Geschäft behinderten, wurde der Rat der

---

[49]) Des L 3 Jc 2 vom 26. Jan. 1779.
[50]) s. S. 40.
[51]) LVO vom 9. Febr. 1779, Bd. 3, S. 15.
[52]) Des L 3 Jc 2.
[53]) A 20 Nr. 10.
[54]) A 20 Nr. 10 vom 8. Aug. 1807.
[55]) A 20 Nr. 10 vom 10. Dez. 1808.
[56]) A 20 Nr. 10 vom 14. Jan. 1809.
[57]) A 20 Nr. 10 vom 14. Juni 1811.

Stadt beauftragt, das *verstattete Compagnie-Schlachten kräftigst zu schützen*[58].

Das wirtschaftliche Bild der Juden zur Zeit des Grafen Philipp Ernst und besonders unter Fürstin Julianes Regiment verschob sich bedeutend dadurch, daß immer mehr Juden vom schachernden Handel abgezogen und zu bürgerlichen Professionen hingeführt wurden[59]. Während Philipp Ernst den Juden, die Colonisten oder Handwerker wurden, einen Schutzbrief ausstellte, sie also weiterhin in der Stellung als Schutzjuden beließ[60], änderte Juliane das insoweit, als Juden mit Colonien und bürgerlichen Professionen nunmehr den christlichen Untertanen gleichgestellt wurden. Das wirkte sich in erster Linie bei der Erhebung der Steuern aus[61]. Förmliche Schutzbriefe wurden nicht mehr für sie ausgefertigt, sondern nur Meyerbriefe, die in fünf Paragraphen Rechte und Pflichten der jüdischen Colonen, Neubauern und Brinksitzer, wie sie genannt wurden[62], bestimmten. Handel war generell verboten[63]. Auch die Meyerbriefe mußten nach einer individuell festgesetzten Zeitspanne erneuert werden. Der zu bebauende Colonieplatz wurde — zum Teil kostenlos[64] — von der Regierung angewiesen[65]. Es konnten Wünsche geäußert werden[66], die geprüft und oftmals erfüllt wurden[67]. Besonderen Wert legte die Regierung auf den Anbau von Zuckerrohr, um möglichst auf diesem Gebiet autark zu werden[68]. Jedoch scheinen nicht alle jüdischen Colonen ihren Verpflichtungen nachgekommen zu sein, denn wiederholt traten Klagen der Schutzjuden auf, daß auch sie — die Colonen — Handel trieben, ohne irgendwelche Abgaben dafür zu leisten[69]. Erstaunlich ist, daß darauf den Beschuldigten nichts geschah, sondern lediglich das zuständige Amt zur Rechenschaft gezogen wurde, weil es trotz

---

[58]) A 20 Nr. 10 vom 6. Sept. 1816.
[59]) s. S. 31.
[60]) Des L 2 J 59 Vol. I; Des L 2 J 60; Des L 3 Jc 11 Vol. I.
[61]) Des L 2 J 59 Vol. II von 1792; Des. L 3 Jc 17a von 1793.
[62]) Des L 3 Jc 18; Des L 3 Jc 25b; Des L 101a S. 32.
[63]) Des L 3 Jc 27a.
[64]) Des L 3 Jc 17a von 1787.
[65]) Des L 2 J 60 von 1783.
[66]) Des L 2 J 59 Vol. I.
[67]) Des L 101a S. 32.
[68]) Des L 2 J 59 Vol. I vom 28. Febr. 1786.
[69]) Des L 3 Jc 17b vom 27. Juli 1807.

Wissens nichts unternommen hatte[70]. Ich schließe daraus, daß die Regierung im Gegensatz zu der Strenge bei Concessionsübertretungen der Schutzjuden besondere Milde und Vorsicht bei den Professionisten walten ließ mit Rücksicht auf die den Juden noch ungewohnten bürgerlichen Berufe[71].

Bei den Handwerkern sah es folgendermaßen aus: neben den Tabakverarbeitern[72], von denen eine Anzahl *Tobacksfabriken* anlegte, z. B. in Nienstädt[73] und Steinbergen[74], suchten immer mehr Professionisten um Genehmigung von Fabriken nach. 1772 bat Meier Joseph aus Altona, eine Wollspinnerei einrichten zu dürfen. Nach eingehender Prüfung durch die Regierung erfolgte jedoch eine negative Resolution, da der Supplikant von der Spinnerei nichts verstand und es ihm wahrscheinlich weniger um die Spinnereianlage als vielmehr um die Schutzerlangung ging[75]. Joseph Heine wollte 1785 eine Strumpffabrik anlegen und bat deshalb, ein Haus kaufen zu dürfen[76]. Elias Joseph beantragte 1790 die Concession zur Fertigung von Glaubersalz und Magnesia in Stadthagen[77] und erhielt sie unter der Bedingung, daß seine Familie von dem Ertrag der Fabrik leben könnte. Das scheint dann nicht der Fall gewesen zu sein; denn 1793 wurde er des Landes verwiesen, da er seine Versprechungen nicht hielt und seine Kinder zu Felddieben wurden[78]. Jährliche Berichte der Ämter über alle Fabriken und deren Leistungsfähigkeit hielten die Regierung stets auf dem laufenden, so daß sie die Concessionen gegebenenfalls verlängern oder entziehen konnte[74]. Wurden manche Wünsche auf Genehmigung eines Etablissements gleich abgeschlagen, wie z. B. 1794, als Isaac Samuel um die Zulassung einer Essig-Brauerei und eines Liqueurs-Verschankes bat[79], so geschah es ebenfalls, daß die Kammerkasse Juden, die einen erwünschten Beruf ausüben oder aufbauen wollten, Darlehen aus dem Handwerksfond zu einem Zinssatz von

---

[70]) Des L 3 Jc 17b vom 11. Aug. 1807.
[71]) s. S. 31.
[72]) s. S. 44.
[73]) Des L 2 M 31.
[74]) Des L 2 J 60.
[75]) Des K 1 F Nr. 2 von 1772.
[76]) Des L 3 Jc 7 vom 29. Dez. 1785.
[77]) Des L 101b J 41.
[78]) A 20 Nr. 8 vom 24. Sept. 1793.
[79]) Des L 3 Jc 11 Vol. I vom 7. Mai 1794.

4% jährlich gewährte. Die Sicherheit des geliehenen Geldes mußte allerdings nachgewiesen sein[80]. Diese Art Hilfeleistung läßt sich jedoch erst unter Georg Wilhelm feststellen, der verschiedene Seifensiedereien[81], eine Damast-, Leinen- und Kattunfabrik in Stadthagen[82] und eine Gerberei in Bückeburg[83] zuließ. Er war es auch, der trotz der christlichen Kaufmanns-Privilegien teilweise jüdischen Fabrikanten den Handel mit Kolonialwaren gestattete, damit sie vorteilhaft und rentabel ihre Erzeugnisse vertreiben konnten[84]. Damit gab es Ausnahmen von den seit altersher geltenden Privilegien, wenn es um Gedeih oder Verderb einer Familie ging. Jacob Baruch z. B. erhielt die Erlaubnis, mit Waren zu handeln, die gegen §§ 1 und 3 der Kaufmannsprivilegien verstießen; denn nur dadurch hatte er die Möglichkeit, sich hinreichend zu ernähren[85]. Der Ehekonsens bei unvergleiteten Juden — eine große Seltenheit — wurde ähnlich großzügig ausgelegt; denn die danach entstehende Familie mußte sich durch irgendeine Erwerbsquelle ernähren. Sie sollte nicht hungern, weil alte Gesetze oder Privilegien bestanden[86]. Das bedeutendste Beispiel vom Kampf der Gilden und Zünfte um ihre Privilegien datiert aus dem Jahre 1830. Zadeck Hirsch lebte in Lindhorst vom Ellenwarenhandel, der den christlichen Kaufleuten auf Grund ihrer Vorrechte von 1666, bestätigt 1684 und letztlich 1819, zustand und auf dem platten Lande generell verboten war. Die Kaufmannsgilde beschwerte sich deshalb beim Amte Hagenburg, das daraufhin dem Zadeck Hirsch den Ellenwarenhandel bei 5 Rtl Strafe untersagte. Dieser ging in die Appellationsinstanz, die Justizkanzlei in Bückeburg, wo sich die Meinungen der Regierungsräte sehr teilten. Die einen meinten, man solle die Juden nicht den Christen vorziehen, denn dann würden bald viele derartiger Gesuche folgen, sondern bei den Privilegien bleiben, denn *quod privilegium, privilegium absorbens non facile sit concedendum; quia quod una manu est concessum, altera non est auferendum*[87]. Die anderen standen auf dem Stand-

[80]) Des K 2 A 4 A 46 von 1820 und 1832.
[81]) Des L 3 Jc 27a.
[82]) Des L 101b J 76; A 20 Nr. 3.
[83]) Des L 3 Jc 7.
[84]) A 20 Nr. 3 vom 22. Sept. 1817.
[85]) Des L 3 Jc 24 vom 19. Juni 1830.
[86]) Des L 3 Jc 17b vom 27. Juli 1807.
[87]) Des L 3 Jc 27a vom 22. März 1830.

punkt, man solle ruhig eine Concession erteilen, da die Privilegien nur örtliche, nicht allgemeine Geltung besäßen und Lindhorst nicht darunter falle. Die dritte Seite schlug vor, Zadeck Hirsch zum „Freimeister“[88] zu ernennen. Sie zitierte dazu „Musaeus § 25“: keiner dürfe Einwendungen machen, *Wenn er (der Landesherr) einen Juden zum Freimeister ernennet, dringt ihn der Zunft nicht als Mitglied auf, der Freimeister ist und bleibt außer der Zunft und treibt neben derselben seine Handtierung oder Gewerbe, dazu kommt, daß die Ausschließung der Juden von Handwerkern, Zünften und dem Bürgerrechte weder im teutschen Reiche ohne Ausnahme statt findet noch in Gesezzen, oder im Judenthum, sondern lediglich in Vorurteilen der christlichen Innungen gegründet und aller gesunden Staatsklugheit zuwider ist . . .*[89]. Daraufhin erhielt Zadeck Hirsch von Georg Wilhelm mp eine *eingeschränkte, temporäre oder widerrufliche Concession*, um seine Familie ernähren zu können[90]. Alle sechs Jahre wurde sie bis 1848 prolongiert, wofür pro Jahr 5 Rtl 5 Gr Concessionsgeld zu entrichten war[91].

Einige schaumburg-lippische Schutzjuden schlossen sich zu Napoleons Zeit im Ausland Heerzügen als Marketender an. Ihre Wiederaufnahme im Lande war unterschiedlich. Während einem Handelsjuden der Schutz wegen Desinteresses entzogen wurde[92], bekamen Juden mit Professionen, die dem Gemeinwesen nützten, eine renovatio der alten Vergleitung oder Concession[93]. Zu diesen nützlichen, bürgerlichen Professionen, die von Juden seit Julianes Zeit ausgeübt wurden, gehörten neben den bereits erwähnten: die Knopfmacherei[94], die Petschierstecherkunst[95], die Buchbinderprofession[96], das Bäcker-[97] und Schuhmacherhandwerk[98], die Leineweberei[99] sowie Senfmahlen,

---

[88]) sog. „unzünftiger Meister“ lt. Rechtswörterbuch; Der Staat konnte nach Befinden der Umstände Freimeister ernennen, auch da, wo geschlossene Zünfte waren.
[89]) Des L 3 Jc 27a vom 24. April 1830.
[90]) Des L 3 Jc 27a vom 14. Juni 1830.
[91]) Des L 3 Jc 27b.
[92]) Des L 3 Jc 16 vom 7. Febr. 1801.
[93]) A 20 Nr. 11 vom 15. Dez. 1820.
[94]) Des L 2 J 60.
[95]) Des L 3 Jc 11 Vol. I.
[96]) Des L 101a S. 27.
[97]) Des L 3 Jc 17b.
[98]) Des L 3 Jc 7.
[99]) Des L 3 Jc 20.

Schreiben[97], Goldschmiedehandwerk[100] und Tapeziererei[101]. Diese Handwerker hatten es oft sehr schwer, sich gegen die Meinung der Innungen, Zünfte und Gilden, ein *Jude dürfe nicht in die Höhe kommen*[102], durchzusetzen. In Berichten wurde darauf hingewiesen, man habe *in Erfahrung gebracht, daß er für hiesige Unterthanen noch sehr wenige Arbeit gehabt, weil viele wohl demselben als einem Juden nicht trauen mögen*[103]. Das einzige, was die Regierung dieser durch christliche Kaufleute geschürten Antipathie entgegensetzen konnte, war Amtshilfe, wie sie wiederholt bei jüdischen Klagen angeboten wurde[99], oder aber tatkräftige Beweise, daß man einen jüdischen Handwerker *in seinem Fortkommen unterstützen* müsse. Dies war 1833 der Fall, als der Lohgerber Gumpel Hirsch sich in Lindhorst niederlassen durfte, obwohl schon zwei Brüder von ihm dort wohnten[104]. Leichter hatten es diejenigen, die einen akademischen Beruf erstrebten, seit Deutsch-Lesen, -Schreiben und -Sprechen sowie Rechnen zur Schulbildung für jüdische Knaben gehörte[105]. Aus einem Protokoll von 1800 geht hervor, daß zwei Judenknaben in Braunschweig sich dem Studium von Mathematik und Fremdsprachen widmeten[106]. 1817 erhielt Gedalje Baruch den landesherrlichen Consens, Chirurg und Tierarzt zu werden[107], während Simon Heine 1826 in Göttingen Medizin studierte[108].

Die Regierung unterließ nichts, dem Schacher und dem damit verbundenen Betrug einen Riegel vorzuschieben. Die gutmütigen, oft einfältigen Bauern, die vor allem als die am meisten betrogenen, übervorteilten und beschwatzten Opfer der listigen *Jiddenkaufleute* hervorgehoben wurden, sorgten 1823 durch eine Eingabe dafür, daß jeglicher Tauschhandel von Gemüse und dergleichen gegen *Krahm* — bei 5 Rtl Strafe — verboten wurde und nur noch für Geld landwirtschaftliche Produkte erstanden werden konnten[109].

---

[100]) Des L 3 Jc 24.
[101]) Des L 3 Jc 6a.
[102]) Des L 3 Jc 7 von 1844.
[103]) Des L 3 Jc 20 vom 15. Jan. 1798.
[104]) Des L 3 Jc 27a vom 27. Sept. 1833.
[105]) s. S. 32.
[106]) Des L 3 Jc 17 vom 22. Sept. 1800.
[107]) A 20 Nr. 3 vom 30. Juli 1819.
[108]) Des L 20 C 6 von 1826.
[109]) Des L 3 Jc 1b vom 7. Jan. 1824.

Eine karge Zeit für die Handelsjuden brach an, als infolge des kurhessischen Anschlusses an den Preußischen Zollverein im November 1831[110] der Handel mit Hessen, Hannover und Preußen fast abgeschnitten wurde, jedoch die Einfuhr nach Schaumburg-Lippe ungehemmt weiterging, so daß die Kaufmannsgilde klagte, auf 100 Einwohner käme ein Kaufmann[111]. Vor allem waren durch die neuen, widrigen Zollverhältnisse mehrere preußische Handelsplätze und wichtige Messen in Kassel und Braunschweig verloren gegangen[112]. Daran änderte auch der Beitritt Schaumburg-Lippes zum Hannoverschen-Braunschweigischen-Oldenburgischen Zollverein (Steuerverein) 1837[113] nicht sehr viel. Eine merkliche Verbesserung trat erst 1854 ein, als man sich dem Preußischen Zollverein anschloß[114].

Von Geld- und Zinsgeschäften der Juden habe ich bisher geschwiegen, weil darüber wenig Allgemeines aus den Archivalien hervorgeht. Dieser Nahrungszweig wurde vorwiegend von einzelnen renommierten Juden — zumeist Hoffaktoren — ausgeübt[114a]. Darüber soll in einem besonderen Abschnitt gesprochen werden[115].

Fest steht nur, daß Juden schon seit 1615 gleiche Rechte bei Prioritätssachen wie z. B. Konkursen christlicher Schuldner hatten: *Zwar wäre zu wünschen, und würde auch denen Christen viel nütz- und erträglicher seyn, daß sie nicht die geringste Gemeinschaft mit einem solchen Volcke hätten, das Christi abgesagter Feind ist, und diesem großen HERRN lästert, davon zu sehen im schwer zu bekehr. Juden-Hertz und das sich blos darauf leget, wie es die Christen betriegen und um das Ihrige bringen möge, der verdamml. Juden-Spieß. Je dennoch aber, weil man siehet, daß die Juden manchmal zu wichtigen Händeln sich gebrauchen lassen können, so machet man sich kein Gewissen mit solchen Blut-Saugern der Christen umzugehen, mit denselben zu verkehren und Handel zu treiben. Ob nun wol dieses nicht zu loben; so kan jedoch deswegen gar nicht geschlossen werden, daß die Juden, wenn sie Geld ausgeliehen haben, nicht eben die praerogatio und den Vorzug in denen sich begebenden Fällen, wie die*

---

110) Demandt, Hessen, S. 417; Verf. Kurhessen, Bd. 9, S. 51—65.
111) Des L 3 Jc 26 vom 22. Sept. 1832.
112) Des L 3 Jc 24.
113) LVO vom 11. Nov. bzw. 22. Dez. 1837, Bd. 6, S. 1—145; Des L 102 B Nr. 204.
114) Engel, Sch.-L., S. 123—127.
114a) Des L 102 Nr. 338, 727, 733, 739, 742[5].
115) s. S. 99 ff.

Christen genießen müssten. Zumal ausdrücklich verordnet, daß die Juden sich eines gleichen Rechts mit denen Christen bedienen sollen[116].

Zum erstenmal hören wir 1659 eine *Erklärung wegen der Judenzinsen*[117]. Es heißt dort: „ . . . *den Juden gegebene Conceßionen, über die gebräuchlichen und im Reich zugelaßene Zinsen ein mehres und zwar monatlich von einem Thaler zu nehmen, und das Abgesehen auf geringe und nicht auf große Summen dabei gehabt, uns aber jetzo fürkommt, daß die übermäßige Zinse ohne Unterschied werde genommen, als erklären wir unsere vorige Concessiones dahin, daß dieselbe allein von geringen und auf 3 Thlr. inclusive sich erstreckende Summen zu verstehen, was aber über 3 Thlr ist, solches soll nicht höher als aufs höchste das Hundert mit Achten verzinset werden, und sollen die Übertreter, so oft sie ertappt werden, uns für jeden Groschen mit unnachläßiger Strafe eines Thalers verfallen seyn* . . . . Bei Pfandleihe war ebenfalls vorgeschrieben, das Pfand *Jahr undt Tag zum besten (zu) halten* und nicht einfach zu verkaufen, sondern *weiter umb erlaubten Zinß stehen zulaßen*, bis die Justizkanzlei die *Distraction erteilet*[118] habe. Während sich an dieser Bestimmung bis ins 19. Jahrhundert nichts änderte[119], wurde die Höhe der erlaubten Zinsen 1684 auf 6 % neu festgelegt[120]. So blieb es, und Grund, über Zinswucher bei Geldgeschäften zu klagen, hat wohl kaum jemand in der Zeit von 1648 bis 1848 gehabt. Es hat sich zumindest nicht in den Akten niedergeschlagen. Vielmehr sorgten die Juden auf Grund ihrer weitverzweigten Handelsbeziehungen stets für ausländische Devisen und Geldumlauf anderer Währungen, was die Regierung wohl zu schätzen wußte[121].

Von großer wirtschaftlicher Bedeutung waren zwei wichtige Verkehrswege: einmal ein Helweg, der Schaumburg-Lippe von Osten über Stadthagen und Bückeburg ins Bistum Minden nach Südwesten durchzog, zum anderen die im 18. Jahrhundert entstandene bedeutende Poststraße von Berlin über Hannover und Osnabrück nach

---

[116]) PO cap. XXX, S. 336, Anm. 86.
[117]) LVO vom 17. März 1659, Bd. 2, S. 55.
[118]) A 20 Nr. 3 Schutzbriefkonzept v. 1665.
[119]) A 20 Nr. 3 Schutzbriefkonzept v. 1808.
[120]) LVO vom 6. Aug. 1684, Bd. 2, S. 91 ff.
[121]) Des L 2 J 26b vom 20. Juli 1730.

Holland, die das Land in der „Seeprovinz" bei Steinhude und Hagenburg durchquerte[122]. Ein Blick auf die Karte[123] zeigt, daß sich die Juden mit Vorliebe gerade an diesen verkehrsreichen Wegen oder in Grenznähe niederließen. Jedoch stand es nicht in ihrem Belieben, an den Ort zu ziehen, der ihnen für ihre *Nahrung* am geeignetsten erschien, sondern der Landesherr legte in den Schutzbriefen stets fest: *. . . tun hiermit kundt und bekennen, daß wir NN Juden mit seinem Weib, Kindern und Hausgesindt . . . . in unser Gleidt, Schutz und Schirm genommen haben . . . . mit der Concession, in unserer Stadt (Flecken, Dorfe) NN zu wohnen und daselbst Handel und Wandel zu treiben, ...*[124]. Dies geschah aus dem Grunde, daß nicht zu viele Juden gleicher Profession dicht gedrängt wohnten und sich im gegenseitigen Konkurrenzkampf behinderten. Dennoch wurden Petitionen, den Wohnort wegen schlechter Verdienstmöglichkeiten ändern zu dürfen, eingereicht. Zum erstenmal war das 1693 der Fall, als Jacob Leesemann von Hagenburg nach Lindhorst übersiedeln wollte[125]. Bis zum Regierungsantritt des Grafen Wilhelm wiederholten sich solche Bitten, und teilweise wurden sogar 50 Rtl für den Consens geboten, weil man hoffte, dieses Geld durch erheblich besseren Verdienst anderenorts schnell wieder hereinwirtschaften zu können[126]. Ab 1752 wurde dann immer häufiger ein Wohnsitz an der Grenze gesucht, um den Handel ins Hannöversche oder Hessische ausdehnen zu können[127], zumal ja die christlichen Kaufmanns-Privilegien außer Landes nicht galten[128]. Meistens gestattete der Landesherr einen begründeten und für andere Untertanen nicht nachteiligen Ortswechsel, wenn die Gewähr für eine Wohnung gegeben war[129]. Bei unvergleiteten oder Betteljuden, die sich zumeist in Beeke aufhielten, wurde jedoch keine Änderung des Wohnortes genehmigt, vielmehr hieß es, es sei besser, sie, wie in Schlesien, Polen oder Böhmen, zu Tagelöhnern zu machen oder sie gar des Landes zu verweisen[130]. Ebenso stießen Supplikatio-

---

[122]) Ldkr. Sch.-L., S. 11.
[123]) s. Abb. S. 7.
[124]) A 20 Nr. 3 Schutzbriefkonzepte von 1665 und 1808 als Beispiel.
[125]) Des L 2 J 26a vom 1. Mai 1693.
[126]) Des L 2 J 26b.
[127]) Des L 2 J 26c.
[128]) s. S. 42.
[129]) Des L 3 Jc 20.
[130]) Des L 2 J 26d vom 27. Febr. 1766.

nen um zwei Wohnsitze auf strikte Ablehnung[131], weil dadurch ein Unruheherd entstünde. Graf Philipp Ernst ließ dann Listen ausfertigen, um unter Kontrolle zu haben, welche Juden in welchen Orten wohnten[132], um bei der steigenden Schutzjudenzahl Ballungen vermeiden zu können. Unter Juliane fanden kaum Wechsel statt, da die Regierungsbeamten gleich bei Ausstellung des Schutzbriefes einen passenden Ort aussuchen mußten[133]. Stets galt der Grundsatz, daß *keinem Schutzjuden gestattet (sei), seinen durch den Schutzbrief erhaltenen Wohnort nach Willkühr zu verändern* . . . .[134]. Dem alten Moses Israel, der ohnehin ein unstetes Leben geführt hatte[135], wurde nicht erlaubt, von Cammer in die Stadt Bückeburg zu ziehen, *um (die) Früchte seines Fleißes zu genießen*[136]. Auch die Magd Röschen durfte nicht ihre Mutter zu sich holen, da, wenn *sie ihre Dienstpflicht erfüllen will, (sie) keine Zeit hat, ... sich zerstreuende Unterhaltung zu verschaffen*[137]. Bei den jüdischen Handwerkern ließ sich eine derartige genaue Ortspolitik nicht feststellen, da sie keine Schutzbriefe besaßen und den Christen gleichstanden. Die jüdischen Neubauern waren von vornherein an ihre Colonie gebunden.

Eine besondere Rolle spielte der Ort Bad Eilsen. Bis 1810 wurden hier wegen des regen Fremdenverkehrs *störende Juden* nicht zugelassen. Als erster durfte — nach genauer Prüfung durch das Amt — Jacob Baruch sich dort aufhalten, allerdings nur während der *Saison*, die vom 31. Mai bis zum 31. August lief[138]. Er hatte die Aufgabe, israelitischen Kurgästen *Koscheressen* zu bereiten[139]. 1816 übernahm diese Aufgabe Jacob Philip, der daher von Frille wegziehen durfte[140]. Eine Aufenthaltserlaubnis außerhalb der Bade- und Kurzeit erhielt zum ersten Male Charlotte Hirsch aus Stadthagen. Sie unterhielt nach Jacob Philip die koschere Garküche für Israeliten und konnte schon bald gute Zeugnisse von zum Teil berühmten Leuten (Cohen, Wert-

---

131) Des L 3 Jc 20 vom 19. Juni 1792.
132) Des L 3 Jc 17a von 1777—1779.
133) Des L 2 J 60 ab 1788.
134) Des L 3 Jc 20 von 1805.
135) Des L 3 Jc 19.
136) Des L 3 Jc 20 vom 19. Juni 1816.
137) Des L 3 Jc 20 vom 31. Aug. 1819.
138) LZ vom 18. März 1965.
139) Des L 3 Jc 13 Vol. I vom 21. Dez. 1810.
140) Des K 2 J 3 Nr. 9 vom 6. Okt. 1816.

heimer) der Kanzlei präsentieren[141]. Handel nebenher war allen streng verboten. Selig Mannheim durfte 1829 für ein Jahr nach Bad Eilsen ziehen, weil er sonst nirgendwo eine Wohnung bekam. Er sollte dann jedoch wieder fort aus dem Badeort, weil erstens die Sicherheit der Badbesucher verlorenginge und zweitens die Kurgäste, oft leidenschaftliche Spielernaturen, zu leicht auf Pfänder borgen könnten[142]. Schließlich durfte er nur deshalb bleiben, weil er sich durch die Garküche, die er 1831 übernahm, für seine Glaubensgenossen nützlich machte[143].

Daraus, daß die Regierung mit der Einrichtung einer Koscherküche den israelischen Kurgästen sehr entgegenkam, mag man ersehen, wie erwünscht die jüdischen Badbesucher wegen der bei ihnen vorausgesetzten Finanzkraft waren — ein Gesundheits-Schlammbad kostete 1 bis 2 Rtl[138].

Ein Plan zur Anlegung einer Judenkommune, der allerdings scheiterte, soll noch erwähnt werden. 1783, als besonders viele Juden bereit waren, Colonien zu bebauen[144], um im Lande seßhaft zu werden, hatte Graf Philipp Ernst die Idee, alle Juden zu einer eigenen Kommune an einem Ort zusammenzufassen. Dieser sollte unter Aufsicht stehen[145]. Der Bauernrat Caspari wurde deshalb ausgewählt, einen geeigneten Platz auszusuchen. Die von allen Juden vorgeschlagene Gegend von Cammer [144] lehnte er ab, da sie zu nahe an der Grenze, *die leicht zum Spitzbuben Aufenthalt dienen könne*[146], läge. Er schlug seinerseits die *lange Rüsch* jenseits von Stadthagen vor. Obwohl die Rentkammer zustimmte, ordnete Philipp Ernst am 6. November 1783 die Kommune am Harrl zwischen Bergdorf und dem Rintelnschen Weg mit dem Judenfriedhof an, da sie hier unter besserer Aufsicht stände — die nötig sei — als die Gegend bei Stadthagen, die er selbst nicht kenne[147]. Die Anweisung der einzelnen Colonien sollte beginnen, sobald Leutnant Colson die Aufrisse angefertigt und vorgelegt habe. Obwohl sich nun einige Juden um Bebauung eines Platzes am Harrl bemühten, mußten sie sehr lange warten. 1785 z. B. lagen

141) Des L 3 Jc 25a vom 11. Sept. 1827.
142) Des L 3 Jc 25b vom 11. Nov. 1829.
143) Des L 3 Jc 25b vom 22. April 1831.
144) Des L 2 J 60.
145) Des K 2 J 3 Nr. 5.
146) Des K 2 J 3 Nr. 5 vom 17. Okt. 1783.
147) Des K 2 J 3 Nr. 5 vom 6. Nov. 1783.

noch keine Grundrisse vor[148], und 1799 hieß es in einem Amtsbericht, daß die Juden zur Beruhigung der Einwohner keine Colonien am Harrl mehr erhalten sollten. Der ursprüngliche Zweck — die bürgerliche Verbesserung der Israeliten — sei zu einem Vorwand für die Schutzerlangung herabgesunken; denn der Handel ginge trotz Verbotes weiter und keinerlei richtiger Ackerbau werde betrieben[149].

Meiner Meinung nach ist das Scheitern dieses Planes nicht darauf zurückzuführen, daß Juden einfach nur zum Handeln und nicht zum Ackerbau fähig waren, sondern vielmehr darauf, daß Philipp Ernst versuchte, sie in großer Zahl beieinander ungewohnte Tätigkeiten verrichten zur lassen, so daß sich — in Gesellschaft besonders — die altgewohnte Art und unstete Ader zum Handeln zu sehr durchsetzte. Besser und vorteilhafter als eine abseits gelegene eigene Kommune wäre sicher ein engerer Konnex zu christlichen Dorfgemeinschaften gewesen. Andere Beispiele in Schaumburg-Lippe beweisen das[150].

4. Auswirkungen des Schutzes in steuerlicher Hinsicht

Jeder vergleitete Jude mußte für einen Schutzbrief jährlich eine durch den Landesherrn festgesetzte Summe für sich und die mitvergleiteten Personen zahlen: das Schutzgeld, das *halb auf Ostern und die Andere Helfte auf Michael*[1] *in unsere Grefl. Cammer (zu) erleggen und endtrichten* war. *Schutzgeldt an andere zu erleggen .... haben wir bey willkührlicher Strafe verbotten . . . undt da Ihnen solches angemuthet würde, (sollen sie) Uns oder Unserer Regierung davon bericht . . . thun undt Unseres Schutzes dawieder . . . . gewertigen*[2]. Die Höhe dieses Schutzgeldes, das als *die gewöhnliche Abgabe der Juden*[3] galt, war in allen Zeiten unterschiedlich. Auch die Art der Bezahlung änderte sich Ende des 18. Jahrhunderts. Zu Beginn des schaumburg-lippischen Staates haftete jeder Schutzjude persönlich für seine Schutzgeldsumme, die im Schutzbrief festgelegt war. Soweit

---

[148]) Des K 2 J 3 Nr. 5 vom 6. Dez. 1785.
[149]) Des K 2 J 3 Nr. 5 vom 27. März 1799.
[150]) Des L 101a S. 32; Des L 3 Jc 27a.
[1]) 29. Sept. nach Grotefend, S. 15.
[2]) A 20 Nr. 3 Schutzbriefkonzept v. 1665.
[3]) Des L 3 Jc 18 vom 21. Juli 1819.

aus den Kammerrechnungen ersichtlich, wird die Höhe dieser Judensteuer zunächst bei 12 Rtl gelegen haben[4], und zwar bis 1665, als nämlich sämtliche Juden zu Bückeburg und Stadthagen um Senkung des Schutzgeldes auf 8 Rtl wie in der *Benachbarschaft* nachsuchten[5]. Ihrer Bitte wurde am darauf folgenden Tage insoweit entsprochen, als nunmehr 10 Rtl angesetzt wurden. Das blieb so bis zur Bestätigung dieser Regel 1684. Nur wurden von jetzt an für eine Magd 1½ Rtl, für einen Knecht 3 Rtl zusätzlich erhoben, und die erwachsenen Kinder, falls sie eigenem Erwerbe nachgingen, sollten *pro portion ein billiges Schutzgeld* zahlen[7], *quod judaei praeter singulare tributum quod protectori solvunt, non nisi ad onera realia offringantur*[7a], Albrecht Wolfgang sicherte sich das Schutzgeld von Restanten teilweise durch Verkauf der Möbel, wie das Beispiel des Abraham Hertz von der Beeke lehrt, der all sein Geld verspielte[8]. Aus dem Erlös wurden dann auch andere Kreditoren zufriedengestellt.

Eine wesentliche Erhöhung des Schutzgeldes auf 24 Rtl führte Graf Wilhelm durch und verlangte — nach dem Motto: „Einer für alle, alle für einen!“[9] — die Juden sollten sich finanziell untereinander helfen. Für die Schutzausfertigung kassierte die Rentkammer 50 Rtl, setzte jedoch bei Dürftigkeit ein niedriges Schutzgeld fest, so daß vor allem die armen Juden auf dem platten Lande meist nur 1—2 Rtl zu zahlen hatten[10]. War auch das noch zuviel, wurde das Schutzgeld zwar erlassen, aber der Betreffende mußte bis zu seinem Tode durch sogenannte Herrendienste — wöchentlich 2 Handtage — seine Schuld ableisten[11]. Philipp Ernst blieb bei der festgelegten Schutzgeldhöhe der einzelnen Schützlinge und war so tolerant zuzugestehen: *Wenn er aber wegen Dürftigkeit und Unvermögen auch die Hälfte des Schutzgeldes nicht aufzubringen im Stande ist, so kann man auch nicht mehreres von ihm fordern*[12].

---

[4]) Des K 90 Ka 4.
[5]) Des L 2 J 26a vom 16. Febr. 1665.
[6]) Des L 2 J 26a vom 17. Febr. 1665.
[7]) LVO vom 6. Aug. 1684, Bd. 2, S. 91 ff; Des L 0c Bd. 11, Nr. 175; Des L 9 Nr. 1, Vol. III[a], Nr. 24.
[7a]) Des L 102A Nr. 455.
[8]) Des L 2 J 26b vom 30. Apr. 1737.
[9]) Des L 2 J 26d vom 25. Juli 1766.
[10]) Des L 2 J 26d.
[11]) Des L 2 H 80.
[12]) Des L 3 Jc 18 vom 21. Aug. 1778.

Gesuche um Schutzgeld-Erlaß oder -Herabsetzung für eine bestimmte Zeit oder für dauernd waren schon seit Philipps Regiment an der Tagesordnung[13]. Gestellt wurden sie entweder von allen Juden gemeinsam oder aber von einzelnen. War eine Supplique um Remission begründet — infolge Armut, Krankheit, großer Familie, Unglücks- oder Katastrophenfalles sowie mehrjährigen erlaubten Aufenthaltes außer Landes —[14], so wurde ihr meist entsprochen. Es gab folgende Möglichkeiten:

1) Stundung oder graduelle Abtragung des zu bezahlenden Geldes,
2) Teilerlaß und Remission, temporär oder generell,
3) Schenkung, temporär oder generell[15].

Alle Petitionen ließ der Landesherr prüfen, einmal um sicher zu gehen, daß die Begründung stimmte, wenn es z. B. hieß: ..... *indem der liebe Gotte mich zur Abgabe, die ich gerne zahle, nicht gestärket hat*[16], zum anderen, um entscheiden zu können, in welcher Weise dem Gesuch stattgegeben werden könnte. Graf Wilhelm ließ in einigen chronischen Armutsfällen ein *iuramentum paupertatis*, verbunden mit dem Judeneid, ablegen. Das älteste Beispiel dafür datiert von 1769, als er Philip Leser aus Petzen deshalb vor die Kammer zitierte[17].

Fürstin Juliane änderte 1787 das System der Schutzgeldeinziehung von Grund auf, indem sie die Correalverbindlichkeit[18] einführte, d. h. sie setzte ämterweise für jeweils 6 Jahre den Gesamtbetrag, die sogenannte Aversionalsumme fest, in die sich die Schutzjuden nach Vermögen teilten. Sie hafteten gemeinsam für die richtige Ablieferung in voller Höhe. Konnte einer nicht bezahlen, so wurde dessen Anteil auf die übrigen Schutzjuden repartiert. Gleichzeitig mit den Schutzbrief-Prolongationen[19] wurde dann entweder der bisherige Betrag bestätigt oder ein neuer festgesetzt. Eingesammelt wurden die Gelder von den ausgewählten jüdischen Schutzgelderhebern.

---

[13]) Des L 2 J 26a.
[14]) Des L 2 J 27; Des L 3 Jc 18; Des L 101a S 12.
[15]) Des L 2 J 27.
[16]) Des L 3 Jc 27b vom 26. Juli 1839.
[17]) Des L 2 J 26d vom 20. Nov. 1769.
[18]) Des L 101b J vom 3. Juli 1787.
[19]) s. S. 34.

Einige Versuche ähnlicher Art finden sich schon 1670/71, als Jobst Samson beauftragt wurde[20], halbjährlich alle Schutzgelder summa summarum in Höhe von 110 Rtl[21] zu erheben und der Kammer abzuliefern. Die erste gemeinsame Haftung findet sich 1687 gleich in drei Fällen: so sollten Leser Senger und Isaac Heine, um die Aufkündigung sämtlicher Schutzbriefe zu vermeiden, *das schuldige Schutzgeldt ihres nahen Anverwandten Levin Meyer*[22] bezahlen. Drei Tage später erhielten Leser und David Senger gleiche Aufforderungen, weil ihr Vater Isaac 6 Rtl restierte[23]. Schließlich verlautete der Vorschlag, daß irgendein Jude das fehlende Geld vorstrecken und selbst hinterher wieder eintreiben sollte[24]. Nach den Judenvertreibungen Anfang des 18. Jahrhunderts hören wir nichts mehr von dergleichen Verwaltungserleichterungen, denn so möchte ich die vorgenannte Art der Einziehung des Schutzgeldes bezeichnen. Dem Landesherrn ging es vor allem um die Sicherheit des Geldes, nicht um eine gerechte Repartierung.

Anders bei Juliane: eine große Anzahl von Schutzjuden hatte eine temporäre Schenkung oder Senkung des Schutzgeldes erlangt, und kaum jemand der Beamten fand sich noch zurecht. Nun wurden zunächst die Judenschaften der einzelnen Ämter nach Vermögen veranschlagt, und danach richtete sich die Höhe der Aversionalsumme[25] — ebenfalls eine rein vereinfachende Verwaltungsmaßnahme, ähnlich denen älterer Zeit —. Eine große Summe war leichter zu kassieren als jeder einzelne Betrag von etwa 50 Schützlingen. Im besonderen ging es aber darum, jeden einzelnen nach Umständen gerecht an dem Gesamtbetrag zu beteiligen. Anfallende Insolvenzen der Gemeindemitglieder sollten untereinander verhandelt und geregelt werden. Nur bei Streitigkeiten durften sich die Regierungsbeamten einschalten[26]. Es lag ganz im Sinne der von Juliane betriebenen Politik zur bürgerlichen Verbesserung der Juden, sie füreinander haften und für sich selbst Verantwortung tragen zu lassen. Außerdem wurde die Regierungskanzlei wesentlich entlastet.

[20]) Des K 1 J 27 Vol. I.
[21]) Des K 90 Ka 26, 27.
[22]) Des K 1 J 27 Vol. I vom 25. Juli 1687.
[23]) Des K 1 J 27 Vol. I vom 28. Juli 1687.
[24]) Des L 2 J 26c vom 1. Aug. 1687.
[25]) Des L 3 Jc 17a; Des L 2 J 59 Vol. I.
[26]) Des L 3 Jc 17a vom 9. Okt. 1787.

Die Juden mit bürgerlichen Professionen brauchten kein Schutzgeld zu entrichten, sondern die üblichen Abgaben wie Christen: Handwerker und Fabrikanten monatlich 18 Mgr à Person und 3 Gr Contribution[27], Neubauern mit eigenem Grund und Boden 1 Rtl Dienstgeld, 17 Burgfesttage, 2 Gr 1 Pfg Contribution, 1 Rauchhuhn, 1 Rtl 1 Gr 1 Pfg Rottzins pro Jahr[28].

Das wichtigste Moment bei der Schutzgeldeinziehung mit Correalverbindlichkeit bestand in der Repartition auf den einzelnen und in der Auswahl der Schutzgelderheber. Dabei stellte sich im Amte Hagenburg heraus, daß dort nach einer theoretischen Repartierung der neue Plan in praxi undurchführbar war, weil die gesamte Judenschaft völlig verarmt war mit Ausnahme von 2 Juden, die die ganze Summe allein hätten bezahlen müssen[29]. Der Vorschlag, die Colonisten mit an der Aversionalsumme zu beteiligen[30], wurde strikt abgelehnt, und es blieb bei der althergebrachten Regelung, daß der Amtsrendant die Einsammlung des für den einzelnen durch die Regierung festgelegten Schutzgeldes besorgte[31].

In den übrigen Ämtern und Städten trat die neue Schutzgelderhebung jedoch planmäßig in Kraft. Zunächst wurden die Schätzer von den jüdischen Gemeindemitgliedern gewählt: für Amt und Stadt Bückeburg (mit Arensburg) drei, für Amt und Stadt Stadthagen zwei[32]. Als die Schätzer in Bückeburg schon längst versuchten, eine gerechte Aufteilung zu finden, stritten sich die in Stadthagen noch, da sie mißtrauisch untereinander waren.

Die Quanta der Ämter und Städte richteten sich einmal nach der Anzahl der dort wohnenden Schutzjuden und sodann nach deren wirtschaftlichen Verhältnissen. So hatte die Stadt Bückeburg von der Gesamtsumme von 437 Rtl allein 202 Rtl zu tragen[32a], Amt Bückeburg und Arensburg 56 Rtl[33], Stadt und Amt Stadthagen 71 Rtl. Der Rest von 108 Rtl setzte sich aus den einzelnen Schutzgeldern

---

[27]) Des L 3 Jc 17b von 1800.
[28]) Des L 3 Jc 18.
[29]) Des L 2 J 59 Vol. I von 1788/89.
[30]) Des L 3 Jc 17b.
[31]) Des L 3 Jc 17a vom 4. März 1788.
[32]) Des L 3 Jc 17a von 1787—1793.
[32a]) Des L 102 B Nr. 84.
[33]) Des L 3 Jc 17a.

des Amtes Hagenburg zusammen[34]. Zu der jeweiligen Summe kamen noch 10% Agio[33].

Die Schätzer repartierten die Aversionalsumme folgendermaßen: In Bückeburg zahlten 9 Schutzjuden für 12 bei insgesamt 13 Familien, im dortigen Amt zahlten ebenfalls 9 Schutzjuden für 12 von insgesamt 13 Familien,
in Stadthagen und Amt zahlten 9 Schutzjuden für 10 von insgesamt 12 Familien[33].
Waren sich die Schätzer nicht einig — wie z. B. in Stadthagen — so mußte die Kammer entscheiden. Meist nahm sie einfach das Mittel aus den Repartitionsplänen[33]. Jeder Schätzer mußte hinterher beeiden, daß die Aufteilung der Gelder *niemandem zu Lieb und niemandem zu Schaden angefertigt sey und solche das wahre Verhältnis der Verteilung enthalte*[35]. Zum Schluß erfolgte dann die Benennung der einzelnen Schutzgelderheber. Während die Bückeburger Schätzer gleichzeitig das Geld erheben sollten, entschied sich Stadthagen für jemanden, der selbst kein Schutzgeld zu zahlen brauchte und deshalb uneigennützig sein Werk tun würde[36].

Nach Ablauf der ersten 6 Jahre befand die Landesregierung die neue Einrichtung für gut und ließ sie bestehen[37], obwohl verschiedene Änderungsvorschläge erbeten wurden. So versuchte Joseph Heine, einer der Bückeburger Schätzer und Erheber, zu erreichen, daß wieder — wie ehemals — *jedes Individuum selbst sein Quantum* abliefere, nicht aber der Schätzer es einziehen müsse *wegen der mit sehr vielen jedesmaligen Abtrag ungemein verzögernden Schwierigkeiten verbundenen ... Erhebung des Schutzgeldes von den einzelnen Judenschaftsmitgliedern*[38]. Die Stadthagener Synagogengemeinde hatte nichts gegen die Erheber einzuwenden, sondern gegen die jüdischen Schätzer und wünschte eine Repartition vom Amt. Ein dazugehöriger Bericht ergänzte: ..... *und überhaupt eine Übereinkunft bei ihnen nicht leicht zu bewirken ist, sobald es auf die von ihnen zu entrichtenden Abgaben ankommt*[39].

---

[34]) Des L 3 Jc 18.
[35]) Des L 3 Jc 18 vom 30. Dez. 1819.
[36]) Des L 3 Jc 17a vom 16. Okt. 1787.
[37]) Des L 3 Jc 17a vom 5. Sept. 1793.
[38]) Des L 3 Jc 17a vom 2. Febr. 1794 und Des L 3 Jc 17b vom 29. Okt. 1800.
[39]) Des L 3 Jc 17a vom 18. Ja. 1794.

Die Aversionalsummen wurden neu festgesetzt; denn zum Teil waren Schutzjuden verstorben, außer Landes gegangen oder hatten eine bürgerliche Profession gewählt. In diesen Fällen wurde das Gesamtgeld um den Betrag ermäßigt, der für sie angesetzt war[40]. Bückeburg mit Amt blieb in der Folgezeit auf 200 Rtl (vorher 258 Rtl), Stadthagen mit Amt wurde in der Folgezeit über 77 Rtl, 60 Rtl schließlich auf 53 Rtl gesetzt. Amt Hagenburg fiel von ursprünglich 108 Rtl auf 48 Rtl[41]. Man stellte 1819 diese statistischen Erhebungen an, weil 1817, einem Jahr der Schutzprolongation, vergessen worden war, wegen veränderter Vermögensverhältnisse und Neuaufnahme von Juden eine neue Repartition vorzunehmen. Eine Supplik der Schutzjuden um Herabsetzung der Gesamtsumme wurde abgelehnt, da *kein Grund vorhanden sey, das Quantum des Schutzgeldes zu verringern*[42]. In dem Kammerbericht dazu taucht die irrtümliche Meinung auf, daß die Correalverbindlichkeit *wohl nur für die in hiesiger Stadt und Amte getroffen sei,* in Stadthagen habe man sie zwar 1800[43] ebenfalls eingeführt, *allein später ist solches wegen mehrerer eingetretener Veränderungen wieder abgekommen*[44]. Dieser Irrtum wurde erst 1837 bei einer Neufestlegung der Aversional-Summen aufgedeckt und korrigiert. Es hieß damals, die von Juliane durchgeführte Schutzgeld-Erhebung sei *seit langer Zeit in Desuetudinem gekommen*[45]. In folgender Höhe wurden nun die Beträge verteilt:

Bückeburg und Amt	218 Rtl[45a],
Stadthagen und Amt	42 Rtl,
Amt Hagenburg	46½ Rtl[46].

Ein anderes Problem löste die Kammer bei dieser Gelegenheit gleich mit. Seit 1819 bezahlte ein Teil in Conventions-Silber-Münze, der

---

[40]) Des L 3 Jc 17a vom 23. Juni 1795.

[41]) Des L 3 Jc 18 vom Juli 1819.

[42]) Des L 3 Jc 18 vom 3. Dez. 1818.

[43]) falsch; denn nachweislich wurde sie 1787 — genau wie in Bückeburg und Amt — eingeführt (s. o.).

[44]) Des L 3 Jc 18 vom 21. Juli 1819. Mit den Veränderungen sind wahrscheinlich der Rückgang der Schutzjudenzahl und das Hinzukommen von jüdischen Professionisten — auf Grund der conditiones — gemeint; nachweislich (Des L 3 Jc 17b vom 1. und 3. Dez. 1836) blieb die Anzahl der jüdischen Untertanen gleich hoch.

[45]) Des L 3 Jc 17b vom 9. Sept. 1837.

[45a]) Des L 102 B Nr. 85.

[46]) Des L 3 Jc 17b vom 6./7. Mai 1837.

andere in $^2/_3$-Stücken Courantgeld. Da die Conventionsmünzen *nicht wie die Taler und Gulden genau nach 20-Guldenfuss, sondern etwas leichter entweder ausgebracht oder durch Abnutzung geworden waren*[47] und deshalb keinen so hohen Silbergehalt besaßen, legte die Regierung mehr Wert auf Courantgeld in $^2/_3$-Stücken[48]. Das Verhältnis ist am besten bei der Umrechnung von einer Pistole zu ersehen, deren Wert umgerechnet 5 Rtl in Conventionsmünze, aber $5^1/_4$ Rtl in Courantgeld ergibt[49]. 1837 bestimmte der Landesherr Georg Wilhelm nach dem „Prinzip to make money", wie Ed. Vehse es nennt[50], alles Schutzgeld in Courantmünzen zu $^2/_3$-Stücken zu zahlen[51]. So blieb es bis 1849, als zum letzten Male Schutzgeld in gleicher Höhe, wie 1837 festgesetzt, für das zurückliegende Emanzipationsjahr erhoben wurde, obwohl sich einige Juden dagegen wehrten, auch für dieses Jahr noch ihre *Glaubenssteuer* entrichten zu müssen[52].

Eine Änderung trat nur bei den Schutzgelderhebern ein. Während sonst der Gewählte 6 Jahre — und meist länger! — das Geld einsammelte, wofür er seit 1837 eine Gebühr erhielt je nach Höhe der Aversionalsumme[53], wurde er seit 1839 wegen der Beschwerlichkeit des Amtes[54] jährlich reihum von den einzelnen Judenschaftsmitgliedern abgelöst. Verschiedentlich mußte den Geldeintreibern bei allzu säumigen Zahlern wirksame Unterstützung vom Amte gewährt werden[52].

Über die Einrichtung der Correalverbindlichkeit bei den Aversionalsummen legte sich die Rentkammer 1837 Rechenschaft ab und kam zu der Meinung, daß diese Art der Schutzgeldeinziehung *dem Kameralinteresse ganz angemessen sei, ... aber auch oftmals den Mitgliedern der Judenschaften sehr drückend fallen muß*[55], besonders nach der Münzumrechnung in Courant.

Ich glaube, behaupten zu können, daß der ursprüngliche Sinn und Zweck der Correalverbindlichkeit, wie er Juliane vorschwebte, all-

[47]) Münzen, Maße, Gewichte (Fotokopie ohne Seitenangabe im Niedersächsischen Staatsarchiv Bückeburg).

[48]) Des L 3 Jc 17b vom 22. Okt. 1823.

[49]) Taschenlexikon der Rechnungs-Münzen, S. 102/103.

[50]) Vehse: kl. dtsch. Höfe, S. 154 Fußnote.

[51]) Des L 3 Jc 17b vom 9. Sept. 1837.

[52]) Des L 3 Jc 17b.

[53]) Des L 3 Jc 17b vom 17. April 1837.

[54]) Des L 101b J 79.

[55]) Des L 3 Jc 17b vom 20. März 1837.

mählich wieder verlorenging und zur reinen Verwaltungsangelegenheit degradiert wurde. Julianes Idee blieb zwar nach ihrem Tode erhalten, allein der Inhalt verschob sich und wurde vielleicht nie erkannt; denn in späteren Berichten über die Einführung der neuen Schutzgelderhebung wurden stets nur verwaltungstechnische Gründe aufgeführt, deretwegen sie voll und ganz unterstützt und übernommen wurde — häufige Rückstände, Ermahnungen und Amtsschreibereien sollten vermieden werden[56].

Zu der allgemeinen Judensteuer, dem Schutzgeld, das allein von dem vergleiteten Schutzjuden, nicht etwa teilweise von dessen Bediensteten aufgebracht und entrichtet wurden mußte[57], traten noch einige extraordinäre Steuern.

Schon 1666 erhielt die Stadt Stadthagen das Privileg, ein *erträgliches Geld jährlich von jedem durch Ihro Hochgrfl. Gnaden vergleiteten, im Bürgerlichen Hause wohnenden Juden*[58] zu nehmen, das sogenannte Beiwohnergeld, ein städtisches Schutzgeld, das damit erklärt wurde, *daß das fragliche Beiwohnergeld eine Abgabe ist, welche seit undenklicher Zeit von den jüdischen Bewohnern dieser Stadt, sobald sie darin sich verheirathen, oder sonst allein auf ihren eigenen Handel leben, für ihren Aufenthalt darin gezahlt wird, und zwar allein und von ihnen unter solchem Namen, nicht aber auch von den Christen, ... die ebenfalls dafür, nur auf eine andere Weise und unter anderem Namen, und verschieden nach ihren persönlichen Verhältnissen* zahlen[59]. Erlasse oder Senkungen dieser 2 Rtl wurden nur ganz selten gewährt, wenn einer der Bittsteller entweder selbst nicht mehr handelte oder unverschuldete Armut vorlag[60]. Seit 1808 wurden sämtliche Freistellungsanträge abgeschlagen[61]. Auch ein Prozeß, den Isaac Saalfeld 1845 gegen den Magistrat anstrengte mit der Begründung, er brauche keine solche Abgabe zu leisten, weil sein Vater seit 1812 Bürger sei, sogar das Amt des Feuerherrn bekleidet habe und er infolgedessen als Bürgerssohn anzusehen sei, verlief zu seinen Ungunsten[62]. (Das Bürgergeld für den Vater Raphael Salomon

[56]) Des L 3 Jc 17b vom 8. April 1837.
[57]) Des L 3 Jc 13 Vol. I.
[58]) Des L 102 A Jurisdiction Lit. H; Des L 0c Bd. 10, Nr. 105 vom 17. Sept. 1666.
[59]) A 20 Nr. 3 vom 18. Aug. 1846.
[60]) A 20 Nr. 7a von 1789/90.
[61]) Des L 3 Jc 24 von 1846.
[62]) Des L 3 Jc 24 vom 25. Sept. 1845.

betrug übrigens 20 Rtl neben 40 Rtl Brauamts-Acquisitionsgeldern und 2 Rtl Beiwohnergeld[63].)

Weitere Abgaben waren zu leisten — und zwar in Höhe von je 1 Rtl — bei Copulation, Beschneidung und Begräbnis, wie schon das Edikt von 1684 festlegte[64]. Seit Mitte des 18. Jahrhunderts wurden dann die Heirats- und Sterbegelder für diejenigen, für die der Schutz unmittelbar galt, auf 2 Rtl heraufgesetzt, wie § 13 der damaligen Schutzbriefe besagte[65]. Das betraf ebenfalls die Sterbefälle einheimischer Schutzjuden außerhalb der Landesgrenzen. Bei Heiraten mußten sowohl Einheimische, die sich im Ausland trauen ließen, wie auch Ausländer, die in Schaumburg-Lippe copuliert wurden, diese 2 Rtl abliefern[66]. Holte sich ein Bräutigam seine Braut aus einem anderen Land, mußte er 10 Rtl *Einzugsgeld* dafür geben[67]. Ging jedoch eine Braut nach der Hochzeit außer Landes, mußte der Vater ein *Abzugsgeld* bezahlen[68], das sich nach der Höhe des Vermögens, das die Tochter mitbekam, richtete[69].

Zur Zeit des Grafen Wilhelm kamen noch weitere Abgaben hinzu. Wenn fremde Juden — mit Erlaubnis — im Lande übernachteten, mußten sie seit 1767 ein bestimmtes, nicht festgelegtes Quantum in die neu eingerichtete Schulkasse bezahlen[70]. Wer jedoch, ohne davon Mitteilung zu machen, Bettel- oder auswärtige Juden beherbergte, wurde ebenso bestraft wie derjenige, der darüber Bescheid wußte und den Beherberger nicht sofort anzeigte. Das in die christliche (!) Armenkasse fließende Strafquantum betrug 1 Rtl[71]. Als Levi Heine einmal bat, einen fremden kranken Juden aus dieser Gemeinde-Armenkasse zu versorgen, da die Judenschaft ja auch dort einzahle und überhaupt große Lasten tragen müsse, wurde das Ersuchen kurzerhand abgeschlagen[72].

---

[63]) A 20 Nr. 3 vom 24. Juli 1812.
[64]) Des L 9 Nr. 1 Vol. III[a] Nr. 24 vom 6. Aug. 1684 und LVO Bd. 2, S. 91 ff.
[65]) Des K 2 J 3 Nr. 8; Des L 3 Jc 27a.
[66]) Des K 2 J 3 Nr. 8 vom 7. Dez. 1792.
[67]) Des L 3 Jc 24, 25b.
[68]) PO cap. XV, S. 177.
[69]) Des L 3Ad Nr. 10; A 20 Nr. 3a.
[70]) Des L 9 Nr. 1 Vol. V[b] Nr. 70 vom 21. Febr. 1767.
[71]) Des L 9 Nr. 1 Vol. V[b] Nr. 79 1/2 vom 9. März 1767.
[72]) Des L 3 Jc 23 von 1835.

Immer mehr Schutzjuden erhielten den landesherrlichen Consens zum Hauskauf[73], so daß es bald nötig war, auf den Häusern lastende Abgaben, deren Höhe sich nach dem Wert des Hauses richtete, zu regeln. Da das christliche Consistorium nicht auf diese Gelder, die ihm seit altersher zustanden, verzichten wollte — und schon gar nicht bei den Juden! —, erließ der Landesherr 1785 eine Landesverordnung *Entrichtung der Stol-Gebühren bei Juden betr.* Sie schrieb vor, daß ein jüdischer Hausbesitzer genau wie jeder christliche iura Stolae zu bezahlen habe[74], in die Sterbe- und Heiratsgebühren eingeschlossen waren. Als verschiedentlich jüdische Hausbesitzer zwar für Heirat und Tod Gebühren an die Herrschaft, nicht aber iura Stolae an die Geistlichkeit entrichtet hatten[75], wurden sie stets dazu gezwungen, mit dem Hinweis, daß diese Abgaben auf den Häusern lasteten und nichts mit dem Bekenntnis zu tun hätten und sie ein *billiges zu contribution schuldig seyn*[75a]. Auch die Reformierten und Katholiken müßten an die lutherische Geistlichkeit zahlen[76]. Das blieben die Begründungen, als selbst nach der Emanzipation 1848 diese Gebühren von den Juden weiterentrichtet werden mußten. Erst nach langem Hin und Her erfolgte 1863 die *Aufhebung der Stol-Gebühren bei Juden* durch eine Landesverordnung[77].

Zu all den genannten Extraordinaria wurden nur die Schutzbriefinhaber herangezogen, nicht aber colonatbesitzende oder handwerklich tätige Juden, *da in den Schutzbriefen die ausdrückliche Zusicherung enthalten sey, daß die Juden, welche sich durch bürgerliche Profession oder Ackerbau nährten, gleiche Rechte mit den übrigen Unterthanen besitzen sollten, ...*[78]. Vergleitete jedoch müßten für die größeren Freiheiten, die ihnen in den Schutzbriefen gewährt würden, besonders bezahlen, hieß es in Amtsberichten.

In Schaumburg-Lippe gab es 10 Zollstellen: Clus-Petzen, Bückeburg, Luhden, Arensburg, Stadthagen, Wölpinghausen, Hagenburg, Wiedensahl, Spießingshol, Schloß Baum[79]. Beim Überschreiten der

---

[73]) s. S. 78—82.
[74]) LVO vom 4. Okt. 1785, Bd. 3, S. 107; Des L 101b J 6.
[75]) A 20 Nr. 4; Des L 3 Jc 7.
[75a]) Des L 102 A Nr. 456.
[76]) Des K 2 J 3 Nr. 8.
[77]) LVO vom 6. Okt. 1863, Bd. 9, S. 379; Des L 3 Jc 7.
[78]) Des L 3 Jc 19 vom 31. März 1837.
[79]) Des K 2 Z 5 Nr. 18.

Grenze unterlag jeder Jude dem Leibzoll, der seit Bestehen der Grafschaft erhoben wurde. Als Sostmann Alexander 1746 klagte, auch von armen Juden werde diese Gebühr erhoben, erging einen Monat später ein Dekret des Inhalts, daß von nun an die Betteljuden davon verschont bleiben sollten[80]. Sonst aber hing die Höhe des erhobenen Betrages von der mitgeführten Ware ab. 1783 erhielt Joseph Heine auf Nachfrage die Erklärung, daß beim Übertritt aus Fürstlich Hessischen Anteilen in hiesige kein Leibzoll erhoben werde; er konnte daraufhin das bezahlte Geld zurückverlangen[81].

In den „Lippischen Intelligenzblättern" erschien 1808 unerwartet eine Notiz über die Aufhebung des Leibzolls in Lippe-Detmold[82], obwohl 3 Monate vorher noch in einem dortigen Bericht der Leibzoll bejaht wurde[83]. Nach dem Aufhebungszirkular sollten Juden nur noch Zoll für Waren wie Christen entrichten. Obwohl die Einnahmen sehr gering waren, wie man von den Zollpächtern erfahren hatte[84] (im Jahre kaum 6 Rtl summa summarum!), erhob die schaumburg-lippische Regierung zunächst noch weiter, da das Fürstentum Lippe-Detmold einseitig handelte. Sie ermäßigte allerdings den Leibzoll auf die *Halbscheid* und bereitete die generelle Aufhebung vor, die am 1. September 1808 in den „Schaumburg-Lippischen Landesanzeigen"[85] bekanntgemacht wurde und in Kraft trat.

Wie schon angeführt[86], versuchte Georg Wilhelm — nicht zuletzt auf Grund der Zeitverhältnisse um die Jahrhundertwende —, überall Geld herauszuschlagen. Er führte deshalb einige neue Steuern ein: wer keinen eigenen Schutz besaß, wohl aber einigermaßen gut verdiente, mußte sich mit einem *Nahrungsgeld* an den Schutzgeld-Aversionalsummen beteiligen[87]. Hatte jemand eine Warenniederlage im Lande, was für die meisten Schutzjuden zutraf, so war eine *Etappensteuer* fällig[88]. Die Beträge waren individuell verschieden.

---

[80]) Des L 2 J 26b vom 1. Juli 1746.
[81]) Des K 2 Z 5 Nr. 18 von 1783.
[82]) L.-I.-Bl. vom 10. Juni 1808.
[83]) Des L 3 Jc 9 vom 24. März 1808.
[84]) Des K 2 Z 5 Nr. 18.
[85]) Sch.-L.-Ld. Anz., Jg. 1808, Nr. 34, S. 150.
[86]) s. S. 63.
[87]) Des L 3 Jc 25a.
[88]) Des L 3 Jc 25a, Etappe = Warenniederlage.

Zur Brautausstattung der Prinzessinnen zog er die vergleiteten Juden ebenfalls heran durch die *Fräuleinsteuer,* die etwa 10% des Schutzgeldes betrug und genauso gehandhabt, repartiert und eingezogen wurde[89].

Die beschwerlichste aller Steuerlasten brachte dem kleinen Land jedoch die sogenannte Franzosenzeit. Das Verhängnis waren die beiden großen Straßen — der Helweg und die Poststraße[90] —; denn „beide ... wurden nun wichtige Etappenverbindungen für die französischen Truppen, so daß Durchzüge, Einquartierungen, Kriegssteuern und andere Abgaben schwer auf dem Lande lasteten“[91].

Nachdem Schaumburg-Lippe mit knapper Not 1803 der Mediatisierung durch den Reichsdeputationshauptschluß entgangen war, blieb es 1806 im Kriege zwischen Preußen und Frankreich neutral. Diese Tatsache trug nach den Schlachten bei Jena und Auerstädt ihre Früchte: denn Napoleon ließ das kleine Land bestehen. Dieses stellte nun den Antrag, in den Rheinbund aufgenommen zu werden, um der Eingliederung in das neugebildete Königreich Westfalen zu entgehen. Zwar war die Aufnahme schwierig, aber sie gelang auf Grund einer Laune Napoleons. Der Vertrag wurde am 18. 4. 1807 in Warschau unterzeichnet, und am 5. 5. 1807 wurde die Grafschaft Schaumburg-Lippe — allerdings durch ein Versehen von seiten der Franzosen — sogar zum Fürstentum erhoben[91 92].

Da Serenissimus Regens nun Mitglied des Rheinbundes geworden war, mußte er auch Truppenkontingente für Napoleon stellen; hohe Kriegssteuern lasteten nicht nur auf den christlichen Untertanen, sondern vor allem auf den Schutzjuden, weil sie konskriptionsfrei waren und nicht mit *losten*[93]. In einem Regierungsgutachten hieß es, daß die Juden zu außerordentlichen Landeslasten — wie schon seit ältesten Zeiten zu sogenannten *Reichsansagen*[94] — heranzuziehen seien. Wenn sie durch den landesherrlichen Schutz schon zur Gemeinschaft der Untertanen gehörten, jedoch zum Kriegsdienst selbst untauglich seien, so sollten sie doch wenigstens finanziell dazu beitra-

---

89) Des L 3 Jc 17b, 24, 25b.
90) s. S. 52.
91) Ldkr. Sch.-L.; S. 11.
92) Engel, Sch.-L.; S. 123—127.
93) Des L 3 Mc 141.
94) Mitteis, Rechtsgesch.; S. 133.

gen[95]. Schon 1806 mußte deshalb die gesamte Judenschaft innerhalb von 14 Tagen 100 Rtl für Truppenausgaben an die Hauptkontributionskasse abliefern[96]. Die Einziehung des Geldes unterschied sich in nichts von der Schutzgelderhebung, d. h. daß auch hier Correalverbindlichkeit bestand. Erlasse oder Senkungen fanden so gut wie gar nicht statt[97]! Ein Jahr später belief sich die Aversionalsumme *ganz gering und billig* auf 200 Rtl[98], 1809 waren es schon 400 Rtl[99], 1813 gar 600 Rtl[100] für die Konskriptionsfreiheit.

Nach der Auflösung des Rheinbundes beim Sturz Napoleons wurde das Fürstentum Schaumburg-Lippe als souveräner Staat Mitglied des Deutschen Bundes und erhielt im Januar 1816 eine Repräsentativverfassung[101]. Die extraordinäre Kriegssteuer blieb jedoch und wurde allmählich herabgesetzt bis auf 100 Rtl im Jahre 1818[102], stieg aber 1819 wieder auf 450 Rtl und wurde nun an nach dem Schutzgeld errechnet, von dem etwa 150% (!) erhoben wurden[103]. Im Verlaufe der nächsten Jahre normalisierten sich endlich die Finanzen, und statt Kriegssteuer hieß es jetzt — bis zur Emanzipation — schlicht Extraordinarium, das die Fräuleinsteuer einschloß und das die Schutzjuden zusätzlich zum Schutzgeld tragen mußten[104].

Es war nun nicht so, daß die Schutzjuden widerspruchslos diese überaus hohen Abgaben getragen hätten. 1807 stellten sie Suppliken um terminliche Bezahlung und Mitheranziehung der Colone sowie reicher Juden ohne Schutzbriefe. Das blieb aber zunächst ohne Erfolg, obwohl sie erwähnten, daß infolge zu hohen Alters sowieso keine konskriptionsfähigen Männer vorhanden seien[105].

1809 jedoch, als die Steuersumme gestiegen war, mußten auch jüdische Professionisten mit zur Kontingentskasse beitragen trotz Hinweises, sie ständen mit den christlich-contribuablen Untertanen gleich. Es hieß darauf nur, alle Juden, gleich ob Schützlinge, Profes-

[95]) Des L 3 Jc 25b vom 13. Febr. 1835.
[96]) Des L 3 Mc 141 vom 21. Okt. 1806.
[97]) Des L 101b J 12, 13.
[98]) Des L 3 Mc 141 vom 3. Juli 1807.
[99]) Des L 3 Mc 141 vom 28. Apr. 1809.
[100]) Des L 3 Mc 141 vom 13. Jan. 1813.
[101]) Ldkr. Sch.-L.; S. 11.
[102]) Des L 3 Sf 41 vom 1. Mai 1818; A 20 Nr. 3.
[103]) Des L 3 Jc 18 vom 21. Juli 1819.
[104]) Des L 3 Jc 17b.
[105]) Des L 3 Mc 141 von 1807.

sionisten oder Unvergleitete, seien frei vom Militärdienst und müßten deshalb zahlen[106]. Noch 1815 entrichtete durchschnittlich jeder Schutzjude an Schutzgeld und Extraordinarium 33 Rtl und mehr jährlich. Aber selbst die reichsten christlichen Kaufleute hatten nur 13 Rtl, 12 Mgr. zu tragen, obwohl die Juden nicht ein Viertel deren Handels hatten. In Stadthagen kam außerdem noch das Beiwohnergeld in die städtische Kasse dazu[107]. (Die alten üblichen Klagen der christlichen Kaufleute über ihre zu hohen Steuern im Vergleich zum Schutzgeld der Juden entbehrten nunmehr jeder Grundlage[107a].) Der Amtmann Lindemann-Stadthagen bemerkte deshalb: *Nach meiner Überzeugung liegt übrigens der Hauptgrund von der Schlechtigkeit der Juden vorzüglich mit darin, daß man ihnen immer zu hohe Steuern auferlegt und das man sie nicht gezwungen hat*[108], *die christlichen Schulen mit bloßer Ausnahme der Religionsstunde zu besuchen*[109]. Deshalb müsse die Obrigkeit als Unterdrücker erscheinen, und die Rache folge durch den Wucher; Abhilfe könne nur durch die richtige Erziehung der Jugend erreicht werden, d. h. durch *die so nützliche Verbindung der Juden mit den Christen*[109]. Darauf erwiderte die Regierung sofort: ... *und wird bemerkt, daß die Personalsteuer der Juden auch die einzige Steuer ist, welche sie entrichten, und sie außerdem von der Conscription befreit sind, welche manchen Unterthanen allein mehr gekostet hat als die ganze Steuer der Judenschaft*[110]. Es änderte sich also nichts. Vielmehr wurden noch für das gleiche Jahr die Schulden der jüdischen Gemeindemitglieder von Bückeburg in Höhe von 213 Rtl Extraordinarium exekutivisch eingetrieben[111]. Lediglich die Colonen wurden wieder befreit, weil man sich erinnerte, daß deren Extraordinaria bereits auf ihre Grundstücke umgelegt seien. Was sie bisher — doppelt — bezahlt hatten, sollte zukünftig in Abzug gebracht werden[112].

Wenige Jahre später trugen in Stadthagen und Amt immer noch einige unvergleitete Juden zum Extraordinarium bei, in Bückeburg

---

[106]) Des L 3 Mc 141 vom 20. Juni 1809.
[107]) Des L 3 Sf 41 von 1815.
[107a]) Des L 102 A Nr. 230.
[108]) sondern es ihnen nur empfahl.
[109]) Des L 3 Sf 41 vom 29. Dez. 1815.
[110]) Des L 3 Sf 41 vom 2. Jan. 1816.
[111]) Des L 3 Sf 41 vom 28. Febr. 1817.
[112]) Des L 3 Jc 25b vom 26. März 1835.

und Amt nur die Schutzjuden und im Amte Hagenburg fast keiner. Es verlautete deshalb von der Kammer in Bückeburg, es sei ebenso gegen das bestehende Prinzip, Unvergleitete zu extraordinären Steuern heranzuziehen — was in Stadthagen und Amt der Fall sei — wie auch, von Schutzverwandten kein Extraordinarium zu verlangen wie im Amte Hagenburg[113]. Von nun an bewegte sich die landesherrliche Steuerpolitik den Juden gegenüber wieder in den alten traditionellen Bahnen.

Ich glaube, nirgendwo ist so deutlich wie gerade bei diesem letzten Kapitel zu sehen, wie entscheidend das jüdische Leben vom Wohlergehen des Staates abhing. Aber es soll ebensowenig übersehen werden, daß der Regent sicher manches Mal gern die leere Hand fordernd seinen Schutzjuden hingehalten hat, um wenigstens einem Teil seiner drückenden finanziellen Verpflichtungen — gerade in Kriegs- und Notzeiten — nachkommen zu können.

5. Auswirkungen des Schutzes in sozialer Hinsicht

Innerhalb der Judenschaft in Schaumburg-Lippe gab es seit eh und je zwei Gesellschaftsschichten: einmal die durch Schutzbriefe vergleiteten — hervorragend unter ihnen die Hoffaktoren — und sodann die unvergleiteten Juden, zu denen die vielen Betteljuden gehörten. Seitdem Juliane ihre conditiones zur Aufnahme in den Untertanenverband stellte, schälte sich eine dritte Schicht heraus: die *vergleiteten Juden ohne Schutz*[1], deren Meyerbriefe, Concessionen zur Berufsausübung oder Pachtverträge die Vergleitung einschlossen. Der größte Unterschied jedoch bestand zwischen Schutz- und Betteljuden. Während die Schutzjuden im Lande schalten und walten konnten, soweit sie nicht durch ihre Schutzbriefe daran gehindert wurden, und außer Landes ebenfalls anhand ihres Ausweises, des Geleitbriefes, reisen und handeln durften, bildeten die zahlreichen unvergleiteten Juden schon seit dem 17. Jahrhundert ein Problem für den Landesherrn, der stets gegen ihr Vorhandensein im eigenen Lande kämpfte[2]. Diese armen Menschen unterster Klasse durften sich nicht niederlassen, sondern

[113]) Des L 3 Jc 17b von 1847.
[1]) Des L 3 Jc 24.
[2]) Des L 2 J 20.

wurden immer sofort vertrieben, notfalls mit Gewalt[3]; denn niemand wollte sie aufnehmen. Beim Betrachten aller Verordnungen, Resolutionen, Edikte und Maßnahmen drängte sich der Vergleich auf von Ahasver, *dem müden Wanderer in seinem fahlen, wetterharten Gesicht . . . . . das Haupt müde und schmerzlich zur Brust gesenkt, ruhig und schweigsam dahinschreitend in großen tappenden Schritten, nicht rastend noch ruhend, nur wandernd — weiter — weiter — weiter . . .*[4].

Anzeigen des Fiscalis wegen zu vieler fremder Juden tauchten unter Graf Friedrich Christian häufig auf[5]. Als ihre Zahl sich zu sehr vergrößerte, wurde erstmals 1719 verordnet, daß der Aufenthalt fremder Juden nicht länger als eine Nacht gestattet sei[6]. Die *Armenordnung* verbot dann 1728 ganz und gar das Betteln Fremder und setzte für jede Übernachtung 1 Rtl fest[7]. Einen Monat später wurde eine Ausnahme von dieser Regelung bekanntgegeben: wenn fremde Juden am Freitag spät abends ins Land kamen, durften sie bis Sonntag früh bleiben *zur Abhaltung ihres Sabbati,* mußten allerdings für zwei Nächte bezahlen[8]. Das Problem schien jedoch nicht kleiner geworden zu sein; denn schon 1737 erging eine Resolution an die Torwächter, die Betteljuden, *da (sie) Troupen-weiß durch hiesige Lande ziehen*[9], aufzuhalten und höchstens einen von ihnen zum Kauf von Nahrungsmitteln hereinzulassen. Falls Übernachtungen nötig sein sollten, mußten sie extra gestattet werden[10]. All das fruchtete nichts, so daß härtere Maßnahmen ergriffen werden mußten, sollten die Betteljuden nicht zu einer Landplage werden. Folgende abschreckende Bestimmungen wurden darum erlassen: Betteljuden mußten sogleich an der Grenze umkehren. Hielt sich einer der betroffenen Juden nicht daran, drohte Gefängnis; im Wiederholungsfalle (beim dritten Male) sogar die Todesstrafe. Wirte wurden bei Aufnahme dieser Juden mit Geldstrafe belegt. Schutzjuden gingen ihres Schutzes verlustig. Die Beamten hatten die Aufgabe, genau auf die Einhaltung dieser Ver-

[3]) Des L 102 A Nr. 751/752.
[4]) Vorträge, S. 56.
[5]) Des L 2 J 26a.
[6]) Des L 9 Nr. 1 Vol. II Nr. 131 vom 28. April 1719.
[7]) Des L 9 Nr. 1 Vol. IV[a] Nr. 5 vom 5. Aug. 1728.
[8]) Des L 9 Nr. 1 Vol. IV[a] Nr. 9 vom 11. Sept. 1728.
[9]) Des L 102 A Nr. 321 vom 24. Mai 1737.
[10]) Des L 9 Nr. 1 Vol. IV[c] Nr. 29 vom 24. Mai 1737.

ordnung zu achten[11]. Da sich diese neue drastische Regelung nicht sofort durchsetzte, sah sich Graf Albrecht Wolfgang gezwungen, kurze Zeit später mit allem Nachdruck noch einmal darauf hinzuweisen[12]. Als Graf Wilhelm die Zügel allgemein lockerte, kamen auch die fremden Juden wieder ins Land. Er ließ sie jedoch nicht aus dem Auge, sondern wies 1750 die Wirte und Krüger an, wegen dauernder Diebstähle jeden Abend einen Übernachtungszettel an den Schloßhauptmann de la Croisette abzuliefern, um die *Vagabunden und Betteljuden* besser unter Kontrolle zu haben[13]. Ab 1755 wurde den Gastwirten und Schutzjuden bei hohen Strafen wiederum verboten, fremde Juden aufzunehmen[14]. Es half nichts: 1758, als sich nach Hausdurchsuchungen in 7 Haushaltungen fremde Juden fanden, mußte jeder Beherberger 5 Rtl Strafe zahlen, während die inlogierten Juden bei 50 Rtl Strafe sofort das Land räumen mußten[15]. Als sie im darauffolgenden Jahr immer noch da waren, wurde die Vertreibung durch Truppen angeordnet. Auf den Sabbath[16] jedoch sowie auf Wochen- und Jahrmärkte, ebenfalls auf jüdische Feiertage nahm Wilhelm Rücksicht und erlaubte an diesen Tagen den Aufenthalt im Lande. Blieb jedoch jemand der fremden Juden über diese Zeit, mußte er pro Tag 1 Rtl Strafe zahlen[17]. Haussuchungen, sog. *Visitationen zwecks Feststellung von Vagabunden*, fanden nun turnusmäßig statt, aber die Ergebnisse blieben immer die gleichen trotz verschärfter Strafen. Daß 14 Bürger allein 79 Juden verbotenerweise (aber gegen gute Bezahlung!) in ihren Häusern beherbergten, war keine Seltenheit und läßt sich fortlaufend bis 1772 nachweisen[18]. Die Schutzjuden allerdings hielten sich zurück, stand doch schließlich der Schutzbrief auf dem Spiel, der sie von diesem *fremden Gesindel*[19], wie sie selbst es nannten, unterschied. Sie wußten genau, daß ihnen bei Verlust ihres Schutzes das gleiche Schicksal bevorstand, unstet von Land zu Land ohne festen Wohnsitz rudelweise abgeschoben zu werden und nur für un-

---

[11]) Des L 9 Nr. 1 Vol. IVc Nr. 48 vom 25. Sept. 1738.
[12]) Des L 9 Nr. 1 Vol. IVc Nr. 50 vom 24. Dez. 1738.
[13]) Des L 102 A Nr. 751 vom 23. Sept. 1750.
[14]) Des L 2 J 26c vom 31. Aug. 1755.
[15]) Des L 102 A Nr. 752 vom 10. Sept. 1758.
[16]) Des L 102 A Nr. 752 vom 18. Juli 1759.
[17]) Des L 102 A Nr. 752 vom 13. Jan. 1760.
[18]) Des L 102 A Nr. 752; 1750—1767; A 20 Nr. 3 (bis 1772).
[19]) Des L 101b J 2.

bestimmte Zeit bei Leuten wohnen zu können, die hohe Bestechungsgelder mehr achteten als landesherrliche Verordnungen[20].

Da die diesbezüglichen Verordnungen nur schlecht befolgt wurden, mußte jeder Landesherr sie erneuern oder wiederholen, damit sie überhaupt einen kleinen Erfolg zeitigten. Das geschah 1766[21], 1770[22], 1778[23] und schließlich 1781[24]. Einen besonders harten Kampf führte Graf Philipp Ernst zusammen mit seinen Schutzjuden gegen auswärtige Juden 1784[25]. Das angrenzende, zu Preußen gehörende Bistum Minden ließ fremde Juden nach Schaumburg-Lippe bringen, da ein Königlich Preußisches Edikt vom 12. Dezember 1780 diese Maßnahme befahl. Als nun kranke und sterbende Juden über die Grenze nach Bückeburg gebracht wurden, hatten die dortigen Schutzjuden die Kranken- bzw. Beerdigungskosten zu tragen, die sie ihrerseits von der Mindener Judenschaft einklagten. Da diese jedoch nach Auskunft der Domänenkammer, der die Klage als Polizeisache übergeben war, recht gehandelt hatte nach bestehenden Gesetzen, war der Fall für die Juden dort erledigt. Die Kosten wurden nicht erstattet. Nun schaltete sich der schaumburg-lippische Regent ein und schickte eine Resolution nach Minden, in der es hieß, man solle gefälligst fremde und Betteljuden *ad locum unde*[26] zurückschicken, aber nicht in hiesige Lande. Außerdem brachte er zur Kenntnis, seinen Schutzjuden sei nunmehr anbefohlen, nach dem gleichen Grundsatz zu verfahren.

Eine ähnliche Beschwerde gegen die Stadt Gütersloh wurde gütlich durch Kostenerstattung beigelegt[27].

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die Bestimmungen des *locus originis* in Kraft getreten waren[28], achtete die Regierung vor allem darauf, daß keine Entbindungen bei fremden Judenfamilien im Lande vorkamen, da die Kinder dann später beanspruchen konnten, in ihrem Geburtslande zu leben[29]. Juliane hielt zwar auf Befolgung

---

[20]) Des L 3 Jc 19.
[21]) LVO vom 25. Sept. 1766, Bd. 2, S. 195.
[22]) LVO vom 3. Okt. 1770, Bd. 2, S. 489 ff.
[23]) LVO vom 21. Aug. 1778, Bd. 3, S. 7.
[24]) LVO vom 24. Mai 1781, Bd. 3, S. 55.
[25]) Des L 3 Jc 10 von 1784.
[26]) Des L 3 Jc 10 vom 16. Nov. 1784.
[27]) Des L 3 Jc vom 15. Febr. 1785.
[28]) s. S. 27.
[29]) Des L 3 Jc 19 von 1792.

der ergangenen Edikte, erkannte aber durchaus das menschliche Problem der unsteten Wanderschaft, so daß sie einmal als Randbemerkung an eine Ausweisung notierte mp: *Der arme Schelm dauert mich!*[30]. Die Auslegungen des Geburtsortes gingen schließlich in Nachbarländern so weit, daß Ehen getrennt wurden, weil die Eheleute aus verschiedenen Ländern stammten[31]. Da vertrat nun die Grafschaft Schaumburg-Lippe den Standpunkt, die Ehefrau gehöre zu ihrem Mann und das Geburtsland sei erst in zweiter Linie ausschlaggebend. Sie handelte dementsprechend[32], konnte allerdings nicht verhindern, daß dennoch Ehen infolge der widrigen Lebensbedingungen für Unvergleitete geschieden wurden[33]. Temporäre Aufenthaltsgenehmigungen erhielten einzelne fremde Juden nur dann, wenn sie sich als Knechte oder Mägde in der Landwirtschaft oder im Haushalt nützlich machen konnten[34].

Während nach der Neugliederung Deutschlands durch Napoleon die Schutzjuden einen Reisepaß für das Ausland erhielten, *um ungehindert reisen und rückreisen . . . . nöthigen Falls jeden Schutz*[35] gewärtigen zu können, mußten die schutzlosen Juden einen Passierschein vorweisen (ausgestellt vom Geburtsland), um die Grenzen überschreiten zu können. Die Zeit der Durchreise durchs Ausland von Grenze zu Grenze bis zum Zielort war so knapp bemessen, daß jeder Zwischenaufenthalt von vornherein ausschied[36].

Einige Wirte beklagten sich 1817 darüber, daß mancher Gast ausbliebe, weil Juden bei ihnen übernachteten. Darauf resolvierte der Landesherr Georg Wilhelm, daß den Gastwirten nicht länger zugemutet werden könne, verarmte Juden zu beherbergen, und daher von nun an die vergleiteten Glaubensgenossen für Unterkunft sorgen müßten[37]. Die wehrten sich jedoch dagegen und schlugen die Errichtung einer Judenherberge vor, wenn es auch angemessener sei, ein generelles Übernachtungsverbot für fremde Juden in der Residenz-

---

[30]) Des L 2 J 59 Vol. II vom 3. Juni 1791.
[31]) Des L 3 Jc 19 von 1810.
[32]) Des L 3 Jc 19 vom 30. Nov. 1810 (fälschlich mit 1811 datiert, wie sich eindeutig aus der zeitlichen Folge des Schriftverkehrs ergibt).
[33]) Des L 3 Jc 19 von 1816.
[34]) Des L 3 Jc 19 von 1807 und 1818.
[35]) A 20 Nr. 10 vom 2. Sept. 1817 (s. Abb. S. 77).
[36]) Des L 3 Jc 19 vom 23. April 1811.
[37]) Des L 3 Jc 1b vom 5. Sept. 1817 und Des L 102 B Nr. 84.

stadt zu erlassen[38]. Zwar sollten von nun an die fremden Juden vor Einbruch der Nacht in andere Orte gehen, aber falls es schon zu spät dazu war, hatten weiterhin die Schutzjuden die Verantwortung für sie. Gegen die Judenherberge wurde nichts eingewandt[39]. Obwohl der Judenvorstand erwiderte, diese Regelung sei kurzsichtig, weil dann alle fremden Juden so spät kämen, daß es unmöglich sei, sie noch weiter zu schicken, blieb es bei der Abmachung und dem Hinweis auf die selbst vorgeschlagene Judenherberge, die sie aus eigenen Mitteln anschaffen und unterhalten könnten[40]. Daraufhin richtete die Synagogengemeinde Stadthagen 1818 ein solches Nachtlager für Israeliten bei der Witwe Kastning ein[41].

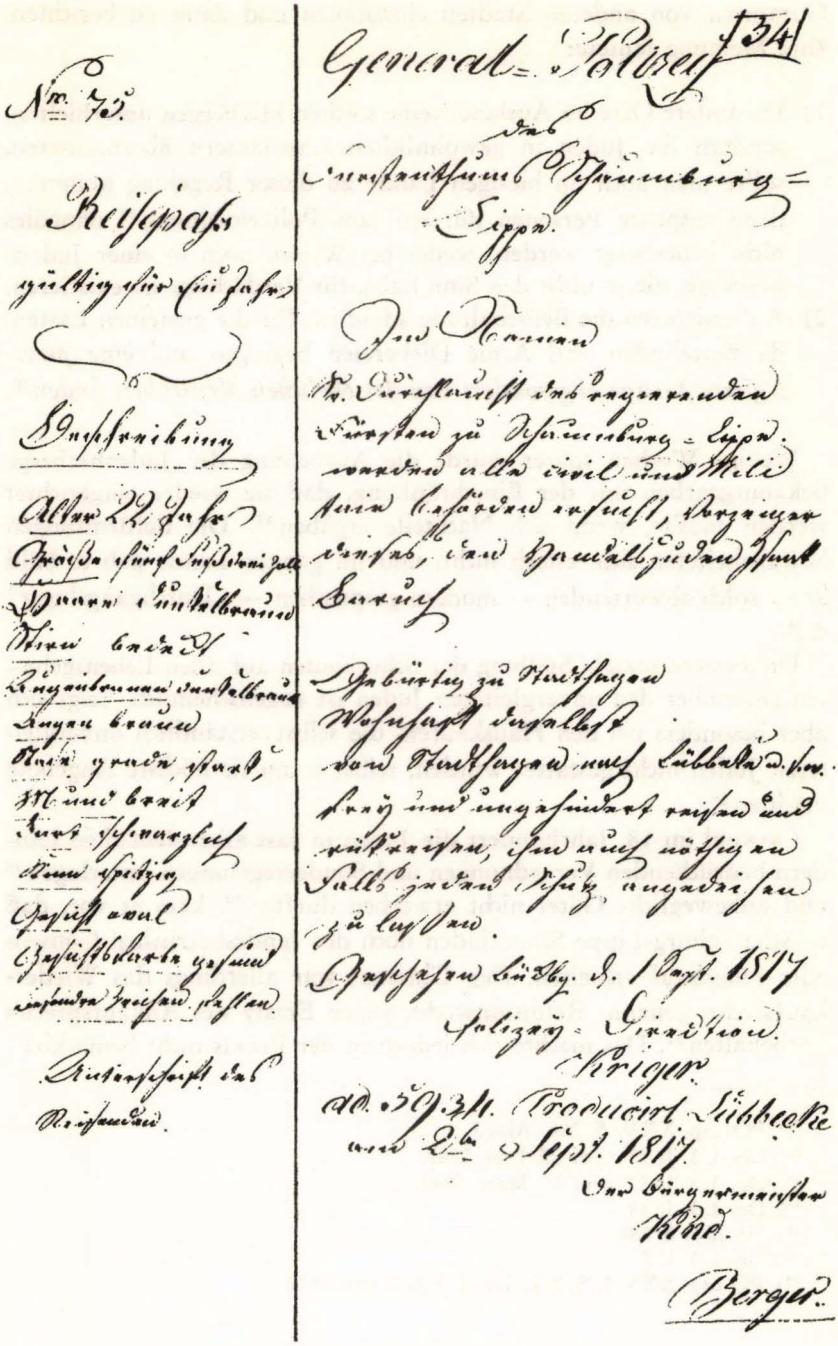
In Bückeburg wollte zu gleicher Zeit Philipp Schrader die Juden in seinem Hause, dem *ehemals Adam'schen hinterm Walle*, beherbergen, stieß aber auf Ablehnung seitens der Stadt, da Simon Moses (Nr. 55) bessere Möglichkeiten habe, die Juden unter Aufsicht zu halten. Noch besser sei jedoch, das wandernde Judenvolk dort zu lassen, *wo diese Herberge seit langen Jahren im Maschkruge vor der Stadt gewesen*[42]. Die Fürstlich Schaumburg-Lippische Polizeikommission entschied sich für Philipp Schrader, der mit den Juden einen Contrakt abschloß über Unterhaltsgelder zur Judenbeherbergung[42]. Obwohl die Stadt sich stets bemühte, dem Fuhrmann Schrader die Judenherberge verbieten zu lassen und für Simon Moses votierte[42a], beharrte die Polizeikommission auf ihrem Entscheid, beauftragte allerdings 1827 die Gendarmerie, fremde Juden nach Möglichkeit noch vor dem Dunkelwerden über die Grenze zu schaffen[42b].

Wer in dieser Zeit verbotenerweise Juden beherbergte — wie z. B. 1821 der Friller Wirt — wurde zur Warnung mit 5 Rtl bestraft[43].

Die Bückebuger Judenherberge wurde 1842 aufgehoben, nachdem der Judenvorstand wegen zu hoher Abgaben darum gebeten hatte[44]. Die Polizeikommission hatte daraufhin das Für und Wider zu prüfen,

---

[38]) Des L 3 Jc 1b vom 6. Okt. 1817.
[39]) Des L 3 Jc 1b vom 10. Okt. 1817.
[40]) Des L 3 Jc 1b vom 18. Nov. 1817.
[41]) Des L 3 Jc 1b vom 8. Aug. 1818.
[42]) Des L 102 B Nr. 84 vom 21. Nov. u. 3. Dez. 1818.
[42a]) Des L 3 Jc 1b vom 27. Febr. 1819.
[42b]) Des L 102 B Nr. 84 vom 3. Febr. 1827.
[43]) Des L 3 Jc 1b vom 13. Jan. 1821.
[44]) Des L 3 Jc 23 vom 11. Febr. 1842.



Nr. 75.

Reisepaß

gültig auf ein Jahr

Beschreibung

Alter 22 Jahre
Größe mittle Statur
Haare braun
Stirn braun
Augenbrauen dunkelbraun
Augen braun
Nase gerade, stark,
Mund breit
Kinn schmutzig
Haare spitzig
Gesicht oval
Gesichtsfarbe gesund
besondere Zeichen keine

Unterschrift des Reisenden.

General-Paß [34]

für

den Israeliten Abraham Bernburg aus Lippe.

Da Endesunterschriebener den Vorzeiger dieses Abraham Bernburg aus Lippe, wandernd in civil und Militair Sachen ersucht, vorgenannten passiren, und ihm allenthalben Schutz und Beistand leisten zu lassen.

Gegeben zu Neustettin Wohnsitz des Landraths den Neustettin und Lübbecke d. 10. Sept. 1817

Landrath Gerstein.

Krieger.

Vidimirt Lübbecke d. 30. 7bris. 1817

Bürgermeister

Kind.

Berger.

7. Jüdischer Reisepaß von 1817 (A 20 Nr. 10)

Gutachten von anderen Städten einzuholen und dann zu berichten. Ihre Meinung lautete:

1) Da andere Orte im Ausland keine solchen Herbergen unterhielten, sondern die Juden in gewöhnlichen Gasthäusern übernachteten, sollte man auch im hiesigen Lande zu dieser Regelung kommen; denn suspekte Personen dürften laut Polizeiordnung[45] ohnedies nicht beherbergt werden, weder bei Wirten noch in einer Judenherberge, die ja nicht den Sinn habe, für Verdächtige zu existieren.
2) Außerdem sei die Beibehaltung schädlich für die gemeinen Lasten, da Betteljuden und Arme Diebereien begingen und eine *privilegierte Kneipe abgesondert von der ehrlichen Menschheit finden*[46].

Wenige Wochen später wurde die Aufhebung der Judenherberge bekanntgegeben mit der Einschränkung, daß sie wieder eingerichtet werden müßte, wenn sich Nachteile ergäben[47]. Die Befürchtungen bewahrheiteten sich jedoch nicht, und im ganzen Lande gab es bald keine solch abwertenden — modern gesprochen — „Durchgangslager" mehr.

Die bessere soziale Stellung der Schutzjuden auf allen Lebensgebieten gegenüber den unvergleiteten Juden ist augenscheinlich, zeigt sich aber besonders bei den Hauskäufen, die selbstverständlich unvergleiteten Juden nicht gestattet wurden, selbst wenn sie höchste Angebote machten[48].

Obwohl im 18. Jahrhundert die Juden in fast allen deutschen Ländern bedrückenden Verordnungen und Sonderregelungen unterlagen[49] und unbewegliche Güter nicht erwerben durften[50], kam es vor, daß in Schaumburg-Lippe Schutzjuden doch den landesherrlichen Consens zum Hauskauf erhielten. Den Christen war allerdings das Wiederkaufsrecht, genannt Reluitionsrecht, gegen Ersatz des Ankaufspreises vorbehalten[51]. Das machte sich jedoch in der Praxis nicht bemerkbar.

---

[45]) PO cap. XXV, S. 264, Abs. 3.
[46]) Des L 3 Jc 23 vom 22. Febr. 1842.
[47]) Des L 3 Jc 23 vom 11. März 1842.
[48]) Des L 3 Jc 19.
[49]) Hb MJ; S. 282.
[50]) Des L 3 Jc 7.
[51]) PO cap. XXV I, S. 271; Des L 3 Jc 7 von 1819.

Die ersten Hauskäufe waren zwar eine Seltenheit und wurden nur Hoffaktoren konzediert, aber sie bildeten die Grundlage für weitere Petitionen dieser Art, die Graf Wilhelm und seine Nachfolger oftmals positiv entschieden. Isaac Heine, *Schloßjude*[51a], kaufte als erster Israelit überhaupt 1688 in Schaumburg-Lippe für 650 Rtl ein Haus, das Daging'sche Brauhaus, dessen Braugerechtigkeit er allerdings für 10 Rtl pro Jahr der Kämmerei überlassen mußte[52]; denn das Recht zu brauen besaßen die Juden nicht. 1706 erschien eine Landesverordnung, die die *Inalienabilität der Braugerechtigkeit von Häusern* festlegte[53], so daß nunmehr Juden — wenn überhaupt — nur noch Häuser ohne dieses Recht erwerben durften. Moses Färber scheint noch ein Haus erstanden zu haben, bevor 1713 contribuable Grundstücke nicht mehr *veralieniret* werden durften[54]. Sein Bückeburger Haus wurde nämlich 1714 verpfändet[55]. Wie aus einer Liste der jüdischen Hausbesitzer hervorgeht, hatten auch der Hofagent Moses Leser bis 1727 und der Hoflieferant Simon Leser ab 1738 eigene Häuser[56]. Unter Graf Wilhelm häuften sich dann die Concessionen zum Hauskauf. Levin Heine bat darum 1763, allein die Stadt trug Bedenken; denn

a) ging der Stadt Bückeburg das Bürgergeld von 20 Rtl verloren, weil Juden nicht Bürger werden konnten,

b) standen die Juden unter der Gerichtsbarkeit der Justizkanzlei[56a]; dadurch büßte der Magistrat seinen Einfluß ein und befürchtete außerdem, daß die Juden wegen jeder abschlägigen Resolution gleich zur Kanzlei laufen würden,

c) trugen die Juden nicht die onera der Bürger.

Deshalb schlug der Magistrat folgende Bedingungen vor: Levi Heine sollte

---

[51a]) Des L 102 A Nr. 321 vom 8. Sept. 1698.

[52]) Des L 102 A Nr. 753 vom 16. Juni 1688; Des L 102 A Nr. 321.

[53]) LVO vom 11. Nov. 1706, Bd. 2, S. 146 f.

[54]) LVO vom 24. Juli 1713, Bd. 2, S. 160. Diese Verordnung wurde am 28. Nov. 1730 erneuert und ergänzt, zielte aber vor allem auf die Abtretung an Adelige hin (LVO Bd. 2, S. 227 ff).

[55]) Des L 2 J 26a vom 8. Mai 1714.

[56]) Des L 102 A Nr. 753, 230 vom 16. Nov. 1763.

[56a]) Es heißt in Des L 102 A Nr. 455 vom 16. Nov. 1705: *Magistratus enim jus exigendi tributa habet non sine auctoritate principis.*

1. der Stadt anstelle des Bürgergeldes einen Beitrag gleicher Höhe zahlen,
2. jedesmal, wenn das Haus vererbt würde, 10 Rtl entrichten und
3. sich bezüglich des Hauses unter den Zwang von Bürgermeister und Rat stellen[57].

Die Regierung ging nicht darauf ein, und der Bittsteller durfte von Nikolaus Roffen (Rufen) das Haus kaufen *sine conditionibus*[58].

Der Tobackspächter Meyer Levi erhielt 1762 die Concession, ein Wohnhaus zu kaufen, und schloß einen Kaufvertrag mit der Apothekerwitwe Cleven[59], legte sich aber gleichzeitig noch ein zweites Haus vom Büchsenmacher Conrad Fischer in der Neuen Straße zu[60]. Die Regierung erfuhr davon und zwang nun den Schutzjuden, eines der Häuser wieder zu veräußern. Das geschah allerdings erst 2 Jahre später[61]. Meyer Levi behielt das Cleven'sche Haus in der Langen Straße[62], in dem die Judenschaft schon seit etwa 1670 einen Raum als Betstube gemietet hatte[63]. Jetzt konnte er die Synagogen-Miete von 40 Rtl kassieren[64]. Als die Juden 1789 dieses Gebäude aufgeben wollten und baten, ein Haus in der Petersilienstraße kaufen und als Synagoge einrichten zu dürfen[65], lehnte Juliane — von Meyer Levi darum gebeten[64] — ab, obwohl die Stadt Bückeburg nichts einzuwenden hatte[64a]. Sie gestattete jedoch 1794 der Judenschaft, das bestehende Synagogenhaus zu erwerben. Sie setzte aber hinzu, der Kauf könne nicht korporativ, sondern nur auf e i n e s Juden Namen geschehen[66], und zwar auf den des Meistbietenden[67]. Der Käufer hieß Moses Isaac[68], der das Haus bis 1832 besaß. Dann verkaufte er es an

---

[57]) Des L 102 A Nr. 753 vom 18. Nov. 1763.

[58]) Des L 102 A Nr. 753 vom 29. Nov. 1763. (Es war das Stammhaus der Vorfahren Hch. Heines. S. Abb. S. 107).

[59]) Des L 2 J 26d; Des L 2 J 49a vom 8. März 1762 (Der Kaufbrief ist erhalten).

[60]) Des L 102 A Nr. 753 vom 20. Juni 1762.

[61]) Des L 2 J 49a; Des L 102 A Nr. 753 vom 28. Juni 1764.

[62]) Des L 2 J 23 vom 3. Okt. 1765 (Es ist das heutige Spirituosen- und Tabakgeschäft Rauter).

[63]) s. S. 9

[64]) Des L 3 Jc 7 vom 19. März 1789.

[64a]) Des L 102 A Nr. 429 vom 24. März 1789.

[65]) Des L 3 Jc 7 vom 13. März 1789.

[66]) Des L 3 Jc 7 vom 15. März 1794.

[67]) Des L 3 Jc 7 vom 29. März 1794.

[68]) Des L 3 Jc 7 vom 8. März 1817.

die gesamte Judenschaft; auch diesmal mußte wieder eines der Gemeindemitglieder persönlich haften[69].

Aber zurück zur Zeit Wilhelms! Neben Levi Heine und Meyer Levi durften ebenfalls andere Schutzjuden in anderen Orten Häuser in ihr Eigentum bringen. In Stadthagen erhielten Seckel und Jacob Abraham 1767[70] sowie Salomon Isaak 1769[71] die entsprechende Erlaubnis. Diese Häuser wurden später an die Kinder oder an die Schwiegersöhne vererbt[72].

Philipp Ernst ließ nur 2 Hauskäufe 1785 zu: für Joseph Heine und den Bückeburger Salomon Isaac[68]. Juliane beschied sämtliche Anträge in dieser Richtung abschlägig, weil es den Schutzjuden, die schon viele Vorteile genossen, nicht noch besser gehen sollte[73]. Ihre Fürsorge galt bekanntlich den Juden mit bürgerlichen Professionen, die, da sie den Christen gleichstehen sollten, selbstverständlich nicht nur Häuser, sondern auch Grund und Boden zu eigen haben durften. Es hätte ihren Richtlinien widersprochen, der Klasse der Handelsjuden, die sie gerade vermindern wollte, durch den Erwerb eigener Häuser entgegenzukommen. Sie stufte die bürgerlichen Berufe stets höher ein; und in gesellschaftlicher Hinsicht waren ihre Verbote zum Hauskauf für Schutzbriefinhaber folgerichtige und notwendige Konsequenzen.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts nach dem Regentenwechsel nahmen die Hauskäufe der Juden unter Fürst Georg Wilhelm wieder zu, da ihnen *in den neuesten Gesetzgebungen . . . die Erwerbung . . . des Grundeigentums . . . mit mehr oder weniger Ausnahmen erlaubt worden ist*[74]. Sehr viele Berichte wurden in dieser Zeit zu diesem Thema verfaßt[72]. Allen ist zu entnehmen, daß man auf Vorlagen und Beispiele an Hand der Bundesakte, Artikel 16, wartete, die den Juden den *Genuß der bürgerlichen Rechte gegen die Übernahme aller Bürgerpflichten*[75] in Aussicht stellte. Nur die Städte waren sich einig in der Ablehnung des Hausverkaufs an Juden wegen der finanziellen

---

[69]) Des L 3 Jc 7 vom 3. Nov. 1832.
[70]) A 20 Nr. 3 von 1767.
[71]) Des K 1 J 27 Vol. II vom 14. Juli 1769; A 20 Nr. 3.
[72]) Des L 3 Jc 7.
[73]) Des L 102 A Schutzgeld VII Vol. III von 1797; Des L 3 Jc 7.
[74]) Eichhorn, Kap. III, § 81, S. 245.
[75]) Bundesakte, Art. 16; für Schaumburg-Lippe war *des Großherzoglich-Hessischen Herrn Geheimen Raths, Freyherr von Leonhardi,* auf der Bundesversammlung anwesend.

Einbußen, die sie dabei erlitten; die Häuser, die einmal einen jüdischen Eigentümer gefunden hatten, gelangten nämlich nicht mehr in christliche Obhut und lagen damit in *todter Hand*[76]. Aber zu dieser Zeit nannten in Schaumburg-Lippe schon 10 Schutzjuden ein Haus ihr eigen, vorwiegend in Bückeburg und Stadthagen[77], während es im Amte Hagenburg nur 2 waren[78] . . . . . und neue kamen trotz aller Schwierigkeiten im Laufe der nächsten Jahre hinzu[79], bis das Jahr 1848 die Emanzipation[80] und damit das Ende der *verminderten Rechtsfähigkeit der Juden*[81] brachte. Die lange heiß umstrittene Frage, ob Juden nun wirklich *unbewegliche Güter adquirieren* dürften oder nicht[82], war entschieden.

Die gewaltigen sozialen Unterschiede zwischen vergleiteten und unvergleiteten Juden, später die durch die jüdischen Professionisten hinzukommenden sind deutlich geworden. Während die schutzlosen Juden nirgendwo geduldet wurden und sich auf steter Wanderschaft und Flucht vor Verfolgungen befanden und sogar von ihren seßhaften Glaubensgenossen als Wesen niederster Gattung mit *Gesindel und Pack* bezeichnet wurden, konnten die Schützlinge als Mitglieder des landesherrlichen Untertanenverbandes der Grafschaft Schaumburg-Lippe schon früh Privilegien erlangen, die weit über die Norm des *gemeinen teutschen Rechtes*[82] hinausgingen bis gar zur Gleichstellung mit den Christen. Oftmals brachten derartige Zugeständnisse die Regierung in Gegensatz zu den Ämtern und Magistraten.

Der Jurist Justus Fr. Runde faßte kurz und ganz allgemein zusammen: *Hierauf beruht der Unterschied der Schutz- und Schirmjuden oder vergleiteten Juden — Judaei recepti — und der unvergleiteten Juden — Judaei non recepti —(:) Wenn erstere in andere Länder reisen, so müssen ihnen daselbst der Regel nach die Rechte zugestanden werden, welche allen Fremden zukommen. . . . . Juden, welche nirgend vergleitet sind, betrachtet man als Vagabunden und Landläufer*[83].

---

[76]) Des L 3 Jc 7 vom 6. Nov. 1815.
[77]) Des L 3 Jc 7; A 20 Nr. 3.
[78]) Des L 3 Jc 18.
[79]) Des L 122a Sonderverzeichnis zu Abt. B 1—29: Hauskäufe; A 20 Nr. 3.
[80]) LVO vom 5. Dez. 1848 Bd. 8, S. 59/60.
[81]) Eichhorn, Kap. III, § 81, S. 243.
[82]) Des L 3 Jc 7 von 1792.
[83]) Runde, § 640, S. 596.

6. Auswirkungen des Schutzes in juristischer Hinsicht

Die rechtliche Stellung der Juden ergab sich aus dem Schutzbrief. *Weil der Jude durch die erlangte Aufnahme in die Gemeinschaft der Rechte und Pflichten aller Unterthanen tritt, welche vom Indigenate und Bürgerrecht unabhängig sind; so hat er gleich jedem anderen Unterthanen gerechten Anspruch auf obrigkeitlichen Schutz für seine Person und Vermögen. — Er kann folglich auch persönliche Pflichten übernehmen, und über sein Vermögen unter Lebendigen und auf den Todesfall frey disponiren; — gleich anderen Unterthanen Heirathsverträge schließen; — Er steht seiner Familie als Hausvater vor, und genießt alle Rechte der väterlichen Gewalt; Er kann solche auch durch Adoptionen und Legitimationen erwerben; und keine Religionsänderung, die auf seiner, oder seiner Ehegattin, und Kinder Seite erfolgt, darf für sich allein als eine Ursache betrachtet werden, ihm die Rechte des Ehemanns und Hausvaters zu entziehen; wenn gleich diese Rechte eben so wenig einen von seiner Seite auszuübenden Gewissenszwang rechtfertigen. Gleicher Weise ist aber der Jude auch alle Pflichten eines Unterthanen zu erfüllen schuldig; und insonderheit nicht nur bey seinen Zinscontracten den Gesetzen gegen unerlaubten Wucher: sondern auch bei seinen Heirathen dem Gebot wegen zu naher Grade der Verwandtschaft Folge zu leisten schuldig*[1].

Inwieweit diese Meinung J. Fr. Rundes auf Schaumburg-Lippe zutrifft und welche Abweichungen bestanden, soll nunmehr an Hand der archivalischen Aussagen untersucht werden.

Entscheidend gestärkt in ihrer Rechtsstellung waren die vergleiteten Juden durch den persönlichen Schutz, den der Landesherr ihnen angedeihen ließ, indem er hielt, was er in den Schutzbriefen versprach: ..... *Undt wollen wir Sie gegen menniglich, hier in unser Grafschaft für Unrechter gewald gnedig Schützen Undt schirmen, Sie sonsten auch bey gleich Undt recht / soweit wir Ihrer mechtig / Vertrethen*[2]. Und weil der Regent sie persönlich schützte, urteilte er auch bei Klagen über sie selbst. 1660 gab Graf Philipp der Stadt Bückeburg seine Jurisdiktion über die dortigen Schutzjuden bekannt: .... *nachdem der Schutz under die Regalia gehörig, soll der Stadt keineßwegs*

---

[1]) Runde, § 642, S. 598.

[2]) A 20 Nr. 3, Schutzbriefkonzept vom 30. März 1665.

gestattet sein, sich deßen anzumaßen[3]. 1666 regelte er für Stadthagen die Rechtsprechung. Ein Nichtbürger der Stadt konnte einen dortigen Juden nur vor der Justizkanzlei in Bückeburg belangen, während ein Vollbürger *salva Appellatione in prima Instantia coram Senatu* gehen konnte, jedoch sollte *auch diesfalls in Electione Actoris bleiben*[4], gleich die Kanzlei zu bemühen. Die Bestrafung mußte nach Reichssatzungen erfolgen; Schutzbriefentziehungen waren aber dem Rat untersagt. Falls der Magistrat einen Juden *in criminalibus rechtfertiget*[4], wollte Graf Philipp das anerkennen.

Trotz eindeutiger Vorschriften hielt sich die Stadt Bückeburg nicht daran und verfuhr so weiter, wie sie es von jeher getan hatte, wenn sie selbst Strafen aussprach und vollstreckte. Das kam in dem Zeitraum 1629 bis 1674 insgesamt 14mal vor[5]; allerdings waren die bestraften Delikte kleinerer Art, wie z. B. Schlägereien mit *Blutwundungen*[6]. Als sich der Magistrat 1674 Rechte über Juden anmaßte und Vorschriften wegen des Schlachtens machte, griff auf Klage der Betroffenen die Justizkanzlei ein und verbot *bei willkürlicher Strafe* eine Einmischung in jüdische Angelegenheiten[7].

Obwohl nach dem Herrscherwechsel Friedrich Christian 1684 seine persönliche Jurisdiktion für Bückeburg absolut bekräftigte und für Stadthagen dahingehend ergänzte, daß dort Juden und Fremde gleichermaßen wie einheimische Bürger belangt werden sollten, ihnen jedoch ein *recours an die Cantzley ohne förmliche Appellation* offenständе[8], mußte der Fiscal dennoch 1696 sowohl den Bückeburger wie den Stadthagener Rat anzeigen wegen Übertretung ihrer Kompetenzen[9]. Weil Rat und Bürgermeister von Stadthagen 1701 den Sohn des Rabbi Jobst Samson wegen einer privaten Handelsangelegenheit trotz Protestes und Hinweises auf die Zuständigkeit der Justizkanzlei verurteilten und festsetzten,. erhob der Fiscal Klage für die Juden. Erschwerend für die Stadt kam hinzu, daß der Bürgermeister Heinrich Könemann argumentiert habe: *Was gehet mich die Cantzley an,*

---

[3]) Des L 2 B 91 vom 19. Nov. 1660.
[4]) Des L 102 A Jurisdiktion Lit. H; Des L 0c Bd. 10, Nr. 105 vom 17. Sept. 1666.
[5]) Des L 2 B 91 vom 12. Juli 1674.
[6]) Des L 102 A Bruchsachen Vol. I.
[7]) Des L 102 A Jurisdiktion Lit. H vom 7. Juli 1674.
[8]) LVO vom 6. Aug. 1684 Bd. 2, S. 91 ff.; Des L 0c Bd. 11, Nr. 75; Des L 9 Nr. 1 Vol. III[a] Nr. 24.
[9]) Des L 2 B 91 vom 30. Jan. 1696.

wir sind Richter allhier[10]. Drei Jahre später folgte der Prozeß mit der Begründung, daß der *gnädigen Landesherrschaft dero hohes Regale circa receptionem iudaeorum et iurisdictionem in horum personas peculiarem vom Stadthägischen Magistrat disputirlich gemacht worden*[11] sei. Der Geschädigte als Hauptbelastungszeuge mußte die *formulam Juramenti Judaeorum*[12] sprechen[13].

Solche Fälle von überschrittener Jurisdiktion tauchten immer wieder in gleicher oder ähnlicher Form auf. Als 1759 der Magistrat von Bückeburg den beiden Judenmädchen Ittel und Kelau Jacob Hausierzettel für 1 Mgr ausstellte[13a], nahm das Kauf- und Kramamt ihnen ihre Waren ab, weil es das Recht des Bürgermeisters bezweifelte, solche Zettel für Waren ausfertigen zu dürfen, die gegen die Kaufmannsprivilegien verstießen[14]. Die Justizkanzlei bestätigte aber dieses Recht und bestrafte die eigenmächtigen Kaufleute, da das *Kaufmannsamt nicht befugt (sei), ihr eigen Richter zu sein und eine Art der jurisdiction in der Stadt auszuüben*[15]. Diesmal hatte die Kanzlei unvergleiteten Juden, die sich allerdings mit landesherrlichem Consens im Lande aufhielten und deshalb der direkten Gerichtsbarkeit des Regenten unterstanden, dadurch geholfen, daß sie den Magistrat unterstützte. Solche Vorkommnisse waren aber äußerst selten. Meist waren Rat und Bürgermeister die Angeklagten wie 1808 in Stadthagen, als sie einen Schutzjuden, obwohl er schuldig war, unbefugt verurteilten[16], oder 1831 in Bückeburg, als sie bei einer Schutzerteilung dem Juden zusätzliche Bedingungen stellten mit der Begründung, es sei *eine jedermann bekannte Sache, daß mit Israeliten weder christliche Metzger noch Kaufleute, concurieren können.* Man habe nur zum Besten der Bürger gehandelt[17].

In den Bereich der Jurisdiktion fielen ebenfalls Schutzgeldrestierungen: über Eintreibung, Erlaß oder Stundung entschied die Rentkammer als Vertreterin der Justizkanzlei. Die Ämter waren nicht zu-

---

[10]) Des L 2 S 37 vom 30. Okt. 1701.
[11]) Des L 2 S 37 vom 3. April 1704.
[12]) s. S. 89—90.
[13]) Des L 2 S 37 vom 30. Juni 1704.
[13a]) Des L 102 A Nr. 234 vom Sept. 1759.
[14]) Des L 2 Z 32 vom 12. Sept. 1759.
[15]) Des L 2 Z 32 vom 11. Okt. 1759.
[16]) Des L 3 Jc 14 Vol. II vom 3. Juni 1808.
[17]) Des L 3 Jc 23 vom 5. April 1831.

ständig[18], obwohl sie sich teilweise um die Ortsobrigkeit mit beschränkter Gerichtsbarkeit bemühten[19].

In diesen Rahmen des persönlichen landesherrlichen Schutzes gehört auch die mehr und mehr von der Justizkanzlei zugesicherte Amtshilfe, vor allem seit der Regentschaft Julianes, die den Schutzgelderhebern bei Schwierigkeiten diesen Beistand gewährte[20]. Zwar handelte es sich hierbei um innerjüdische Meinungsverschiedenheiten, aber es ging doch um das Interesse der Rentkammer. Gleichermaßen wurde verfahren, wenn Kaufleute — christliche wie israelitische — die konzessionierte Handlung eines Schutzjuden behinderten, wie z. B. 1801[21] bei Moses Israel oder 1816[22] bei Wulf Manchen.

Für Reisen außerhalb des Landes stellte der Landesherr schon seit dem 17. Jahrhundert richterliche Zeugnisse aus, die meist Fürsprachen gleichkamen, indem sie besonders die *qualité* des Betreffenden hervorhoben[23].

Wie in vielen anderen Ländern durften die Juden in Schaumburg-Lippe ihr *nationales Recht auch außerhalb Palästinas beibehalten ... Es besteht in den mosaischen Gesetzen, welche jetzt von den jüdischen Gelehrten (Rabbinern) gebraucht werden. Die Anwendung ist zwar der landesherrlichen Aufsicht unterworfen, aber eine Folge der den Juden gestatteten Religionsausübung; ... Hingegen ist die Anwendung der auf bürgerliche Verhältnisse Bezug habenden Bestimmungen ausgeschlossen ...*[24]. Demzufolge konnten die Juden untereinander bürgen[25], Verträge schließen[26], mit ihrem Vermögen schalten und walten, wie sie es für richtig hielten. Schenkungsbriefe[27] und letztwillige Verfügungen[28] zeigen das eindeutig. Die Justizkanzlei wurde dann nur als zweite Instanz eingeschaltet. Das kam z. B. 1832 vor, als der Vorsänger Bendix Marcus selbst sein *contractliches Ver-*

---

[18]) Des L 3 Jc 23 vom 20. Okt. 1836.
[19]) A 20 Nr. 2 vom 12. März 1794.
[20]) s. S. 50, 63; Des L 3 Jc 17b.
[21]) Des L 3 Jc 20 vom 24. Jan. 1801.
[22]) A 20 Nr. 10 vom 6. Sept. 1816.
[23]) Des L 2 J 26a von 1699; Des L 2 J 26c von 1748.
[24]) Eichhorn, Kap. III, S. 248—250.
[25]) Des L 2 J 26e von 1687.
[26]) Des L 3 Jc 23 von 1832.
[27]) Des L 3 Jc 19 vom 3. Sivan 5557 (Umgerechnet anhand des Sch.-L. Kal. ergibt das den 27. Juni 1797).
[28]) Des L 120a E 339; Des L 122a C 202 und 615.

hältnis mit der Bückeburger Gemeinde gekündigt hatte, hinterher aber wieder eingestellt werden wollte[29]. Ein Jahr später mußte wieder eingegriffen werden; denn die Juden der Stadt und des Amtes Bückeburg wurden sich nicht einig, wer die Entbindungskosten für die arme unvergleitete Familie Marcus Monnes zu tragen habe. Da jeder dem anderen die Bezahlung zuschob, teilte die Kanzlei diplomatisch die Summe, und jeder mußte zahlen[30].

Bei der Aufstellung eines Testamentes konnte zwar der Erblasser sein Vermögen nach Gutdünken verteilen, allein die Justizkanzlei mußte es beglaubigen und nach dem Tode veröffentlichen. Das Beispiel des Alexander Levi, genannt Süskind, legt deutlich den Vorgang bei der Aufteilung der Erbmasse dar: als Haupterbin wurde seine zweite Ehefrau eingesetzt. Sie bekam, was sie in die Ehe mitgebracht hatte, den Rest erhielten die Kinder dieser Ehe. Die Nachkömmlinge aus erster Ehe dagegen konnten nichts fordern, weil ihre Mutter kein Hab und Gut besaß[31].

Bei Testamentseröffnung des Philip Gerson aus Meinsen empfingen sogar christliche Wohlfahrtsinstitute Geldspenden aus dem Nachlaß[32]. Die Erben konnten sich bei Nachweis ihrer Berechtigung auszahlen lassen. Die Eröffnung wurde in den „Schaumburg-Lippischen Landesanzeigen" vorher angekündigt[33]. Eine weitere letztwillige Disposition setzte schon zu Lebzeiten besonders angesehene Schutzjuden als Testamentsvollzieher ein. Die Gerichtskosten für die Aufstellung eines Testaments betrugen 5 Rtl 4 Mgr[34].

Ob die letztwilligen Verfügungen immer in dieser Art gehandhabt wurden, kann ich mit Bestimmtheit nicht sagen, da die aufgeführten Archivalien sämtlich aus der Periode des Fürsten Georg Wilhelm stammen. Ich schließe daraus, daß in der älteren Zeit sich die Justizkanzlei nicht unmittelbar bei Testamentsaufstellungen oder -eröffnungen einschaltete, sondern das den Juden allein überließ und nur den Ablauf überwachte; denn andernfalls hätten die Akten Aufschluß geben müssen.

---

[29]) Des L 3 Jc 23 vom 1. Aug. 1832.
[30]) Des L 3 Jc 23 vom 12. Juli 1833.
[31]) Des L 122a C 615 vom 20. Dez. 1810.
[32]) Des L 120a E 339 vom 10. Juli 1839.
[33]) Sch.-L. Ld.-Anz.; Jg. 1839, Nr. 33, S. 146/147.
[34]) Des L 122a C 202 von 1848.

Ebenfalls ist die Verleihung der „venia aetatis" nur im 19. Jahrhundert nachweisbar. In Schaumburg-Lippe scheint es keine festgesetzte Altersgrenze gegeben zu haben, mit der die Großjährigkeit ohne besondere Formalitäten eintrat. Nirgends, nicht einmal im „Staatsrecht des Fürstentums Schaumburg-Lippe" [35], ist davon die Rede. Es wird vielmehr so gewesen sein, daß in der Grafschaft die venia aetatis, die seit dem 13. Jahrhundert allgemein durch den König erteilt wurde [36], seit dem 16. Jahrhundert von dem Landesherrn in Konkurrenz zum Kaiser verliehen wurde [37]. Dafür zwei Beispiele: Simon und Blümchen Heine beantragten 1826 die Volljährigkeit im Alter von 24 bzw. 20 Jahren. Darauf wurden die persönlichen Qualitäten der beiden durch Befragung der jüdischen Gemeindevorsteher geprüft. Da Simon in Göttingen Medizin studierte, mußte von dort außerdem ein Leumundszeugnis beigebracht werden. Es fiel gut aus. Als keine Bedenken mehr bestanden, die Geschwister könnten ihr Vermögen übel verwalten, sollte ihrem Wunsche deferiert werden [38]. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte wieder in den „Schaumburg-Lippischen Landesanzeigen" [39].

1835 beabsichtigte Leser Philip aus Petzen, den Schutz seinem noch minderjährigen Sohn übertragen zu lassen. Nach Prüfung der Umstände erhielt der Sohn 1836 Schutzbrief und „veniam aetatis" [40].

Wir sahen, daß die Justizkanzlei auf fast allen Gebieten des Rechts die Juden vertrat, sei es, daß sie sie schützte oder bestrafte. Um nun aber sicher zu gehen, daß ihre Aussagen der Wahrheit entsprachen, prüfte sie sie durch Nachforschungen [40a] und bediente sich des Judeneides. Dieser mußte nicht nur bei Prozessen nach Zeugenaussagen [41] geleistet werden, sondern auch bei Vermögensnachweisen [42] und damit verbundenen Schutzgelderlassen (hierbei handelte es sich um das „iuramentum paupertatis" [43]). Als die Correalverbindlichkeit eingeführt

---

35) Bömers, Staatsrecht; S. 166—186.
36) Schröder/v. Künßberg; S. 820.
37) Schröder/v. Künßberg; S. 897, 939.
38) Des L 20 C 6 vom 16. Aug. 1826.
39) Sch.-L. Ld.-Anz. Jg. 1828, Nr. 3, S. 9.
40) Des L 3 Jc 25b vom 13. April 1836.
40a) Des L 102 A Nr. 811, 817.
41) Des L 2 S 37.
42) Des L 2 J 60.
43) s. S. 58; Des L 2 J 26d.

wurde, hatten auch die Schätzer nach jeder Repartition zu beeiden, nach bestem Wissen und Gewissen vorgegangen zu sein[44].

Wie sah nun aber der Eid im einzelnen aus, den die Juden selbst als *das Resultat großer Unwissenheit und herben Vorurteils*[45] bezeichneten? Oftmals waren viele entehrende Zeremonien damit verbunden: „Nach dem Schwabenspiegel[46] und den späteren Handschriften und Frühdrucken des Sachsenspiegels[47] mußte der Jude bei der Eidesleistung mit nackten Füßen und mit einem härenen Tuch bekleidet, bei entblößtem Oberkörper (oder zumindest entblößtem Schwurarm), um mit dem Buch[48] in unmittelbare körperliche Berührung zu kommen, auf eine blutige Schweinehaut treten. Diese Haut sollte von einer Sau stammen, die in den letzten 14 Tagen Frischlinge geworfen hatte. Der Rücken der Haut sollte aufgeschnitten, die Zitzen sichtbar sein"[49]. Dieses phantastische Ritual sollte dazu dienen, die Aussage eines Juden gegen die eines Christen glaubhaft zu machen. Man meinte, das vorwiegend durch Strafandrohungen, Teufelssymbole und obskure Andeutungen zu erreichen. Zwar war diese lächerliche Eidesform aus dem Gebrauch gekommen, aber Relikte waren noch deutlich beim Judeneid, den die Cammergerichtsordnung vom 25. September 1555 festlegte[50], vorhanden. Die schaumburg-lippische Justiz machte sich diese Form zu eigen und hielt bis 1842 daran fest[51].

Bevor der Eid geleistet wurde, mußte der Zeuge bekennen: *Als .... von mir anitzo verlanget, daß ich über gewiße Sachen, so NN wieder den NN denunciret die reine lautere Wahrheit sagen soll, so will ich demnach alles so außagen, wie mir es bewußt und niemandem zu liebe und zu leyde ettwas verschweigen, alles ohn gefährde, arglist und unverborglichkeit, so wahr mich Adonai*[52] *zu bestätigung der wahrheit verhelfen soll*[53]. Darauf folgte dann die Zeugenaussage, an deren

[44]) s. S. 61; Des L 3 Jc 17a ab 1793.
[45]) Des L 3 Ja 98 vom 22. Sept. 1840.
[46]) um 1275.
[47]) um 1220.
[48]) Thora.
[49]) Hb. MJ, S. 92.
[50]) Reichstagsabschiede; Cammergerichtsordnung von 1555, S. 558/559; Des L 102 B Nr. 209.
[51]) Des L 3 Ja 98; Des L 102 B Nr. 209.
[52]) Da die Juden den Namen Gottes nicht aussprechen durften, wurde das Wort „Adonai" im Sinne von „Herr" eingefügt.
[53]) Des L 2 S 37 (undatiert).

Abschluß der eigentliche Eid stand, sich aus 10 §§ zusammensetzend. Nach § 1 mußte der Jude die in der Bibel aufgeschlagene Seite mit den 10 Geboten, die Gott Moses auf dem Berge Sinai übergab, *vor Handen und vor Augen haben*[50]. §§ 2, 3 und 5 ließen den Juden die 10 Gebote und die Existenz des alleinigen Gottes bekennen, bei denen er seinen Schwur abzulegen habe. § 4 wies darauf hin, Falscheid sei Gotteslästerung. § 6 verlangte, daß der Jude seinen Arm in das Buch[48] lege, und zwar an die Stelle, die besage: *Du sollst den Namen deines Gottes nicht unnützlich führen!*[54]. § 7 schrieb vor, der Jude habe jedes einzelne Wort der folgenden §§ 8—10 nachzusprechen: u. a. .... *und mir werden aufferlegt alle die Straf und Flüch, die GOTT den verfluchten Juden aufferleget hat* .... (bei Meineid). .... *Ich versprich auch und bezeug das bey dem ewigen GOTT Adonay*[52], *daß ich nicht will begehren, bitten oder aufnehmen einige Erklärung, Außlegung, Abnehmung oder Vergebung von keinem Juden noch andern Menschen wo ich mit diesem meinen Eyd so ich jetzt thun werde, einige Menschen betriege. Amen .... daß mich dann übergehen das Fewer, da zu Sodoma und Gomorra überging und alle die Flüch, die an der Torach geschrieben stehen,* .... (Wiederholung der Warnung vor Falschaussage) .... *Wo ich aber wahr und recht hab in dieser Sach also helf mir der wahre Gott Adonay*[50].

Erst 1840 wiesen Levi Heine und Moses Mosberg offiziell für alle Juden darauf hin, wie sehr diese Art der Eidesleistung, verbunden mit der Ablegung des Eides in der Synagoge, dem Anlegen des Gebetsmantels und -riemens, der Anwesenheit mehrerer Glaubensgenossen, den feierlichen Akt entwürdige, zumal eine neugierige Menge vor der Synagoge warte, *um Zeuge einer den meisten Zuschauern lächerlich werdenden Feierlichkeit sein zu wollen*[55]. Solche Formalien, die im Lande immer noch vorgeschrieben seien, verlangten weder die jüdischen Gesetze noch die Religion. Dadurch würde die heilige Handlung nur unnütz profaniert. *Fernerhin ist jene Zeit unglaublicher Auswüchse menschlicher Verirrungen fortgezogen, und der neueren Zeit liegt es ob, die Sünden früherer Zeit wieder gut zu machen*[55]. Man wies zu diesem Zeitpunkt, *da der politische Zustand der israelitischen Glaubensgenossen lebhaft diskutiert*[55] wurde, auf die Reform

---

[54]) AT, 3. Mose 19, Vers 12.

[55]) Des L 3 Ja 98 vom 22. Sept. 1840; Des L 102 B Nr. 209 von 1835.

des Judeneides im Großherzogtum Oldenburg 1829 und bei der Kurfürstlich Hessischen Regierung 1828 hin, die beide in würdiger Form den Maßstab legten, nach dem auch die schaumburg-lippische Landesregierung verfahren sollte[55]. Daraufhin informierte sich Fürst Georg Wilhelm zunächst bei den erwähnten Regierungen und bestimmte einen Referenten zu dem Thema. Der stellte in seinem Bericht die Berechtigung der Bitten heraus und kam zu dem Ergebnis, eine Reform sei *zeitgemäß, damit nicht der Eid ein Beförderungsmittel des Unrechts bleibe, sondern ein Mittel, das Recht nicht weniger für die Juden, als für die Christen möglichst festzustellen*[56]. Die Angelegenheit wurde der Justizkanzlei zur genauen Festlegung des endgültigen Textes übergeben[57]. Am 15. Februar 1842 lag dann die endgültige Fassung vor. Die Ständeversammlung, die viele Regierungsräte nicht hinzuziehen wollten, weil sie doch nur unnütze Einwände habe *gegen alles, was Jude heißt*[58], gab ebenfalls ihre Zustimmung.

In der Landesverordnung vom 10. März 1842[59] wurde der neue Judeneid publiziert. Alle unnötigen Zeremonien waren weggefallen; es brauchten nur noch zwei Eideszeugen zu assistieren — nicht 10 oder mehr wie vorher. Die Eidesformel war dem üblichen christlichen Eid angepaßt. In dieser Form blieb der Eid vorläufig bestehen. Erst 1873/74 tauchten wieder Bitten um weitere Änderungen auf[60].

Wenige Jahre nach Einführung des neuen Eides versuchte der geschäftstüchtige Judenlehrer Joseph Schiff, Kapital aus der Eidesleistung zu schlagen. Er bat nämlich, vor jeder Verhandlung die Juden für 1 Rtl vor einem Meineid warnen zu dürfen, erhielt aber eine strikte Ablehnung[61].

Die Stellung der Juden in juristischer Hinsicht hing ganz und gar vom Landesherrn ab, unter dessen persönlichem Schutze sie standen, so daß vor allem die Ämter und Magistrate — oft zu ihrem Leidwesen — keinen Einfluß ausüben konnten. Besonders hart traf sie das mangelnde Mitspracherecht bei jüdischen Hauskäufen[62]. Die Juden

[56]) Des L 3 Ja 98 vom 18. Okt. 1840.
[57]) Des L 3 Ja 98 vom 16. März 1841.
[58]) Des L 3 Ja 98 vom 30. Juli 1841.
[59]) LVO vom 10. März 1842, Bd. 6, S. 383 ff.
[60]) Des L 3 Ja 98 von 1873/74.
[61]) Des L 3 Jc 27b vom 11. Febr. 1845.
[62]) s. S. 78—82.

ihrerseits bedienten sich häufig der Justizkanzlei, weil sie dort kräftigen Schutz und objektive Behandlung erfuhren.

Seit Juliane kam — für die Schützlinge günstig — noch das Widerspruchsrecht in begründeten Fällen hinzu. Die Entscheidung jedoch, ob ein Widerspruch *gegründet* war oder nicht, behielt sich selbstverständlich die Regierung vor[63].

7. Auswirkungen ungeleitmäßigen Verhaltens auf den Schutz

Da die Juden dem jeweiligen Regenten persönlich verpflichtet waren, stets seiner Gnade und Ungnade ausgesetzt waren, ergibt sich ein vielgestaltiges Bild bei Strafen, die auf ungeleitmäßiges Verhalten folgten. Je nach Wesen und Veranlagung der einzelnen Herrscher war die Beurteilung, was als ungeleitmäßig anzusehen war, unterschiedlich. Und unterschiedlich war demnach das Strafmaß.

Zur Zeit des Grafen Philipp, der noch keine ausgeprägte Judenpolitik verfolgte, kamen zeitweise Vertreibungen vor, aber kleinen Ausmaßes. Sie sind nicht näher faßbar, da sie bis 1652 nur tabellenartig belegt werden[1]. Endgültig und von langer Dauer waren diese Vertreibungen nicht; denn immer wieder tauchen in kürzeren Abständen vergleitete schaumburg-lippische Juden auf. Welche schwerwiegenden Gründe Philipp zu seinen Maßnahmen bewegten, ist unbekannt; keinesfalls waren es Schlägereien, bei denen jemand *ein Blau Auge bekommen*[2], oder Unterschlagungen[3], Betrug oder Diebstahl, Nichtbefolgen von Amtszitationen oder Verstoß gegen die Vorschriften zur Verhütung der Feuersgefahr. Denn diese Vergehen wurden mit Geldstrafen von 24 Gr bis 5 Rtl oder vielleicht Karzer geahndet[4]. Sie wurden also nicht als so sehr ungeleitmäßig angesehen, daß sie eine Aufkündigung des Schutzes gemäß § 12 des Schutzbriefes nach sich zogen: *Schriftlich reservieren und behalten wir Uns bevohr, diesen unseren Schutz nach gefallen aufzuheben, wen wir ein halbjahr Vorhero denselben aufgekündiget, jedoch wan sich der Jude nicht*

---

[63]) Des L 3 Jc 17a vom 11. März 1791.
[1]) Des L 2 J 26e (undatiert).
[2]) Des L 102 A Nr. 321 vom 9. Jan. 1652.
[3]) Des L 102 A Nr. 321 vom 26. Nov. 1673.
[4]) Des L 102 A Bruchsachen Vol. I bis 1684.

gleidtmeßig verhielte, das wir dan an solche halbjährige Aufkündigung eben nicht verbunden sein wollen[5]. Es folgert daraus: wenn Graf Philipp nicht triftige Gründe zur Vertreibung hatte, wird er *nach gefallen*[5] die Schutzaufkündigung vorgenommen haben.

Bei Graf Friedrich Christian dagegen bestehen keine Zweifel über die Gründe: er war ein „ungemein eigenwilliger, despotischer, rauher, ja, wilder Herr“[6], der seine wechselnden Launen an den Juden ebenso wie an seinen Beamten ausließ, so daß niemand vor ihm sicher war[7]. Aus seiner Regierungszeit, in der er verschiedentlich einflußreiche Juden ins Land holte[8], datieren gleich mehrere Vertreibungen. Wann, aus welchen Gründen und mit welchem Erfolg sie durchgeführt wurden, soll nun geklärt werden.

1691 brachte der gräfliche Fiscal folgende *gravamina* gegen die Juden vor:

1) die Juden beherbergten viele fremde Glaubensgenossen,
2) sie arbeiteten sonntags,
3) die Kinder seien zu alt, um noch unter dem elterlichen Schutze zu stehen,
4) die Schutzjuden versäumten, für ihre Mägde und Knechte das im Schutzbrief festgelegte Schutzgeld zu zahlen[9].

Friedrich Christian griff jedoch nicht gleich ein, sondern wartete bis zur fälligen Prolongation der Schutzbriefe. Erst als keiner darum nachsuchte, gingen 1699 alle Juden ihres Schutzes verlustig[10]. Der Landesherr ging hier nicht willkürlich, sondern durchaus begründet vor. Dennoch fand die verordnete Austreibung nicht statt, weil die schaumburg-lippischen Juden in dem hannoverschen Kammeragenten Leffmann Behrens einen mächtigen Fürsprecher hatten[11]. Als dann 1705 die Klagen gegen die Juden vor allem von seiten der Kauf-

---

[5]) A 20 Nr. 3, Schutzbriefkonzept vom 30. März 1665.
[6]) Vehse, kl. dtsch. Höfe; S. 130.
[7]) nach Auskunft des Archivrats Dr. Fr. W. Schaer. Vgl. Schaer, Graf Friedrich Christian S. 149 ff.
[8]) s. S. 33.
[9]) Des L 2 J 26a vom 3. Sept. 1691.
[10]) Des L 2 J 26a vom 29. Juni 1699.
[11]) Des L 2 J 26b vom 31. Juli 1701.

leute[12] — nicht aufhörten, erneuerte Friedrich Christian die Ausweisung, die diesmal binnen eines halben Jahres vonstatten gehen sollte[12]. Jetzt nutzten verschiedene Fürsprachen, auch die Leffmann Behrens', nichts[13], sondern in einer Ordre wurde 1706 die Ausweisung bestätigt[14]. Leffmann Behrens änderte daraufhin seine Fürsprache, indem er nicht mehr für die gesamte Judenschaft bat, sondern nur für einige Günstlinge. Er tat das unter Hinweis auf 20000 Rtl, die er dem Grafen geliehen, aber erst zu einem Viertel zurückerhalten hatte[15]. Das half! Nun durften nach einer Resolution des Grafen aus Prag 8 Schutzjuden — *Isaac Heyne und Consorten* — bleiben[16]. Sie erhielten gegen entsprechendes Schutzgeld auf 5 Jahre weiterhin das Geleit. Alle anderen mußten jedoch das Land verlassen und gingen größtenteils (4—5) ins Hannöversche, wo Leffmann Behrens die Aufnahme gegen die dortigen Kramer durchsetzen konnte[17].

Als der fünfjährige Schutz der verbliebenen Juden 1711 abgelaufen war, wurde auch er zunächst aufgehoben[18], aber dann schließlich doch für wiederum 5 Jahre erneuert. Bittschriften um Neuerteilung des Schutzes wurden alle negativ beschieden[19]. Selbst das bestehende Geleit wurde 1717 nicht verlängert. Denn Friedrich Christian kündigte abermals den Schutz auf[20] und blieb diesmal bei seinem Befehl. Lediglich zur Fleischversorgung für den Hof durfte allein Simon Leser bleiben[21]. Auch die Intervention des Bischofs von Münster konnte nur einen Aufschub der Vertreibung bis Ostern 1718 erreichen[22]. Obwohl die Regierung keiner Bittschrift um Aufhebung der Vertreibung Gehör schenkte, scheint dennoch diese Maßnahme keinen Erfolg gehabt zu haben. Jahr für Jahr mußte ein neues diesbezügliches Dekret erlassen werden. Der Fiscal konnte aber immer nur melden, noch immer seien die Juden verbotenerweise im Lande,

---

[12]) Des L 2 J 49b vom 26. Nov. 1705; Des L 102 A Nr. 230.
[13]) Des L 2 J 49b vom 10. Mai 1706.
[14]) Des L 2 J 49b vom 23. Mai 1706.
[15]) Des L 2 J 49b vom 2. Juni 1706.
[16]) Des L 2 J 49b vom 8. Sept. 1706.
[17]) Cal. Br. Arch. Des 23 IX Nr. 56 vom 28. Juni 1706.
[18]) Des L 2 J 49b vom 28. Juli 1711.
[19]) Des L 2 J 26a.
[20]) Des L 2 J 26a vom 22. Juni 1717.
[21]) Des L 2 J 26a vom 12. Sept. 1718.
[22]) Des L 2 J 26a vom 11. Dez. 1717.

selbst noch 1722[23]. Man unternahm dann bis zum Tode des Grafen Friedrich Christian nichts mehr, die Austreibung rigoros durchzuführen, so daß stets Juden in Schaumburg-Lippe blieben, wenn auch ohne Schutzbrief.

Albrecht Wolfgang verlieh zwar wieder Geleitbriefe, aber *consequente halbe*[24] nur an 6 Familien, obwohl von jüdischer Seite um Zulassung von 20 Judenfamilien wie vorher gebeten wurde[25]. Als Grund für die zuvor befohlene Emigration wurden stets *neidische Mißgönner*, nämlich die christlichen Kaufleute, genannt[26].

Handelte es sich bei diesen Vertreibungen um die gesamte Judenschaft, so kam es wiederholt vor, daß einzelnen Juden der Schutz aufgekündigt wurde. Deren ungeleitmäßiges Verhalten bestand dann in einer Häufung von Delikten wie Gotteslästerung, Wucher, Unzucht und Diebstahl. Das zeigt das Beispiel des Emanuel Seligmann, der sich den Schutz trotz dieser vorher begangenen Verfehlungen erschlichen hatte. Als die Regierung davon erfuhr, folgte die sofortige Landesverweisung[27].

Einer der frühesten Gründe für den Schutzverlust war das Zuwiderhandeln gegen die Schutzbriefparagraphen. Insbesondere, wenn ein Schutzjude das Schutzgeld nicht bezahlt und wegen dieses Versäumnisses keine Petition mit der Darlegung der Gründe eingereicht hatte, verlor er seinen Schutzbrief[28]. Als ebenso schwere Verstöße galten die verbotene Beherbergung fremder Juden[29], das Wohnen an einem anderen als im Schutzbrief festgesetzten Orte[30] und sehr langer unerlaubter Aufenthalt außer Landes. In diesem Falle warf man den Schützlingen Amtsflucht und Desinteresse vor. Häufig kamen dann Schutzgeldrestierungen hinzu. Kam ein solch *Amtsflüchtiger* nichtsahnend nach Schaumburg-Lippe zurück, wurden ihm Schutzbrief und schuldiges Schutzgeld abgenommen und der fernere Aufenthalt untersagt[31]. Selbst dem Jacob Joseph, der eine Aufenthaltsbescheini-

[23]) Des L 2 J 26a von 1718—1722.
[24]) Des L 2 J 26a vom 22. März 1729.
[25]) s. S. 25, 104.
[26]) Des L 2 J 26b vom 28. März 1729.
[27]) Des L 2 J 26a vom 18. Aug. 1694.
[28]) Des L 2 J 26a von 1671 und 1699; Des L 2 J 26d von 1768; Des L 3 Jc 14 Vol. Ib von 1780; Des L 101a S 35 von 1792; Des L 3 Jc 26 von 1835.
[29]) s. S. 90—94; Des L 3 Jc 6a von 1791, Des L 3 Jc 19 von 1800.
[30]) Des L 3 Jc 20 von 1780; Des L 101b J 44 von 1792.
[31]) Des L 101a S 35 von 1792; Des L 3 Sf 41 von 1813.

gung vom Heer präsentieren konnte, erging es nicht besser, da er das Land ohne vorherige Anzeige[32] verlassen hatte. Wer grundlos seinen Geleitbrief nicht erneuern ließ, konnte ebenfalls mit dessen Entzug bestraft werden[33]. In der Regel kam das aber nicht vor, besonders nicht mehr seit Juliane, als die Prolongation in Verbindung mit der Repartierung des Schutzgeldes vorgenommen wurde. Sie legte vielmehr Wert auf die Einhaltung der von ihr gestellten Bedingungen und sprach erst nach vielen Ermahnungen und Hinweisen bei notorischer Böswilligkeit die Verweisung aus, gewährte aber oft dann noch temporäre Strafaussetzungen[34]. Schwere Diebstähle in Verbindung mit arglistigem Betrug dagegen ahndete sie mit Landesverweisung wie bei Heine Salomo aus Frille[35], der fortan des landesherrlichen Schutzes ebensowenig würdig blieb wie Coppel Moses aus Hagenburg wegen Hehlerei, Betruges und Meineides[36]. Aus der Grafschaft vertrieben wurden ebenfalls diejenigen Vorsänger und Schulmeister, die ohne landesherrlichen Consens heimlich Trauungen vornahmen[37], u. a. Marcus Joseph[38], bei dem noch erschwerend hinzukam, daß er dem Sohn eines Schneiders, der das Soldatenlos gezogen hatte, für 800, dann 250 Rtl einen Stellvertreter für den Militärdienst aufschwatzen wollte[39]. Ein weiterer Fall von Schutzverlust und Aufenthaltsverbot im Lande datiert aus dem Jahre 1815, als die Witwe David Baruch Wechsel nicht bezahlte, sondern landflüchtig wurde[40].

Demjenigen, der nicht der Landesverweisung nachkam oder trotz Schutzentzuges wie vorher im Lande lebte, drohte Gefängnisstrafe[41].

Ein Problem ergab sich allerdings bei Vertreibungen, seitdem die Bestimmungen des *locus originis* in Kraft getreten waren. Es konnten nämlich nur noch solche Schutzjuden mit Landesverweisung bestraft werden, die außerhalb Schaumburg-Lippes geboren waren. Für die einheimischen trat Kerkerhaft auf der Insel Wilhelmstein im Stein-

[32]) Des L 3 Jc 16 vom 25. Okt. 1801.
[33]) Des L 3 Jc 15a vom 8. Jan. 1794.
[34]) Des L 2 J 60 vom 19. Okt. 1792; A 20 Nr. 8 vom 24. Sept. 1793.
[35]) Des L 3 Jc 16 vom 2. Mai 1796. Die Landesverweisung bei Schutzjuden beinhaltete gleichzeitig den Verlust des Schutzbriefes.
[36]) Des L 3 Jc 16 vom 5. Juni 1804.
[37]) Des L 3 Jc 6a; A 20 Nr. 3.
[38]) Des L 101b J 58 von 1808.
[39]) Des L 3 Jc 22 vom 27. März 1809.
[40]) Des L 3 Jc 19 vom 27. Juni 1815.
[41]) Des L 3 Jc 14 Vol. Ib.

huder Meer an die Stelle[42]. Voreilige Bestrafungen in dieser Richtung mußten zurückgenommen oder geändert werden[43]. Um das zu vermeiden, wurden schließlich vor jeder Landesverweisung genealogische Untersuchungen geführt[43].

Es gab aber nicht nur den Schutzentzug in Verbindung mit Kerker für Einheimische, sondern auch mit Geldstrafen, die arme Juden durch Zwangsarbeit[44] ableisten mußten, wie z. B. beim Chausseebau[45].

Galt als die schlimmste und gefürchtetste Strafe der Verlust des Schutzes, so folgte in der Abstufung an zweiter Stelle Karzer bei Wasser und Brot. Eine solche Verurteilung wirkte sich nicht unmittelbar auf den Schutz aus, sondern nur indirekt beim Gesuch um renovatio. Entweder wurde der Geleitbrief gar nicht verlängert oder aber strenge Bestimmungen wurden hinzugenommen[46]. Besonders nachteilig machte sich eine Arretierung bei Söhnen von Schutzjuden bemerkbar, die später einmal in das Geleit des Vaters treten wollten. Ihnen wurde die Schutztranslation gänzlich untersagt[47].

Welches waren nun die Vergehen, die eine Kerkerhaft nach sich zogen? Da sind zunächst alle Arten von Diebstählen und Betrügereien, die je nach Schwere verschieden lange Inhaftierungen mit sich brachten[48]. Weiterhin zählten dazu Unwahrheiten in Bittschriften[49], gefälschte Atteste[50] sowie verbotenes Dienen bei einem Schutzjuden trotz vieler Ermahnungen[51]. Die Alimentationskosten für die Häftlinge — pro Tag 2 Mgr — mußte der Kläger bezahlen, der sie dann hinterher von dem Entlassenen oder dessen Verwandten wieder einfordern konnte[48].

Die häufigsten Strafen, die am wenigsten Einfluß auf den Schutz hatten, solange sie sich nicht häuften, waren Geldstrafen, die in jeder Höhe ausgesprochen wurden. Die niedrigste betrug 24 Gr. und wurde

---

[42]) Des L 3 Jc 18.
[43]) Des L 3 Jc 25a vom 20. Aug. 1822.
[44]) Sch.-L. Ld.-Anz., Jg. 1804 Nr. 12, S. 47.
[45]) Des L 3 Jc 16.
[46]) Des L 2 J 26a.
[47]) Des L 3 Jc 25a und 26.
[48]) Des L 102 A Nr. 321 von 1761; Des L 3 Cb Nr. 1n von 1781.
[49]) Des L 3 Jc 14 Vol. I von 1798; Des L 3 Jc 19 von 1800; Des L 3 Jc 27a von 1829.
[50]) Des L 2 J 26e von 1776; Des L 2 J 59 Vol. II von 1792; Des L 3 Jc 15a von 1821.
[51]) Des L 3 Jc 6a von 1845.

bei Sonntagsarbeit oder Abtransport von Holz ohne Anmeldung verhängt[52]. 1—2 Rtl mußte zahlen, wer immer wieder Petitionen gleichen Inhalts stellte, obwohl sein Anliegen längst abgeschlagen und ihm ein Verbot ferneren Supplizierens auferlegt war[53]. Hohe Geldstrafen gab es für Falschspielen mit Karten wie bei Moses Joseph, der zusammen mit seinem Bruder gegen Christen um Geld spielte. Die Mitspieler verloren stets, weil die Brüder sich hebräische Worte mit der Bezeichnung der Karten nebenbei und unbemerkt zuriefen[54]. Am härtesten bestraft — nämlich zwischen 10 und 20 Rtl — wurden Unpflichtsbrüche[55], die sich auf den Schutz auswirkten, falls sie wiederholt vorkamen; denn einem Schutzjuden konnte der Schutzbrief abgenommen werden[56], während der Sohn eines Vergleiteten des künftigen Schutzes unwürdig wurde[57].

Kleinere Strafen, die verhängt wurden, wenn jemand vergaß, Geburt, Tod, oder Heirat anzumelden[58], wirkten sich nicht auf den Schutz aus, da man darin kein kriminelles Vergehen sah.

Beim Verstoß gegen Handlungsprivilegien kam es wiederholt vor, daß statt eines langen Prozesses einfach die gesamte Ware konfisziert und versteigert wurde[59]. Vom Erlös einbehalten wurde die Polizeistrafe wegen verbotenen Handels[60]. Die Folge davon war eine Änderung und genaue Festlegung der Schutzbriefparagraphen, die den Handel regelten.

Die Anzeigen über ungeleitmäßiges Verhalten liefen meist vom gräflichen Fiscal bei der Justizkanzlei zur Aburteilung ein[61]. Besonders ernst wurden Anzeigen von jüdischer Seite genommen: *Allen diesen vorbemerkten Tatsachen messen wir umso mehr Glauben bei, da sie aus dem Munde eines Israeliten zu unseren Ohren gekommen sind, und bekanntlich ein Jude den anderen nicht so leicht verrät*[62]. Als gleich mehrere Schutzjuden aus dem Amte Hagenburg baten, drei

[52]) Des L 120b A Nr. 350 Bruchregister des Amts Hagenburg von 1781.
[53]) Des L 3 Jc 14 Vol. I; Des L 3 Jc 6a.
[54]) Des L 3 Jc 27a vom 14. Okt. 1826.
[55]) Des L 3 Jc 26 und 27b.
[56]) Des L 3 Jc 27b vom 17. Okt. 1834.
[57]) Des L 3 Jc 26 vom 3. Dez. 1845.
[58]) Des L 3 Jc 28a vom 24. Mai 1842.
[59]) Des L 2 J 49b von 1712.
[60]) Des L 3 Jc 27b von 1843/44.
[61]) Des L 2 J 26a.
[62]) Des L 3 Jc 27a vom 14. Okt. 1826.

jüdische Diebe zu entfernen, damit nicht alle anderen mit in den Verdacht gerieten, die *Juden im Amte Hagenburg seien Spitzbuben*[63] — und dagegen verwahrten sie sich entschieden! —, kam die Regierung ihnen mit einer Ausweisung entgegen, obwohl sonst nicht gleich solch harte Konsequenzen bei derartigen Vergehen gezogen wurden. Fürstin Juliane hörte davon und gab persönlich einem der Angezeigten noch eine Chance zum Bleiben, falls er auf ihre conditiones einginge[64]. Die beiden anderen mußten das Land verlassen.

Während unter den ersten schaumburg-lippischen Grafen noch Vertreibungen der gesamten Judenschaft vorkamen, änderte sich das seit Albrecht-Wolfgang insofern, als nur noch einzelnen Schutzjuden auf Grund von Verfehlungen, deren Strafwürdigkeit der Landesherr ermaß, der Schutz aufgekündigt wurde. So blieb es bis zur Emanzipation, als der dehnbare Begriff *ungeleitmäßiges Verhalten* wegfiel.

8. Die Institution des Hofjudentums

Bisher habe ich allgemein das jüdische Leben und die Auswirkungen des persönlichen Schutzes auf alle vergleiteten Juden — mit oder ohne Schutzbrief — geschildert. Eine Zeiterscheinung, die auch an der kleinen Grafschaft Schaumburg-Lippe nicht spurlos vorüberging, hob nun einige der Schutzjuden in eine besonders angesehene und einflußreiche Stellung: zu Hoffaktoren.

Die Bindungen zwischen Hof, Staat und Faktor beruhten stets auf ganz persönlichen Beziehungen, die der Hoffaktor zum Herrscher anknüpfte. Von ihnen hing die gesamte Tätigkeit des Hofjuden ab[1], dessen eigentliches Wesen der Schriftsteller Alexander Sacher-Masoch mit folgenden Sätzen zu bestimmen versuchte: „Ein Faktor ist ein Jude, der in einem galizischen Edelhof ist, der alle Eigenschaften vom Diplomaten bis zum Flickschuster hinab besitzen muß. Er ist es, der das im Walde oder im Getreidemeer verlorene Gut mit der Welt verbindet, so daß er zugleich als Karawane, Postillon und Telefon

[63]) Des L 2 J 59 Vol. II vom 25. Mai 1792.
[64]) Des L 2 J 59 Vol. II vom 26. Juni 1792.
[1]) Schnee, Bd. 3, S. 172.

dient. Es gibt nichts, was er nicht herbeizuschaffen verstünde. Er füllt Speisekammer und Keller und auch die Kasse, wenn sie leer ist. Dafür verkauft er auch alles, was zu verkaufen ist, ja nicht selten sogar die Ernte, ehe sie noch eingebracht, und das Kalb, ehe es noch geboren ist. Es ist schwer zu sagen, was er ist; denn es gibt nichts, was er nicht wäre[2]."

Die ersten Hofjuden gab es schon im Reich der Merowinger in Form von Münzmeistern[3]. Jedoch handelte es sich dabei stets um Ausnahmeerscheinungen; denn erst „der fürstliche Absolutismus ... hat dann das Hofjudentum aus den verschiedensten Motiven begünstigt, ... Im Dreißigjährigen Kriege war das in den Händen der Christen befindliche Kapital gewaltig zusammengeschmolzen, — die Juden waren dagegen als Heereslieferanten und Juwelenhändler reich geworden. ... So waren die Juden nach dem Kriege ein mächtiger Wirtschaftsfaktor, waren Kapitalisten, und die Wirtschaftspolitik des absoluten Staates hat ihn unterstützt oder angetrieben, weil die Fürsten und ihre Beamten von den reichen Juden den wirtschaftlichen Fortschritt erhofften"[4]. Die kleinen Höfe wie die großen benötigten immer mehr Geld für ihre Ansprüche ... und mehr Hoffaktoren, die das Fehlende besorgen mußten, natürlich nicht umsonst, sondern für Vertrauensstellungen mit Rang und Gehalt[5]. „... so können wir uns diese Regierenden, können wir uns den modernen Fürsten nicht gut ohne den Juden denken. (Etwa wie Faust nicht ohne Mephistopheles). Arm in Arm schreiten die beiden in den Jahrhunderten, die wir die Neuzeit nennen, einher. Ich möchte geradezu in dieser Vereinigung von Fürst und Jud' eine Symbolisierung des aufstrebenden Kapitalismus und damit des modernen Staates erblicken. Rein äußerlich sehen wir in den meisten Ländern die Beschützer der gehetzten Juden gegen Städte und Zünfte — also gegen die vorkapitalistischen Mächte auftreten. Und innerlich laufen ihre Interessen, laufen ihre Gesinnungen zu einem guten Teile nebeneinander. Der Jude verkörpert den modernen Kapitalismus, und der Fürst verbindet sich mit dieser Macht, um seine Stellung zu erobern oder zu erhalten."[6]

---

[2]) Schnee, Bd. 3, Zitat S. 171.
[3]) Schnee, S. 176.
[4]) Schnee, S. 179.
[5]) Schnee, S. 180.
[6]) Sombart, S. 50.

Wie stand es nun mit dem „sagenhaften" Reichtum der Grafschaft Schaumburg-Lippe, die angeblich als einziges deutsches Land ohne Hoffaktoren auskam? Sogar eine landläufig bekannte Anekdote will davon wissen[7]. Wie jedoch Heinrich Schnee schon 1955 nachwies — und ich nunmehr bestätigen und ergänzen kann, da mir erstmals bei diesem Thema die Kammerakten zur Verfügung standen —, machten auch die schaumburg-lippischen Grafen „keine Ausnahme von der Regel, entweder in ihrer Residenz Hoffaktoren in ihren Dienst gestellt oder sich auswärtiger Hofjuden bedient zu haben"[8].

Im wesentlichen bestand das schaumburg-lippische Hoffaktorentum aus der Familie Heine, der später Heinrich Heine entsproß. Sie beherrschte von 1682 bis 1856 das Bild, und stets war ein Angehöriger der Familie unter den amtlich bestallten Hoffaktoren in Bückeburg zu finden. Den Namen Heine finden wir sogar auf den damaligen Bückeburger 25-Thalerlosen[9], ein Beweis für den Einfluß dieser Hoffaktorenfamilie.

Vor der Zeit dieser Familie hat es nur wenige für den Hof tätige Juden gegeben, die sich belegen lassen: Meier Wallich (1618) war als Münzfaktor für die Schaumburger Münze tätig[10] und widmete sich nebenher Geldgeschäften, wie ein Schuldbrief des Bürgermeisters Albrecht Sobbe beweist[10a]. Für Schaumburg-Lippe selbst sind nur zwei Namen bekannt: Jud Enax Fillis (?), der 1669 bestätigte, von Sophie, geb. Landgräfin zu Hessen-Kassel für Hamburger Wechsel 200 Taler empfangen zu haben[11], und Leser Senger, der ab 1671 als Geldleiher für kleine Mengen auftrat[12], jedoch bald von Isaac Heine überflügelt wurde.

---

[7]) Sie lautet: Als auf dem Fürstentag 1863 in Frankfurt sich alle Landesherren beim Erscheinen des Bankiers Rothschild erhoben und vor ihm dienerten, soll nur Fürst Georg Wilhelm von Sch.-L. in seiner Ecke sitzengeblieben sein und gefragt haben: „Wer ist das denn?" Darüber aufgeklärt, habe er gesagt: „Mir völlig unbekannt; Geld haben wir selber!"

[8]) Schnee, Bd. 3, S. 112.

[9]) Karpeles, Hch. Heine, S. 14.

[10]) Schnee, Bd. 3, S. 112.

[10a]) Des L 102 A Nr. 727 von 1624.

[11]) Des K 90 Ka 23.

[12]) Des L 102 A: Schulden der Stadt Bückeburg, Vol. II, Lit. E vom 12. Sept. 1671, später: Des L 2 J 26a.

a. Die Familie Heine

Der Stammvater der Familie war Isaac Heine, der vom Grafen Friedrich Christian von Rinteln nach Bückeburg geholt wurde und am 25. Februar 1682 den Schutzbrief erhielt[1]. Obwohl die Residenzstadt schon mehrere Judenfamilien beherbergte, wurde er bald als einer der Vornehmsten zusammen mit Leser Senger, ab 1691 mit Simon Senger Vorsteher der Gemeinde. Er wurde hinzugezogen, wenn jemand Schutzgeld restierte[2]; seine Fürsprachen für Schutzbewerber hatten häufig Erfolg[3]; ihm wurde ein Hauskauf gestattet[4].

1690 finden wir ihn zum ersten Male am Hofe tätig: er war an einem Geschäft seines Vetters Leffmann Behrens mit 250 Rtl beteiligt[5]. Und es ist anzunehmen, daß der vermögende Kammeragent in Hannover durch Fürbitten Isaac Heine allmählich vom bloßen Vermittler ganz und gar in die Stellung eines selbständigen Hoflieferanten und Hofbankiers zu bringen vermochte, der nicht allein dem Hof diente, sondern auch Geldgeschäfte mit der Stadt Bückeburg abschloß[6] und reiche Gutsherren mit Kleidern für alle Gelegenheiten ausstattete[7]. Am 7. Oktober 1696 wurden ihm vom Landesherrn Schutz und bisherige Handlung *continuieret*[8], und auch wiederholte Klagen der Kaufleute gegen ihn[9] änderten nichts daran. Erst 1705 sah es böse aus; denn Friedrich Christian kündigte den Juden den Schutz auf — auch seinem Hoffaktor Isaac Heine, der aus eigener Kraft nichts erreichte, sondern wieder seinen einflußreichen Vetter bemühen mußte[10]. Das hatte schließlich den Erfolg, daß er bleiben durfte[11]. Aber die Klagen aus Konkurrenzneid wiederholten sich[12], so daß bei der nächsten Ausweisung 1717[13] auch Isaac Heine betroffen wurde.

[1]) Des L 2 J 26a vom 25. Febr. 1682 (Hch. Schnee nennt als Datum den 25. Sept.).
[2]) Des K 1 J 27 Vol. I vom 25. Juli 1687.
[3]) Des L 2 J 26a von 1689 und 1710.
[4]) Des L 102 A Nr. 321; Des L 102 A Nr. 753 vom 16. Juni 1688.
[5]) Des K 1 P 42 vom 10. Nov. 1690.
[6]) Des L 102 A Nr. 733, 739.
[7]) Depos. 3 GR 31/44 vom Juli 1696.
[8]) Des L 2 J 26a vom 7. Okt. 1696.
[9]) Des L 2 J 26a von 1691.
[10]) s. S. 93/94.
[11]) Des L 2 J 49b vom 8. Sept. 1706.
[12]) Des L 2 J 26a und 49b; Des L 102 A Nr. 230, 413a.
[13]) s. S. 94.

Er scheint damals ins Fürstentum Lippe-Detmold gezogen zu sein. 1722 hören wir nämlich von seiner dortigen Bestallung zum Hoffaktor zusammen mit seinem Sohn Salomon: ... *nachdem der Jude Isaac Heine und sein Sohn Salomon Heine sich unterthänigst offeriret, auf Verlangen und nöthigenfalß Unser Gräfl. Rent Cammer mit einigen Wechßeln und Geldern, auch sonst in Geldt Negotijs an Hand zu gehen und jeder Zeit dazu bereit und willig zu seyn* ...[14] versprochen hatten, wurden ihnen *pro salario* jährlich 350 Rtl bewilligt, außerdem bei Geldgeschäften noch $^1/_2$% Interesse monatlich[14]. Lange gehalten hat sich der Bückeburger Hoffaktor nicht in Detmold, „denn Joseph Isaaks Stern war im Aufsteigen begriffen, schon im nächsten Jahre saß dieser als bestallter Hoffaktor fest im Sattel, und solange er lebte, kam kein anderer Jude am Detmolder Hofe zu Einfluß und Bedeutung“[15]. So tauchte denn auch Isaac Heine 1725 wieder in Bückeburg auf[16]. Dort blieb er und leistete später dem Grafen Albrecht Wolfgang finanzielle Dienste[17]. Während eines Wechselprozesses, den er vor dem Reichskammergericht in Wetzlar in der Berufung führte[18], starb er 1742 im Alter von 86 Jahren.

Zu den Schwiegersöhnen Isaacs gehörte Joseph Hertz, ein naher Verwandter von Leffmann Behrens, der ebenfalls den Schutz in Schaumburg-Lippe erhielt[19] und sich besonderer Privilegien erfreuen konnte, für die der hiesige Hoffaktor sich eingesetzt hatte.

Ein weiterer Schwiegersohn wurde Moses Leser, der 1716 den Schutzbrief erhielt[20], aber 1727 *aus bewegenden Ursachen*[21] in Ungnade fiel und des Landes verwiesen wurde, so daß er nicht einmal mehr die *ordinären Jahrmärkte* besuchen durfte. Sein Haus mußte verkauft werden[21]. Nach dem Regentenwechsel kam er 1729 zurück und erhielt sogar den Titel eines Hoffaktors[22]. Von nun an trat er häufig zusammen mit seinem inzwischen 74jährigen Schwiegervater

---

[14]) Hoheits- und Polizeisachen XXXVII, Juden in der Grafschaft Lippe XIX, II Nr. 9 vom 5. Januar 1722.

[15]) Schnee, Bd. 3, S. 97.

[16]) Des L 2 J 23 vom 12. Dez. 1725.

[17]) Des L 24 J 6 A vom 29. Nov. 1731.

[18]) Des L 24 J 6 B und C 1733—1742.

[19]) Des L 2 J 26a (undatiert).

[20]) Des L 2 J 26a vom 3. März 1716.

[21]) Des L 102 A Nr. 321 vom 3. Febr. 1727. (Welche Gründe im einzelnen zur Landesverweisung führten, ist nicht vermerkt).

[22]) Des L 2 J 26b vom 7. Mai 1729; Des L 102 A Nr. 321, 455.

auf, den er aber langsam verdrängte. Er war besonders privilegiert und zahlte nur 10 Rtl Schutzgeld bis zum Tode Isaac Heines, danach sollte sich die Summe auf 25 Rtl erhöhen[23]. Hatte er auch großen Einfluß auf Grund seiner Stellung am Hofe, die Zulassung von 20 statt 6 vergleiteten Judenfamilien vermochte er nicht durchzusetzen[24]. Ebenfalls durfte er nur in Compagnie mit seinem Schwager, Isaac Heines ältestem Sohn, namens Levi, handeln, da dieser sonst keinen Schutzbrief bekommen hätte[25]. Im übrigen war er keinen Beschränkungen unterworfen. Er erreichte vielmehr 1735 eine bedeutende Erweiterung seines Handels; denn er bat *mit der qualité eines Hoffaktors . . . . . , wodurch ich eo ipso vor denen übrigen Juden ein Vorrecht erlanget*[26], auch mit Waren der christlichen Kaufleute handeln zu dürfen, zumal diese doch nicht alle führten. 1748 meldete er sich für einige Zeit nach Celle[27] ab, kehrte aber wenige Jahre später wieder in die Residenzstadt zurück und betätigte sich eifrig als Fürsprecher seiner Verwandten[28]. Die üblichen Geschäftspraktiken wandte er dabei an: Geschenke und Bestechungen, je nach Schwächen des Regenten . . . und bei Wilhelm war eben durch eine Spende in die Rekrutenkasse manches zu erreichen![28] Wann Moses Leser gestorben ist, steht nicht fest; das letzte Mal wird er 1763 bezeugt[29].

Die zweite Generation in unmittelbarer Nachfolge des Vaters verkörperte Levi Heine, der zunächst im Schatten seines Schwagers stand, bis er selbst 1733 den Schutz erhielt[25]. Sein Handel muß bedeutend gewesen sein. Schon 1737 kaufte er ganze Warenbestände von christlichen Kaufleuten, die in Konkurs gegangen waren, auf[30]. Vor allem aber wurde Levi Heine bestallter Hoflieferant für Fleisch. Er übernahm das Amt von der Witwe Wedemeier, die wegen finanzieller Schwierigkeiten ihren Lieferungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. Am gleichen Tage, an dem Levi seine Bittschrift mit der Versicherung, billig zu liefern, einreichte, erhielt er noch die

---

[23]) Des L 2 J 26b vom 9. Aug. 1730.
[24]) s. S. 25, 41, 95; Des L 2 J 26b vom 2. Juni 1730; Des L 102 A Nr. 321.
[25]) Des L 2 J 26b vom 15. Mai 1733.
[26]) Des L 2 Z 32 vom 21. Nov. 1735.
[27]) Des L 2 J 26c vom 7. Sept. 1748.
[28]) Des L 2 J 26c vom 29. Jan. 1753.
[29]) Des L 2 J 23 vom 18. Nov. 1763.
[30]) Des L 2 Z 32 vom 19. Okt. 1737.

Zusage, falls er gutes Fleisch verkaufe[31]. Wie die Rechnungen ergeben, hatte Isaacs Sohn schon vorher den Hof mit Waren verschiedenster Art versorgt: diverse Stoffe, Silber, Knöpfe, Band, Kleidung, die Ausstattung für den Ballmeister waren für den Zeitraum 1745 bis 1761 in Höhe von 572 Rtl 29 Gr zu bezahlen[32]. Die Kammer prüfte jedesmal die Rechnungen und vereinbarte abschlägliche Zahlungen. Der Gläubiger bekam seine restliche Forderung mit 5 % jährlich verzinst. Die Kammerobligationen wurden *quittiert und cediert retradiert*[33].

1763 durfte Levi Heine ein Haus von Nikolaus Rufen für 803 Rtl kaufen[34]. Er erstand damit das Stammhaus der Familie Heine, das bis 1853 in unmittelbarem Familienbesitz blieb[35]. Dieser vom Bückeburger Magistrat sehr erschwerte Hauskauf[34] setzte eine besondere Vertrauensstellung voraus, die dadurch bestätigt wurde, daß Levi Heine am 9. Januar 1761 dem Grafen persönlich zum Geburtstage gratulierte, ohne allerdings diese Gelegenheit auszulassen, gleichzeitig für seine Tochter Schlotgen, die Aron Hertz heiraten wollte, den Schutz zu erbitten[36]. Die Gunst des Grafen kam dem Hoffaktor ebenfalls zugute, als 1769 der heranwachsende Sohn der Witwe Wedemeier den Regenten bat, wieder die Fleischlieferung an den Hof übernehmen zu dürfen wie vordem seine Vorfahren[37]. Die Petition wurde zwar nicht direkt abgeschlagen, aber so formuliert, daß es an Levi Heine lag, freiwillig die Lieferungen einzustellen, oder aber im Hofgeschäft zu bleiben. Da er es vorzog, weiterhin Fleisch zu liefern, bedeutete das eine Absage für Fr. Justus Wedemeier[38]. Der Einfluß machte sich auch 1771 bei der Abstimmung, ob wieder ein *Tobacksmonopolium* einzuführen sei oder nicht, bemerkbar. Der Hofjude durfte genau wie die Bürger mitabstimmen[39]. 1775 erreichte er, daß der Schutz seinem Sohn Daniel nach der Hochzeit mit der Tochter des

[31]) Des L 2 J 26c vom 17. Sept. 1753.
[32]) Des K 1 P 127 von 1769.
[33]) Des K 2 P 1 Nr. 84 von 1779.
[34]) s. S. 79/80; Des L 102 A Nr. 753 vom 6. Febr. 1763.
[35]) LZ, Beilage vom 15. Febr. 1964 (Noch heute existiert dieses Haus in der Langen Straße in Bückeburg; es ist das Schüler- und Studentenlokal „Zur Falle", das 1853 diesen Namen bei seiner Einrichtung als Gasthaus bekam (s. Abb. S. 107).
[36]) Des L 2 J 26e vom 9. Jan. 1761.
[37]) Des L 2 J 26d vom März 1769.
[38]) Des L 2 J 26d vom 7. März 1769.
[39]) Des L 2 M 31 vom 9. November 1771.

Hofagenten Heinemann Spanier gegen 24 Rtl Schutzgeld konzediert wurde[40]. Für erwiesene Gnaden dankte Levi Heine 1775 und 1777 verschiedentlich mit je 12 Dukaten[41]. Nach dem Tode des Grafen Wilhelm trat der rührige Hoflieferant nur noch als Vorsteher seiner Synagogengemeinde auf[42]; am Hofe waren nun seine Söhne zu finden — die dritte Generation Heine.

Daniel Heine tat sich mit seinem Schwiegervater, von dem noch die Rede sein wird, zusammen und belieferte mit ihm den Hof. Sein Schutzbrief wurde am 8. September 1778 nach der Eheschließung mit Hanne Spanier ausgestellt[43] und 1787 erneuert[44]. Nach dem Tode seines Schwiegervaters[45] erhielt Daniels Frau als Erbteil 1554 Rtl, die die Kammer dem Verstorbenen für Warenlieferungen schuldete. Die Zinsen wurden jedoch von 5 auf 4 % herabgesetzt[45]. Daniel Heine ließ sich das Geld allmählich abschläglich auszahlen.

Zusammen mit seinem Bruder Joseph versah er das Amt des Gemeindevorstehers. Da er in enger Verbindung zum Hofe stand, oblag es ihm, der Gemeinde Entschließungen oder Befehle der Regierung bekanntzugeben[46]. Er korrespondierte mit dem Landesherrn bei Neueinstellungen von Vorsängern, Schulmeistern und Rabbinern[47]. Für die Belange der Gemeinde setzte er sich stets ein[48].

Seinen Schutz übertrug er 1810 Levi (II) Heine, einem Sohn seines Bruders Joseph, der Daniels Tochter Edel heiratete, eine Cousine[49]. Söhne hatte Daniel nicht. Er wohnte bis zu seinem Tode 1818[50] nicht im Stammhaus der Familie, sondern hatte ein eigenes Freihaus[51]; denn das Haus des Vaters bezog Joseph Heine 1801[52]. Er war der jüngere der beiden Brüder und hatte große Mühe, den Schutz zu erhalten, da nach der betriebenen Judenpolitik immer nur

[40]) Des L 2 J 26e vom 8. März 1775.
[41]) Des L 2 J 26e von 1775 und 1777.
[42]) Des L 2 J 26e.
[43]) Des L 3 Jc 11 Vol. III vom 8. Sept. 1778.
[44]) Des L 3 Jc 11 Vol. IV vom 28. Sept. 1787.
[45]) Des K 2 P 1 Nr. 48 von 1789.
[46]) Des L 3 Jc 6a vom 6. April 1808; Des L 3 Jc 22 von 1807.
[47]) Des L 3 Jc 23.
[48]) Des L 3 Jc 18 vom Sept. 1811; Des L 3 Jc 21 von 1812; Des L 3 Jc 1b von 1815 und 1817.
[49]) Des L 3 Jc 11 Vol. I vom 8. März 1810.
[50]) Des L 3 Jc 17b, Bericht vom 1. Juli 1823.
[51]) Des L 3 Jc 7 vom 8. März 1817; Des L 102 R.
[52]) LZ, Beilage vom 15. Febr. 1964.



8. Stammhaus der Familie Heine an der Langen Straße in Bückeburg Links der Haustür und im Erker befanden sich ursprünglich je 2 Fenster

(Aufn. W. Siegfried, Staatsarchiv Bückeburg)

der älteste Sohn den Schutzbrief bekam[53] — und das war Daniel. Alle Bittschriften seit 1783[54] wurden entweder abgelehnt oder mit Bedingungen wie Coloniebebauung verbunden, zu denen sich Joseph allerdings nicht entschließen konnte[55]. Er versuchte es deshalb mit der Errichtung einer Strumpffabrik, sollte jedoch erst dann den Schutz bekommen, wenn die Fabrik in Betrieb war[56]. Weitere Petitionen wurden bei Strafe untersagt. Endlich — nach 4 Jahren vergeblichen Wartens — beschloß das *collegium conferentiale*[50], dem Supplikanten für 45 Rtl jährlich den Schutzbrief auszustellen, der am 15. April 1787 expediert wurde[57]. Noch im gleichen Jahre setzte Juliane Joseph als Schätzer bei den Schutzgeldrepartitionen ein[58] und ließ ihn gleichzeitig als Erheber fungieren[59]. Die Ausübung des Schätzeramtes als Gemeindevorsteher läßt sich durchgehend bis 1820 für Joseph Heine belegen[60]. Innerhalb der Gemeinde scheint er sich — neben seinem Bruder[60a] — besonders der Verwaltung der Armenkasse[61], der Ausstellung von Leumunds- und Vermögensattesten sowie der Abfassung von Bittschriften für Gemeindemitglieder gewidmet zu haben[62].

Für die Regierung war er von großem Nutzen, da er in Bückeburg ein Bankgeschäft gründete. Zusammen mit seinem Sohn Levi (II) trieb er *bedeutenderen Handel als christliche Kaufleute*[63]. Das genaue Datum der Gründung ist nicht feststellbar. Der Aufstieg wird nach und nach vor sich gegangen sein. 1821 nahm die Rentkammer ein Darlehen von 4000 Rtl zu 5/12 % Zinsen für einige Monate auf[64], eine relativ kleine Summe im Verhältnis zu den Beträgen, die sich Georg Wilhelm von auswärtigen Finanziers lieh[65]. Aber die Tatsache,

---

[53]) s. S. 20; Des L 2 J 26f vom 6. März 1787.

[54]) evtl. Todesjahr seines Vaters Levi Heine? Seither hies es nämlich „Ww. Levi Heine" (Des L 3 Jc 11 Vol. I vom 29. Aug. 1783).

[55]) Des L 3 Jc 11 Vol. I vom 3. Febr. 1785.

[56]) Des L 3 Jc 11 Vol. I vom 16. Dez. 1785.

[57]) Des L 2 J 26f vom 15. April 1787.

[58]) Des L 3 Jc 17a vom 25. Juli 1787.

[59]) Des L 3 Jc 17a vom 9. Okt. 1787.

[60]) Des L3 Jc 17a von 1787, 1793/94; Des L 3 Jc 17b von 1800; Des L 3 Mc 141 von 1807, 1816; Des L 3 Jc 18 von 1819/20.

[60a]) Des L 102 A Nr. 429.

[61]) Des L 3 Jc 1b von 1815; Des L 3 Jc 21 von 1815.

[62]) Des L 3 Jc 22 von 1809.

[63]) Des L 3 Jc 24 vom 4. Dezember 1829.

[64]) Des K 2 P 1 Nr. 423 vom 21. Febr. 1821.

[65]) s. S. 119 ff.

daß vom Bückeburger Bankhaus Heine nur geringe und kurzfristige Darlehen aufgenommen wurden, zeigt, daß die Rentkammer hier in Notfällen und unvorhergesehenen Schwierigkeiten Geld flüssig machte. Hauptsächliche Aufgabe und Pflicht wird es für Joseph Heine und seine Söhne Levi (II) und Lazarus gewesen sein, durch ihre Beziehungen große Geldsummen zu vermitteln. Sogar 1848, als die Söhne — die 4. Generation der Familie Heine — schon die Geschäftsführung übernommen hatten[66], reiste Joseph Heine durch Europa, um eine Anleihe auf die zu Schaumburg-Lippe gehörende Herrschaft Nachod im Werte von 4—500000 Rtl zu machen *in eigenem Namen und aus eigener Veranlassung diese abzielende Bedingungen* (6 Jahre unkündbar, 5 % Zinsen, 5 % Provision) *zu proponieren und von dem Erfolge die Kammer in Kenntnis zu setzen*[67].

Aber in einigen Hofkreisen wurden schon zweifelnde Stimmen laut, die zum Wohle der Kammer einen Abbruch der Verhandlungen wünschten, da Joseph Heine, der *überall für bankrott gilt, wenigstens überall einen sehr zweifelhaften Kredit genießt*[68], kein volles Vertrauen mehr verdiene. Georg Wilhelm jedoch vertrat den Standpunkt: *Man muß alles versuchen!*[69] und stellte das Bankhaus Heine weiterhin in seine Dienste.

Heinrich Schnee beschreibt, wie in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Gebrüder Heine bankrott machten: „Lazarus flüchtete . . . zu seinem Bruder Isidor nach London. Man setzte ihm nach, ergriff ihn auch in London und wollte ihn über Hamburg nach Bückeburg transportieren, um ihn zur Rechenschaft zu ziehen, da er viele Bewohner des Landes schwer geschädigt hatte. Als aber das Schiff in Hamburg ankam, war Lazarus Heine nicht mehr darauf; es war ihm gelungen zu flüchten. 1853 starb Lazarus Heine, ehemaliger Hofbankier des Fürsten Georg Wilhelm (1806 bis 1860), in Australien, wo er ein Asyl gefunden hatte. Die Fürstliche Kammer erstand das Haus des

---

[66]) Des K 2 F 2 A Nr. 4 Vol. I von 1848.

[67]) Des K 2 F 2 A Nr. 4 Vol. I vom 14. Sept. 1848.

[68]) Des K 2 F 2 A Nr. 4 Vol. I vom 4. Dez. 1848.

[69]) Des K 2 F 2 A Nr. 4 Vol. I vom 2. Jan. 1849.

[69a]) Ich danke Herrn Dr. Fr. W. Schaer für den Hinweis, daß H. Schnee hier irrt; denn, wie eindeutig aus dem Brandkataster Des L 102 (1841—1870) und dem Kontributionskataster Des L 102 Vol. XI (1874—1886) hervorgeht, handelt es sich bei diesem Haus nicht um das Gasthaus „Zur Falle", sondern das nebenanliegende Hartingsche Haus.

Bankrotteurs in der Langen Straße für 6900 Rtl .... das spätere Gasthaus „Zur Falle“ [69a]. Erst am 1. Dezember 1868 war der Konkurs abgewickelt. Die Fürstliche Kammer hatte ihre letzte Zahlung erhalten. Levi Heine, der ältere der beiden Brüder, lebte dagegen unbehelligt weiter in Bückeburg“ [70].

Georg Wilhelm schnitt in seinem Verhalten bei dem Bankrott nicht sehr gut ab. Es hieß: „Serenissimus soll da sehr vorsichtig seine eigenen Gelder in gute Sicherheit zu bringen verstanden haben, während viele andere Familien dabei die herbsten Einbußen erleiden mußten“ [71].

Mit dem Konkurs fand die Hoftradition der Familie Heine jedoch kein Ende. Der jüngste Bruder der Bankrotteure, Simon Heine, studierte 1826, im Jahre seiner Großjährigkeitserklärung, Medizin in Göttingen [72], legte dann später sein Examen dort ab und kam 1828 als Arzt und Hofrat in Fürstlich Schaumburg-Lippische Dienste [73]. „Er starb auf einer Reise nach Italien und liegt in Florenz begraben“ [74].

Damit endet die Geschichte der Familie Heine am Bückeburger Hofe, die knapp 2 Jahrhunderte währte. Zum Abschluß möchte ich noch in knappen Zügen anfügen, wie Heinrich Heine väterlicherseits von dieser Familie aus Bückeburg abstammt.

Isaac Heine, der erste schaumburg-lippische Hoffaktor der Familie, hatte neben seinem Sohn Levi Heine, der sein Nachfolger in Bückeburg wurde, noch mehrere Söhne. Einer von ihnen, nämlich (Ahron) David Simon Heine — Bückeburg genannt nach seinem Geburtsorte [75] —, ließ sich ständig in Hannover, der Welfenresidenz, nieder, zu der auf Grund der verwandtschaftlichen Beziehungen mit Leffmann Behrens die engsten Kontakte bestanden [76]. Er und sein Sohn Heymann Heine, genannt Chajjim Bückeburg [75], begründeten den Hannoverschen Zweig der Familie. Durch einflußreiche Heiraten in reiche, angesehene Hoffaktoren- und Bankiersfamilien

---

[70]) Schnee, Bd. 3, S. 121.
[71]) Vehse, kl. dtsch. Höfe; S. 154/155, Fußnote 1).
[72]) s. S. 88; Des L 20 C 6 von 1826.
[73]) Sch.-L. Ld.-Anz.; Jg. 1828, Nr. 3, S. 9.
[74]) Schnee, Bd. 3, S. 122.
[75]) Lewinsky, Allgem. Ztg. d. Judentums; Jg. 66, Nr. 23 vom 6. Juni 1902, S. 273/274.
[76]) Schnee, Bd. 3, S. 115.

stiegen die Vorfahren Heinrich Heines bald in den Kreis der privilegierten Hofjuden auf. Die Bankhäuser und Niederlassungen, an denen sie beteiligt waren, reichten von Bückeburg, Hannover, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt, Berlin, Wien, Venedig, Monaco, Bordeaux, Paris, Brüssel bis London und Petersburg[77]. „Zur Verwandtschaft der Familie Heine gehören nach unseren Forschungen die bekanntesten Hoffaktoren jener Zeit: die Behrens, Lehmann, Gans und Israel; .... Isaak Heines Nachkommen hatten jedenfalls einen Aufstieg genommen, wie er in der Geschichte der Hoffaktoren nur selten vorkommt; denn im 20. Jahrhundert heiraten sie sogar in eine der ältesten europäischen Dynastien“[78].

Aber zurück zu Heymann Heine, dem im Bückeburger Stammhaus geborenen Großvater[79] des Dichters: er heiratete in zweiter Ehe Marthe Eva Popert, eine sehr schöne und reiche Frau, Tochter eines Hamburger Bankiers[80]. Während Heinrich Heine von seinem Großvater nur berichten konnte: er *war ein kleiner Jude mit einem großen Bart*[81], erzählte er von seinem Vater Samson Heine, der dieser zweiten Ehe entstammte und die Schönheit der Mutter — seiner Großmutter — geerbt hatte: *Die Schönheit meines Vaters hatte etwas Überweiches, Charakterloses, fast Weibliches. Ich will hiermit keineswegs einen Mangel an Männlichkeit andeuten: letztere hat er, zumal in seiner Jugend, oft erprobt, und ich selbst bin am Ende ein lebendes Zeugnis derselben ....*[82].

Samson Heine, in Hannover geboren, machte unter Herzog Ernst von Cumberland in seiner Jugend als Proviantmeister im Offiziersrang den Feldzug in Flandern und Brabant mit zu Beginn der französischen Revolutionskriege und kam dadurch nach Düsseldorf[83]. Ein Empfehlungsschreiben brachte ihn in das Haus der bekannten Hoffaktorenfamilie van Geldern, wo er Betty van Geldern, genannt Peierche, kennenlernte, *eine kleine anmuthige, zierliche Erscheinung von aufgewecktem Geiste und umfassender Bildung*[82], die Tochter des Düsseldorfer Judendoktors Gottschalk van Geldern. 1796 ent-

77) Schnee, Bd. 3, S. 115/116; esche, S. 3.
78) Schnee, Bd. 3, S. 118/119 (gemeint ist der Adel der Habsburger Monarchie).
79) Karpeles, Hch. Heine; S. 12.
80) Karpeles, Hch. Heine, S. 14.
81) Karpeles, Hch. Heine, S. 12 und: Schnee, Bd. 3, S. 115.
82) Karpeles, Hch. Heine-Biogr.; S. 5.
83) Karpeles, Hch. Heine-Biogr.; S. 4 und: Schnee, Bd. 3, S. 116.

schloß sie sich, „Samson Heine, dem Sohne Chajjim Bückeburgs aus Hannover, in die Ehe zu folgen, der ‚die Wonne der Welt', Heinrich Heine, entspringen sollte" [84]. Das Geburtsjahr ist 1797 [85], obwohl der Dichter es selbst später mit 1799 datierte [86].

Bei der Heirat zwischen Betty van Geldern und Samson Heine „war es keineswegs so, wie Heinrich Heine es uns in seinen Memoiren und Briefen schildert, als wenn sein Vater mit der Eheschließung eine besondere Eroberung gemacht hätte. Die Familie van Geldern war längst nicht mehr das, was sie einst gewesen war, und ihre Bedeutung ist von der jüdischen Familienforschung, welche die Akten nicht kannte, weit überschätzt worden. Die Lage war um 1800 vielmehr so, daß die Familie van Geldern im Abstieg und Aussterben begriffen, die Familie Heine dagegen gerade von jetzt an einen einzigartigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg nehmen sollte" [86].

Das spöttische Herabsehen auf Bückeburg und seine dortigen Vorfahren väterlicherseits tritt uns in dem 1844 entstandenen Werk *Deutschland, ein Wintermärchen* entgegen. In Kapitel XIX heißt es:

O, Danton, du hast dich sehr geirrt
und mußtest den Irrtum büßen!
Mitnehmen kann man das Vaterland
An den Sohlen, an den Füßen.

Das halbe Fürstentum Bückeburg
blieb mir an den Stiefeln kleben;
So lehmichte Weg hab' ich wohl
Noch nie gesehen im Leben.

Zu Bückeburg stieg ich ab in der Stadt,
um dort zu betrachten die Stammburg,
Wo mein Großvater geboren ward;
Die Großmutter war aus Hamburg [87].

---

[84]) Kaufmann, Ahnensaal; S. 184.
[85]) Ktg. MJ, C 4 Dichter und Schriftsteller (keine Seitenangaben).
[86]) Schnee, Bd. 3, S. 117.
[87]) Gedruckt in: esche S. 2 und: Leben und Schicksal, S. 51.

„Es ist auffällig, wie wenig Heinrich Heine von seinen Ahnen väterlicherseits gewußt hat, noch mehr fällt auf, daß seine Familie zu dem Stamme in Bückeburg keine Beziehungen gepflegt hat, obwohl er dort noch eine bedeutende Rolle spielte“ [88].

b. Weitere inländische Hoffaktoren und -lieferanten

In die Phalanx der Familie Heine als Hoffaktoren einzubrechen, war eine schwierige Angelegenheit und setzte viel Vermögen, Beziehungen und besondere Gunst voraus. Leichter war es, Hoflieferant für bestimmte Waren zu werden und dadurch Privilegien zu erlangen oder als jüdischer Professionist höher als andere Handwerker geachtet und eingestuft zu werden, wenn man speziell für den Hof arbeitete.

Jacob Färber erhielt 1680 den Schutz in Bückeburg[1], wurde später der Schwiegersohn von Leffmann Behrens und durch dessen Fürsprache[2] um 1700 Hofschlächter. Er blieb es, bis er dieses Amt an Joh. Wedemeyer 1703 abtreten mußte[3].

Doch bald lieferte Simon Leser, ein Bruder des späteren Hoffaktors Moses Leser[4], wieder Fleisch an den Hof und zwar recht gutes; er durfte deshalb 1717 im Lande bleiben, als alle anderen Juden vertrieben wurden. 1718 wurde sein Schutzbrief auf 3 Jahre verlängert[5]. Er mußte allerdings im voraus 500 Rtl Schutzgeld bezahlen[6]. 1721 erbat er wiederum eine dreijährige Prolongation[7] und den Consens für die Heirat seiner Tochter[8]. Er scheint die Lieferungen an den Hof, wie aus den Rechnungen ersichtlich ist[9], bis zum Herrscherwechsel 1728 vorgenommen zu haben, vielleicht sogar bis 1732[9a], als er bat, seinem Sohn den Schutz zu übertragen, da er selbst — nun-

---

[88]) Schnee, Bd. 3, S. 118.
[1]) Des L 2 J 26a vom 26. Febr. 1680.
[2]) Des L 2 J 26b vom 5. Dez. 1701.
[3]) Des L 2 J 23 vom 2. Sept. 1703.
[4]) s. S. 94.
[5]) Des L 2 J 26a vom 12. Sept. 1718.
[6]) Des K 90 Ka 79—82.
[7]) Des L 2 J 26a vom 16. Okt. 1721.
[8]) Des L 2 J 23 vom 4. Juli 1721.
[9]) Des K 1 P 123 von 1727/28 (monatliche Rechnungen, die sich auf 50—60 Rtl beliefen).
[9a]) Des L 102 A Nr. 270.

mehr 70jährig — schwach und arbeitsunfähig sein Geschäft nicht mehr führen könne[10]. Er ist sehr alt geworden; denn von 1744 bis 1749 hatte er noch vor dem Reichskammergericht in Wetzlar eine Erbauseinandersetzung mit seinem Schwiegersohn, dem späteren Hofagenten Heinemann Spanier[11].

Abraham Engelländer[11a] bat 1735 um Schutz in Bückeburg und um die Erlaubnis, *den Charakter eines Hof-Medailleurs* annehmen zu dürfen, da er schon seit 5 Jahren für die Herrschaft Petschaften, Silbergeschirr und Stempel gearbeitet habe[12]. Die Antwort lautete positiv, sagte den Schutz aber nur auf die eigene Person und die Profession zu[13]. 1797 erhielt der Sohn Marcus Engelländer, der ebenfalls das Handwerk der Petschierkunst erlernte[14], den Schutzbrief des inzwischen verstorbenen Vaters[15].

Ein Günstling des Grafen Wilhelm war Heinemann Spanier, dessen Familie sich schon 1646 in der Grafschaft Schaumburg nachweisen läßt. Dem Namen nach müßte diese Familie zu den aus Spanien ausgewanderten Juden gehören[16]. Während die Akten die Spaniers in Schaumburg-Lippe verschweigen — mit Ausnahme Heinemanns und seines Sohnes Levi —, läßt sich diese Familie dicht an der Hannoverschen Grenze zahlreich nachweisen[17]. Ob vielleicht ein Zusammenhang zwischen beiden besteht, ist ungeklärt[18].

Heinemann Spanier heiratete — für schaumburg-lippische Verhältnisse einflußreich — eine Tochter des Simon Leser[19] und schuf sich damit die Grundlage für nähere Kontakte zum Hof. Vom Grafen Wilhelm wurde ihm kurz nach dessen Regierungsantritt 1749 zunächst der Kauf eines Freihauses am 28. Juli gewährt[20] und am 27. August

---

[10]) Des L 2 J 26b vom 12. Juni 1732.
[11]) Des L 24 J 7 von 1744—1749.
[11a]) Des L 102 A Nr. 456.
[12]) Des L 2 J 26b vom 5. Mai 1735; Des L 102 A Nr. 456.
[13]) Des L 2 J 26b vom 17. Mai 1735.
[14]) Des L 3 Jc 11 Vol. I vom 2. Febr. 1797; Des L 101 a S 22.
[15]) Des L 3 Jc 11 Vol. IV vom 17. Nov. 1797.
[16]) Schnee, Bd. 3, S. 120.
[17]) Jb. f. jüd. Gesch. u. Lit.; S. 187—203.
[18]) Jb. f. jüd. Gesch. u. Lit.; S. 187: „Woher der erste Spanier stammte, der sich hier niederließ, kann ich bis jetzt nicht nachweisen. Vielleicht kam er aus dem von Wunstorf nicht weit entfernten Stadthagen."
[19]) s. S. 114.
[20]) Des K 2 J 3 Nr. 8.

das amtliche Patent als Hofjude verliehen[21]. Er nahm alle möglichen Aufgaben wahr: belieferte den Hof mit fast allen Waren[22], regelte Finanzen[23], indem er Geldquellen vermittelte[24] oder Schulden eintrieb[25], und führte im Auftrage der Regierung Verhandlungen mit fremden Judenschaften über Betteljuden[26]. Zeitweise stand er seiner Gemeinde in Bückeburg vor[27].

Besonders fielen mir bei der Durchsicht der Spanier-Akten die vielen Prozesse auf, die er führte — und meist verlor: gegen seinen Schwiegervater Simon Leser wegen eines Erbes[28], gegen seinen Bruder Nathan Spanier von Bielefeld wegen eines Kapitals von 5000 Rtl[29], gegen die Rentkammer wegen Schulden an ihn[30], gegen seine Schwiegertochter Sara Mendeln wegen des Testaments[31] sowie gegen die Gadensche Erbengemeinschaft, deren Schuldverschreibung er besaß[32], und gegen den Hofprediger Kramer wegen Schuldenbezahlung[33].

Was immer er begann, so scheint es, nahm nie den von ihm erwarteten Ausgang. Stellte er Rechnungen aus, fehlten ihm die Belege, oder er vergaß die Assignation. Das Geld, das er forderte, kam nur zum Teil herein[30]. Verlieh er Kapital, wurden ihm die Zinsen beschnitten[34]; verlangte er Provision für getätigte Geschäfte, so hieß es: *Dieses ist acto auf der Rent-Kammer geschehen, und demselben bedeutet worden, daß weil die Rent-Kammer ihm keine Negoce-Gelder schuldig sei, er, wenn er künftig mit dergleichen unbilligen, unschicklichen Forderungen hervorgehen würde, bestrafet und solches an ihm auf das Schärfste geahndet werden solle*[35]. Als er 1766 außerstande war, sofort 3000 Rtl selbst zu beschaffen, mußte er dafür sorgen, daß die gesamte Judenschaft des Landes binnen 4 Wochen das

[21]) Des L 2 H 24 E vom 27. Aug. 1749 (nach Schnee: *17.* Aug.)
[22]) Des K 2 P 1 Nr. 53.
[23]) Des K 1 P 69 von 1748—1777.
[24]) Des K 1 P 134 von 1766.
[25]) Des L 3 Ja 1n von 1785.
[26]) Des L 3 Jc 10 von 1785.
[27]) Des L 3 Jc 17a von 1779.
[28]) s. S. 115; Des L 24 J 7 von 1744—1749.
[29]) Des L 2 J 34 von 1766.
[30]) Des K 1 P 68 von 1767; Des K 2 P 1 Nr. 53 von 1779.
[31]) Des L 2 J 62 von 1783/84.
[32]) Des K 2 P 1 Nr. 52 Vol. I bis III 1776—1787.
[33]) Des L 3 Ja 1n von 1785.
[34]) Des K 1 P 69 von 1767.
[35]) Des K 1 P 134 vom 8. Nov. 1779.

Geld gegen Obligation der Rentkammer für 5 % Zinsen auf 6 Jahre lieh[36] (Sehr zahlungskräftig wird er demnach nicht gewesen sein!). Vermachte er seinen Kindern im Testament eine bestimmte Summe, waren diese mit Sicherheit damit unzufrieden und gingen vor Gericht[37]. Setzte er sich für den Schutz seines Sohnes ein[38], betrug der sich unwürdig, und statt 50 Rtl mußten 300 bezahlt werden[39]. Kurz: bei allen Aktionen, die Heinemann Spanier vornahm — auch wenn sie zur Zufriedenheit des Hofes verliefen —, machte er eine unglückliche Figur. Es scheint so, als ob keiner den emsigen, vielleicht zu gutgläubigen Hofagenten ganz ernst nahm. Jeder versuchte wohl, seinen Übereifer und seine Gutmütigkeit auszunutzen und lächelte wahrscheinlich nur mitleidig, wenn ihm etwas mißlang und er dafür sogar eingesperrt wurde[40]. Bezeichnend ist, daß kein Kaufmann — weder ein christlicher noch ein jüdischer — sich jemals über ihn oder seinen Handel beklagte. Er war der redlich sich plagende Agent für alles. Sicher ist er bei seinen Hofgeschäften nicht reich geworden; denn die meisten Außenstände kassierten erst seine Erben, während er nur lieferte[41]. In der Judenliste von 1787 wurde der alte Mann als *mente captus sub cura*[42], kurz darauf bei einem Prozess als *blödsinnig*[43] bezeichnet. Im Jahre 1788 starb der Hofagent im Alter von 85 Jahren[41].

Gerson Isaac erhielt 1747 die Concession zum Schlachten[44], nachdem er schon 19 Jahre die Tabaksfabriken gepachtet hatte, ohne Schutzjude zu sein[45]. Als er um die Vergleitung bat, bekam er zwar die zusätzliche Erlaubnis zum Handeln[46], aber den Schutzbrief erst 1754[47], nachdem sein Bruder, der Detmolder Hofjude Joseph Isaak, sich für ihn eingesetzt hatte[48].

---

[36]) Des K 1 P 134 vom 5. Dez. 1766.
[37]) Des L 2 J 62; Des K 2 P 1 Nr. 179.
[38]) Des L 2 J 26c vom 20. Febr. 1773.
[39]) Des L 2 J 26c vom 25. Febr. 1773.
[40]) Des K 1 P 134 vom 23. Nov. 1766.
[41]) Des K 2 P 1 Nr. 48 von 1789; Des K 2 P 1 Nr. 179 von 1788—1794.
[42]) Des L 3 Jc 1a von 1787.
[43]) Des K 2 P 1 Nr. 52 Vol. I vom 28. Okt. 1787.
[44]) Des L 2 J 26c vom 17. Apr. 1747.
[45]) Des L 2 J 26c vom 15. Dez. 1747.
[46]) Des L 2 J 26c vom 17. Jan. 1748.
[47]) Des L 2 J 26c vom 7. März 1754.
[48]) Des L 2 J 26c vom 14. Nov. 1753.

1760 erreichte der nunmehr privilegierte Bückeburger Tabakspächter die Schutzerteilung für seine Kinder. Er versprach damals, 50 Rtl in die Rekrutenkasse zu spenden[49]. 1762 bat er um weiteren Schutz[50] und Schutzgelderlaß[51], als sein Pachtvertrag abgelaufen war und er seinen Handel an Meier Levi abgetreten hatte, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts das *Tobacksmonopol* innehatte. Nach Fürsprache des Hoffaktors Moses Leser erhielt dieser zunächst 1746 den Schutzbrief und durfte sich zur Beeke setzen[52], bevor ihm ein Hauskauf in Bückeburg 1762 *accordiert* wurde[53], damit er das Monopol übernehmen konnte[53a]. Er war es auch, der die alliierten Truppen während des 7jährigen Krieges mit den ihnen zustehenden Rationen für Fourage belieferte[53b]. Ab 1765 durfte er zusätzlich mit Hökerwaren handeln[54]. Da sich in seinem Hause die Betstube befand, war er als Vorsteher der Gemeinde tätig[55].

Den Brüdern Raphael und Samuel Meldola wurde 1777 der Titel *Hofagent* gleichzeitig mit der Schutzerteilung und Handelsconcession verliehen. Sie sollten für den Schutzbrief, der nur für ihre *Weiber nicht Kinder* galt und als Wohnort Stadthagen bestimmte, 30 Rtl zahlen, sich jedoch nicht Rechte wie Bürger anmaßen[56]. Das ist alles, was die Archivalien über die Brüder mitteilen. Wirkungskreis und Dienstleistungen bleiben unbekannt.

Weiterhin im Dienste des Hofes stand unter dem Grafen Wilhelm Salomon Meyer als gräflicher Kammerjäger[57], dessen Sohn Raphael Meyer 1778 den Schutzbrief bekam[58], das Amt des Vaters übernahm[59] und bis ins 19. Jahrhundert hinein versah[60].

„Schließlich wurde am 22. Februar 1808 der Hannoversche Bankier David Jaques Fürstlich Schaumburg-Lippischer Kammer-

[49]) Des L 2 J 26c vom 3. Jan. 1760.
[50]) Des L 2 J 26e vom 5. Mai 1762.
[51]) Des L 2 J 26d vom 10. Nov. 1762.
[52]) Des L 2 J 26b vom 20. Mai 1746.
[53]) Des L 2 J 26d vom 8. März 1762; Des L 2 J 49a; Des L 102 A Nr. 753.
[53a]) Des L 102 A Nr. 690a.
[53b]) s. S. 43/44.
[54]) Des L 2 J 26d vom 4. Okt. 1765; Des L 2 Z 32.
[55]) Des L 3 Jc 7 von 1789.
[56]) Des L 3 Jc 12a vom 21. Nov. 1777.
[57]) Des L 2 J 26e von 1776.
[58]) Des L 2 J 58 vom 2. Jan. 1778.
[59]) Des L 3 Jc 20 vom 29. Jan. 1779.
[60]) Des L 3 Jc 13 Vol. I.

agent, der einzige Bückeburger Hofjude, der diesen Titel erhalten hat"[61]. *Unser Kammeragent David Jaques*, wie es hieß[62], trat häufig in Erscheinung und mußte größere Summen in verschiedenen Münzsorten wegen extraordinärer Lasten[63] herbeischaffen. So vor allem in den Jahren 1813 bis 1817, als er sogar Herabsetzungen des Zinsfußes von 5 auf 4% in Kauf nahm, um mit der Regierung in *Connexion* zu bleiben[64]. Verschiedene Obligationen sind noch erhalten.

Am 1. Februar 1841 starb David Jaques; sein Grab befindet sich in Hannover[65].

Neben dem Bankgeschäft Heine gab es noch ein jüdisches Bankhaus in Bückeburg, dessen sich das Fürstenhaus bediente: Meyer Aron war der Besitzer, der in einem Bericht 1815 als der *beste Israelit in Bückeburg* bezeichnet wurde[66] und neben Joseph und Levi (II) Heine als jüdischer Gemeindevorsteher wirkte[67].

Er war vor allem als Fachmann und Berater in Wechselkursen und Münzsorten tätig[68], stieg aber auch selbst — mit Levi (II) Heine zusammen — in Geschäfte bis 10000 Rtl ein, wenn der Kammer plötzlich Kapitalien *gelost* wurden und selbst die *Chatulle Serenissimi* kaum 1000 Taler zählte[69]. Genau wie das Heinesche Bankgeschäft wurde die Firma Meyer Aron — diesen Namen behielt sie auch nach Einführung der neuen Familiennamen 1840[70] bei — als Aushilfe für den Notfall benutzt[69].

c. Ausländische Hoffaktoren in schaumburg-lippischen Diensten

Da die Ansprüche des schaumburg-lippischen Herrscherhauses oft sehr hoch waren, zu hoch, als daß die eigenen Hofjuden sie befrie-

---

[61]) Schnee, Bd. 3, S. 123; Die Hannoverschen Archivalien: Des Hann. 9 Abschnitt B Vol. I, die das Patent für David Jaques enthielten, sind durch Kriegseinwirkung vernichtet. Eine genaue Aufzeichnung aller Judenakten, auch der verschollenen, findet sich bei Zuckermann.

[62]) Des K 2 P 1 Nr. 399 vom 2. Nov. 1813.

[63]) s. S. 69.

[64]) Des K 2 P 1 Nr. 399 vom 18. April 1817.

[65]) Gronemann, Genealog. Studien; S. 137.

[66]) Des L 3 Jc 7 vom 6. Nov. 1815.

[67]) Des L 3 Jc 22 von 1809.

[68]) Des K 2 P 1 Nr. 399 vom 28. Nov. 1813.

[69]) Des K 2 P 1 Nr. 423 vom Februar 1821.

[70]) s. S. 127; Des L 3 Jc 28a vom 14. Apr. 1841.

digen konnten, mußten ausländische Hoffaktoren herangezogen werden, die Kapital in größeren Summen herliehen. Das waren nun nicht nur Juden, sondern auch reiche christliche Kaufleute und Bankhäuser[1]. Soweit aber jüdische Geldgeber beteiligt waren, seien sie hier aufgeführt.

Mit einem der größten Hoffaktoren überhaupt in Deutschland, der zudem ganz in der Nähe und jederzeit erreichbar war, stand Schaumburg-Lippe selbstverständlich in Geschäftsbeziehungen: mit Leffmann Behrens, dem Hannoverschen Hof- und Kammeragenten, der nicht nur Fürsprachen an Friedrich Christian sandte, wie schon verschiedentlich angeführt[2], sondern auch bedeutende Summen verschiedener Währungen. Schon 1679 versetzte das Grafenhaus Silberzeug gegen 1500 Rtl bei ihm, bis sich schließlich die Schulden 1692 auf nahezu 25000 Rtl beliefen[3]. Selbst kleinste Beträge von 15 Rtl wurden geliehen, wenn die Kammer kein Geld hatte[4]. Die Schulden wurden nie ganz abgetragen; das blieb dem Nachfolger vorbehalten, der an die Enkel des inzwischen verstorbenen Leffmann Behrens nach einem Prozess vor dem Reichskammergericht in Wetzlar[5] noch 2000 Rtl bezahlen mußte. Da jedoch inzwischen die Enkel Gumpert und Isaac Behrens in Konkurs gegangen waren, erhielten gleich deren Gläubiger das Geld[5].

Der eigentliche Nachfolger des Leffmann Behrens in Hannover wurde Michael David, der 1718 quartalsweise „für die in Utrecht sich aufhaltenden jungen Grafen von Schaumburg-Lippe ... die Zahlung von zunächst je 800, dann 1000 Tlr ..., die zum Unterhalt der Grafen dienten“[6], übernommen hatte. Auch später stand er noch, wie Wechselunterzeichnungen zeigen, mit der Grafschaft in Verbindung[7].

David Simon Heine, Sohn Isaac Heines, Urgroßvater Heinrich Heines, Hof- und Schutzjude in Hannover, war ebenfalls Gläubiger des Bückeburger Hofes mit 20000 Rtl aus dem Jahre 1729. Seine Witwe wartete 1749 immer noch auf den letzten Rest des Geldes,

---

[1]) Vehse, kl. dtsch. Höfe; S. 133; Des K 2 P 1 Nr. 384 von 1812.
[2]) s. S. 93/94, 102.
[3]) Des K 1 P 42 von 1679 bis 1694.
[4]) Des K 90 Ka 37—47.
[5]) Des L 24 J 5 von 1726—1735.
[6]) Schnee, Bd. 2, S. 69/70.
[7]) Des L 24 J 6 A von 1731.

das die Kammer längst zurückgezahlt haben wollte. Schließlich kam es zum Prozess, der 1768 ohne Ergebnis endete, weil keiner dem anderen Beweise bringen konnte[8].

Der Detmolder Hofjude Joseph Isaak war ebenso wie sein Bruder Gerson Isaac *Bückeburger Tobackspächter,* allerdings in den damals zur Grafschaft gehörenden Ämtern Blomberg und Schieder[9]. Er vertrat tatkräftig die Interessen seines Bruders am Bückeburger Hof und erreichte, daß dessen zwei Söhne sich im Lande als Schutzjuden niederlassen durften: in Bückeburg und Stadthagen[10].

Natan Moses Levi war Hofjuwelier in Hannover, bei dem auch der Bückeburger Hof um 1780 arbeiten ließ. Suppliken von ihm um Schutzerteilung an Verwandte wurden trotzdem abschlägig beschieden[11], ebenso wie bei dem Kasseler Hofagenten Feidel David, dessen sich Philipp Ernst bei Geldgeschäften in Bremen bediente[12]. Bei ihm ließ er 1780 anläßlich seiner Hochzeit mit Juliane Medaillen und Münzen prägen[13].

Als nach der Jahrhundertwende durch Kriegseinflüsse immer mehr Geld nötig wurde, benutzte Georg Wilhelm mehrere Geldgeber in verschiedenen Ländern. 1812 schloß er einen Vertrag mit dem Mindener Bankier Isaac Levison über 40000 Francs. Dieser verlangte als Sicherheit nur Spezial- und Generalhypotheken auf die beiden Petzer Höfe. Im übrigen aber erklärte er: *Das fürstliche Wort ist mir hinreichend!*[14].

Wenige Jahre später — 1819 bis 1822 — wurden neue Anleihen in Detmold bei Jacob Isaac Michaelis aufgenommen. Der Zinssatz war dabei mit 3½% außerordentlich niedrig; denn in der Regel wurden 5—6% gefordert. Die Geschäftsabschlüsse beliefen sich auf summa summarum 29500 Rtl[15].

Die weitaus größten Summen aber, die sich zwischen 500000 Gulden und 1250000 Rtl Courantmünze bewegten, vermittelte in Kon-

---

[8]) Des K 1 P 71 von 1748 bis 1768.
[9]) Des L 2 J 26c von 1753.
[10]) Des L 2 J 26c vom 7. März 1754.
[11]) Des L 2 J 59 Vol. I vom 26. Okt. 1780.
[12]) Des L 2 J 60 vom 18. Jan. 1785.
[13]) Des K 2 A 4 H 4 von 1780 (verwässerte Akte).
[14]) Des K 2 P 1 Nr. 384 vom 21. Jan. 1812.
[15]) Des K 2 P 1 Nr. 422 von 1819—1822.

kurrenz zu Michel Behrend in Hannover[16] 1848/49 der Bankier Ezechiel Simon ebenda, der Anleihen in dieser Höhe auf die schaumburg-lippische Herrschaft Nachod zeichnete[17]. Mit diesem Geschäftsmann stand man bis in die fünfziger Jahre hinein in enger Verbindung[18].

Alle angeführten Namen zeigen deutlich, wie wenig ein absolut regierter Staat auf Finanzhilfe verzichten konnte, wenn er alle Wünsche des Regenten zufriedenstellen oder gegen plötzliche „geldschlingende Zeitläufe" gewappnet sein wollte. Zum größten Teil war es die jüdische Hoffinanz, von deren Unterstützung die Finanzen des Landes abhängig waren[19]. Sie hat auf diese Weise am Entstehen des modernen Staates mitgewirkt. K. Lamprecht meint: „Allein, wenn sich vielleicht auch auf dem Gebiete der Finanzverwaltung die Spuren einstiger jüdischer Einwirkung verwischen ließen, so blieb diese Einwirkung doch jedenfalls in der Gesamtgeschichte der Territorialbildung nicht ohne tief eingreifende Ergebnisse ... so kann den Juden ein bemerkenswerter, wenn auch erzwungener Anteil an der Entwicklung des deutschen Territoriums und damit des modernen Staates nicht abgesprochen werden[20]."

Es leuchtet allgemein ein, daß die Hoffaktoren als Vorkämpfer der Emanzipation zu gelten haben. Ihre persönlichen Beziehungen zu den Landesherren oder mächtigen Magnaten mit den damit verbundenen Privilegien hoben sie deutlich aus der Masse der jüdischen Hausierer, Kleinhändler und Schlächter ab und gaben ihnen eine Sonderstellung innerhalb der Gesamtjudenschaft[21]. Ihre oftmals engen verwandtschaftlichen Bande, die durch Heiraten geknüpft oder erweitert wurden, ließen sie zu einer regelrechten Kaste mit starkem Selbstbewußtsein und eigenem Lebensstil werden, „trotz aller Verschiedenheit verbunden durch eine gemeinsame Weltanschauung, mit einer Vorliebe für aristokratische Lebensart, schöne Häuser, reiche Kleidung, höfische Sitten und Titel"[21].

In Schaumburg-Lippe taten die Hofjuden das Ihre zur Emanzipation. Sie erhielten zwar keine sogenannten Naturalisationspatente, die

[16]) Des K 2 F 2 A Nr. Vol. I vom 19. Dez. 1848.
[17]) Des K 2 F 2 A Nr. 4 Vol. I vom 2. Jan. 1849.
[18]) Des K 2 F 2 A Nr. 4 Vol. II und III.
[19]) Sombart, S. 57.
[20]) Lamprecht, Wirtsch.-Leben; Bd. I, 2, S. 1480.
[21]) Schnee, Bd. 3, S. 172.

sie mit ihren Nachkommen amtlich zu Staatsbürgern machten, aber ihre Stellung kam diesen weitgehend gleich. Aus der Wirtschaft wuchsen sie nämlich in die politische und gesellschaftliche Sphäre hinein und erreichten zunächst mit ihrer Anerkennung — weit vor der Emanzipation —[22], daß ihre weniger einflußreichen Glaubensgenossen allmählich die gleichen Rechte erhielten wie sie und schließlich wie alle christlichen Untertanen. Heinrich Schnee ist überzeugt, daß „ohne das Wirken der ... Hoffaktoren ... die Emanzipationsbestrebungen jener Zeit nicht von Erfolg gewesen wären, da überall die Gegenkräfte noch stark waren“[23].

Wie äußerten sich nun die Vorzeichen der Emanzipation in Schaumburg-Lippe?

9. Juden-Emanzipation in Schaumburg-Lippe — die vorbereitende Zeit bis zur gesetzlichen Verkündung 1848

Eigentliche Vorbereitungen zur bürgerlichen Gleichstellung der Israeliten hat es erst seit Julianes Zeit gegeben, wenn auch vorher Graf Wilhelm — aufgeklärt und vorausschauend[1] — den Juden viel Spielraum ließ und ihnen schon — wie später auch Philipp Ernst[2] — die Möglichkeit der Coloniebebauung einräumte. Hierbei handelte es sich jedoch lediglich um Zugeständnisse mit dem Zweck, den Konkurrenzkampf der einzelnen nicht so hart werden zu lassen, daß sie hungern mußten. Das Land sollte vor dem Überhandnehmen des Schachers bewahrt bleiben. Erleichterungen in bürgerlich-rechtlicher oder steuerlicher Hinsicht waren nicht damit verbunden. Sie traten erst ab 1787 bei der Erfüllung der Schutzbedingungen ein, die Juliane zur Verbesserung der jüdischen Lebensbedingungen schuf[3]: Gleichheit mit den christlichen Untertanen — vor allem bei den Steuern. Von einem echten Emanzipationswillen kann auch hier nicht die Rede sein; denn die versprochene bürgerliche Verbesserung war nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck und Anreiz für die Juden, sich der für

---

[22]) Schnee, Bd. 3, S. 225.
[23]) Schnee, Bd. 3, S. 215.
[1]) s. S. 26/27.
[2]) s. S. 31.
[3]) s. S. 31—33.

sie üblichen Nahrungszweige zu enthalten und eine der Regierung willkommene Tätigkeit auszuüben. Kurz: nicht die Emanzipation selbst wurde erstrebt, sondern eine Umformung des wirtschaftlichen und damit verbundenen sozialen Gefüges innerhalb der Judenschaft. Es sollen dabei keineswegs der Fortschritt und die Ideale dieser umwälzenden Judenbehandlung verkannt oder herabgewürdigt werden, ganz im Gegenteil: sie sind ein wichtiger Schritt auf die Unabhängigkeit der politschen Rechte vom religiösen Bekenntnis hin, vielleicht sogar das Startzeichen — damals unbewußt — für die endgültige Emanzipation.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, während der Regierungszeit Georg Wilhelms, wurden manche Schranken aufgehoben, wobei die ersten Vorzeichen einer beginnenden neuen Epoche der jüdischen Geschichte sichtbar wurden. Es kam vor, daß Juden, vor allem Professionisten, vollwertige Ortsbürger werden konnten[4], wie das Beispiel des Damastfabrikanten Raphael Salomon aus Stadthagen zeigt, der schon seit 1810 Bürger, Bauer und Hausbesitzer war[5]. Später war das gleiche beim Schuhmacher Philipp Blank aus Steinhude der Fall[6]. Zwar handelte es sich nur um Ausnahmen, aber sie bestätigten die Möglichkeit für die Juden, überhaupt aus der bis dahin bestehenden traditionellen Konstellation des Staatsgefüges heraustreten zu können.

Die Aufhebung einiger christlicher Privilegien zielte ebenfalls in diese Richtung; denn Juden konnten als Brauer tätig werden, vielleicht schon seit 1812[4], mit Sicherheit ab 1819[7]. Die Ernennung zu Freimeistern[8] eröffnete gleichfalls neue Wege zu christlichen Berufen, solange die Zünfte und Gilden geschlossen gegen jegliche jüdische Anerkennung kämpften[9]. Mancher ihrer Berichte liest sich wie ein Aufsatz über die Gefahren der Emanzipation. Alle nur erdenklichen Vorurteile — nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch moralischer und religiöser Art — finden sich darin[10]. Lange Aufstellungen mit Erklärungen, warum Juden keine Staatsbürger werden könnten, lagen

[4]) A 20 Nr. 3 vom 24. Juli 1812.
[5]) Des L 3 Jc 18 vom 22. Dez. 1818; Des L 3 Jc 24 vom 17. Dez. 1830.
[6]) Des L 3 Jc 7 vom 15. Jan. 1842.
[7]) Des L 3 Jc 7 vom 25. Okt. 1819.
[8]) Des L 3 Jc 27a vom 24. Apr. 1830.
[9]) Des L 3 Jc 27a vom Jahre 1829; Des L 3 Jc 27b von 1842.
[10]) Des L 3 Jc 7 vom 3. Apr. 1844.

bei[11]. Natürlich spielte die Konskriptionsfreiheit der Juden gerade nach den Kriegsereignissen der Jahrhundertwende eine besonders wichtige Rolle[12]. Den Artikel 16 der Bundesakte von 1816 übersahen diese Berichte geflissentlich — im Gegensatz zu den Regierungsmitgliedern, die schon vor Erscheinen der Bestimmung darauf warteten, um auf Grund dieser urteilen zu können[13]. Jedoch war an handgreiflichen Beispielen kaum etwas im Text vorhanden, so daß man weiterhin selbst speziell entscheiden mußte, was nur generell angedeutet wurde, wenn es lautete: *Die Bundesversammlung wird in Berathung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sey, und wie insonderheit denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte, gegen die Übernahme aller Bürgerpflichten, in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne. Jedoch werden den Bekennern dieses Glaubens bis dahin die denselben von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten*[14]. So blieb in Schaumburg-Lippe vorläufig alles beim alten mit Ausnahme der erwähnten Zugeständnisse, zu denen noch zahlreiche Concessionen zum Hauskauf kamen[15]. Akademische Berufe — in Medizin, Naturwissenschaft, Philologie und Mathematik — wurden ebenfalls den Juden zugänglich[16].

Das Recht, mit den christlichen Kaufleuten als Ortsbürger in Stadthagen gleichgestellt zu werden, wurde dem Sohn des Bürgers Raphael Salomon, namens Isaac Raphael, verweigert, obwohl er darauf hinwies, er erfülle alle Bedingungen wie Sprachkenntnisse, Profession, Schreiben und Rechnen, außerdem sei er bereits Bürgersohn[17]. In der Supplique schrieb er u. a. zu Julianes Judenpolitik: *Diese hochherzigen und wahrhaft humanen Gesetze konnten ihres edlen Zweckes nicht verfehlen! — Angeregt hiedurch wie durch den vorgeschrittenen Zeitgeist haben die damaligen Israeliten des hiesigen Landes — ihre Kinder wenigstens — aus dem Schlamme der Unwissenheit und Versunkenheit, worin eine barbarische Gesetzgebung des Mittelalters sie*

[11]) Des L 3 Jc 7 vom 27. Juni 1845.
[12]) Des L 3 Jc 24 vom 3. Jan. 1845.
[13]) Des L 3 Jc 7 vom 9. Aug. 1816.
[14]) Bundesakte, Art. 16.
[15]) Des L 122a Register.
[16]) Des L 20 C 6 von 1826; A 20 Nr. 3 von 1817.
[17]) Des L 3 Jc 24 vom 16. Dez. 1844.

gestürzt hatte, zu retten gesucht. — Mit dem gemilderten Drucke konnten auch im Israeliten die besseren Eigenschaften des Menschen und Bürgers wieder Platz nehmen und es kann wohl nicht in Abrede gestellt werden, daß die Juden gegenwärtig in wissenschaftlicher und moralischer Bildung den christlichen Unterthanen, — im Allgemein — nicht nachstehen[18]. Er endete: *Euer Hochfürstl. Durchlaucht, mögten gnädigst geruhen, mich in Rechtsame und Pflichten deren christlichen Unterthanen hiesiger Stadt gleich zustellen*[18]. Die Begründung der Ablehnung war denkbar schwach und erging sich vorwiegend in Allgemeinplätzen. Der Stadthagener Magistrat, dem die Regierung die Petition zur Beurteilung übergeben hatte, schenkte der Tatsache, daß es jüdische Bürger gab, einfach keinen Glauben. Obwohl er selbst 1812 dem Raphael Salomon das Bürgerrecht verliehen und das Bürgergeld für ihn festgesetzt hatte[19], bezweifelte er nun, daß so etwas überhaupt möglich sei[20]. Einer der üblichen abschläglichen Gründe: *Dann hätte er auch losen müssen*[21]*!*

Weitere Schritte zur bürgerlichen Verbesserung waren die Abänderung des Judeneides von 1555, der in seiner neuen Form 1842 verkündet wurde[22], sowie die *Einführung von Familiennamen und Führung von Registern*[23]. Schon 1836 wurde auf das Problem der jüdischen Vor- und Zunamen hingewiesen[24]. Denn nur wenige vornehme Judenfamilien — vorwiegend Hoffaktoren — besaßen schon eigene Zunamen wie die Heines in Bückeburg. Bei einigen anderen richtete sich der Hausname nach dem Herkunftsort oder -land: (Heinemann) Spanier, (Samuel) Stuckert (von Stuttgart), (Glückel von) Hameln[25], (Joseph) Stadthagen[26], (Chajjim) Bückeburg[27]. Bei dem Großteil der Juden war es so, daß zur Unterscheidung zwischen Vater und Sohn lediglich der zweite Name nach vorn gestellt wurde, z. B. Joseph

---

[18]) Des L 3 Jc 24 vom 20. Nov. 1844.
[19]) A 20 Nr. 3 vom 24. Juli 1812.
[20]) Des L 3 Jc 24 vom 30. Juli 1846.
[21]) Des L 3 Jc 24 vom 3. Jan. 1845.
[22]) s. S. 91.
[23]) LVO vom 10. Nov. 1840, Bd. 6, S. 290 ff. und Anz. Frsttm. Sch.-L. 48 und 49; Des L 102 B Nr. 85.
[24]) Des L 3 Jc 17b vom 29. Dez. 1836.
[25]) Glückel, Memoiren; S. 52/53.
[26]) Glückel, Memoiren; S. 231.
[27]) Karpeles, Hch. Heine; S. 12.

Michael (Vater) — Michael Joseph (Sohn)[28]. Kamen mehr Söhne, so erhielten sie zu einem der beiden Namen des Vaters noch irgendeinen anderen hinzu[29], z. B. Aron Joseph, Levi Michael usf., so daß eine Genealogie anhand der Namen kaum oder nur mit großen Schwierigkeiten aufgestellt werden konnte, zumal keine Familienregister existierten. Das sollte 1840 anders werden[23]. Jeder hatte sich im Laufe des folgenden Jahres auf dem Amt einzufinden, um anzugeben, welchen Hausnamen er und seine Nachkommen von jetzt ab stetig führen wollten[30]. So wurde damals z. B. aus Salomon = Saalfeld, aus Hirsch = Hirschfeld, aus Meyer = Meyersberg oder Meierstein, aus Ahron = Arensberg, aus David = Davidsohn, aus Philip = Philipsohn, aus Herz = Herzberg, aus Levi = Levison, aus Moses = Moosberg usw. Mancher legte sich einen ganz neuen Namen zu, der mit seinem ursprünglichen nichts mehr gemein hatte, z. B. Gumpel = Rosenberg, Meyer = Rosenfeldt, Herz = Aronson, Moses = Edelstein, Salomon = Weinberg, Jacob = Löwenstein, Kusel = Lilienfeld usw.[31]. Das Prinzip bestand darin, jeder Familie einen unterschiedlichen Namen zu geben, damit keine Verwechslungen in den Familienregistern, die seit 1839 Verheiratungen, Todesfälle und Geburten aufnehmen sollten[32], vorkommen konnten. Wer solche Meldungen an das Amt vergaß, kam mit 5 Rtl Strafe ins Bruchregister[33].

Einige Ergänzungen kamen noch im Laufe der Zeit dazu: im Jahre 1843 der genaue Tag der Trauung[34], sowie die Bestimmung, daß die Namensgebung der Mädchen nicht „Taufe" genannt werden sollte, weil dadurch ein falscher — nämlich christlicher — Eindruck entstände. Die Beschneidung[35] der Knaben werde ja ebenfalls nicht erwähnt[36].

---

[28]) Des L 2 J 26a.
[29]) Des L 3 Jc 13 Vol. I.
[30]) Des L 3 Jc 28a; Des L 101a S 9; Des L 101b J 18; Des L 102 B Nr. 85.
[31]) Des L 3 Jc 28 von Febr. bis April 1841.
[32]) Des L 101b J 17 von 1839.
[33]) Des L 3 Jc 28a vom 24. Mai 1842.
[34]) Des L 3 Jc 28a vom 27. Jan. 1843; A 20 Nr. 13; Des L 102 B Nr. 85.
[35]) bei der der kleine Judenknabe seinen Namen erhält.
[36]) Des L 3 Jc 28a vom 3. Febr. 1846.

Alle diese vorgenannten Anzeichen ließen erkennen, daß die Emanzipation nicht mehr fern sein konnte. Die Juden ihrerseits wiesen in Bittschriften darauf hin, daß in einigen anderen Ländern die Gleichberechtigung schon verkündet sei[37], und baten um Aufhebung ihrer *Glaubenssteuer*[38], des Schutzgeldes. Die Rentkammer antwortete in einer Notiz: *Hängt mit den Verhandlungen über die Emanzipation zusammen*[39]. Am 5. Dezember 1848 war es dann so weit: als Folge der deutschen Revolution, die auch an Schaumburg-Lippe nicht spurlos vorüberging, sich jedoch „im Miniaturmaßstab" vollzog[40], wurde das *Gesetz, die Unabhängigkeit der politischen Rechte von dem religiösen Bekenntnisse*[41] erlassen. Es sicherte den Juden im § 1 den vollen Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte zu, bestimmte im § 2 die Aufhebung aller aus dem bisherigen Schutzverhältnis entstandenen Beschränkungen, Leistungen und Abgaben, aber auch die Unterwerfung unter die Militärkonskription und die Zuweisung zu den bestehenden Zunftverbänden. Der dritte Paragraph legte fest, daß die Israeliten zum Gemeindeverband ihres Wohnortes gehörten, sich aber aller Einmischung in christliche Angelegenheiten enthalten sollten, wofür sie frei von den christlichen Lasten waren, soweit diese nicht auf etwaigen Grundstücken ruhten[42]. Rechte und Befugnisse, die die Juden nicht erwerben konnten, regelte § 4. Es waren 1) das Patronatsrecht über christliche Kirchen, 2) eine Anstellung in christlichen Kirchenämtern oder als Lehrer der christlichen Religion. Die ergangenen Landesverordnungen über die Familiennamen und -register sowie deren Erweiterungen und die Eidesleistung der Juden blieben in Kraft, wie § 5 erklärte[41].

Als die Judenschaft für das Emanzipationsjahr das Schutzgeld nicht mehr bezahlen wollte, wurde gegen die *renitenten Restanten* die Exekution zur Eintreibung angedroht[43] und verordnet, das Schutzgeld sei auf die übliche Weise wie bisher zu zahlen. Erst ab 1849 sollte diese Abgabenlast fortfallen[44].

---

37) Des L 3 Jc 24 vom 24. Juli 1846.
38) Des L 3 Jc 17b vom 17. Juni 1848.
39) Des L 3 Jc 17b vom 5. Okt. 1848.
40) Ldkr. Sch.-L.; S. 11.
41) LVO vom 5. Dez. 1848, Bd. 8, S. 59/60.
42) d. h.: Die Juden hatten weiterhin Stolgebühren zu entrichten.
43) Des L 3 Jc 17b vom 9. Nov. 1848.
44) Des L 3 Jc 17b vom 22. Juni 1849.

30.

Geſetz, die Unabhängigkeit der politiſchen Rechte von dem religiöſen Bekenntniſſe.

Von Gottes Gnaden, Wir Georg Wilhelm, regierender Fürſt von Schaumburg-Lippe ꝛc. ꝛc.

verordnen unter Zuſtimmung Unſerer getreuen Landſtände hierdurch wie folgt:

§. 1.

Der volle Genuß der bürgerlichen und politiſchen Rechte iſt vom religiöſen Bekenntniſſe unabhängig. Andrer Seits darf die Erfüllung der ſtaatsbürgerlichen und bürgerlichen Pflichten durch das religiöſe Bekenntniß in keiner Weiſe beeinträchtigt werden.

§. 2.

Dem gemäß wird auch das bisherige Schutzverhältniß Unſerer iſraelitiſchen Unterthanen ſammt allen daraus folgenden Beſchränkungen, Leiſtungen und Abgaben hiermit ganz aufgehoben, wogegen die Iſraeliten in Betreff der Ausübung eines bürgerlichen Gewerbes denſelben Bedingungen, wie Unſere chriſtlichen Unterthanen, ſowie von jetzt an auch der Militairconſcription unterworfen werden.

Die durch Schutzbriefe ertheilten Rechte bleiben in ihrem jetzigen Umfange für die Inhaber auf deren Lebenszeit gegen Zahlung der Gewerbeſteuer beſtehen, und werden jene *inſoweit* den beſtehenden Zunftverbänden zugewieſen.

§. 3.

Die Iſraeliten gehören zu dem Gemeinde-Verbande ihres Wohnorts; indeſſen müſſen ſie in allen das chriſtliche Glaubensbekenntniß betreffenden

Angelegenheiten jeder Einmiſchung und Abſtimmung ſich gänzlich enthalten, wogegen ſie aber auch die dadurch entſtehenden Laſten nicht mitzutragen haben, inſofern dieſe nicht auf ihrem etwaigen Grundbeſitze ruhen.

§. 4.

Die einzigen Rechte und Befugniſſe, welche Unſere iſraelitiſchen Unterthanen nicht erwerben können, ſind

1) Das Patronatrecht über chriſtliche Kirchen,
2) eine Anſtellung
   a. in chriſtlichen Kirchen-Aemtern und
   b. als Lehrer der chriſtlichen Religion.

§. 5.

Die Verordnungen vom 10. November 1840, die Einführung von Familien-Namen und Regiſtern bei den Juden betr., mit deren Erweiterung im Publicandum vom 6. Febr. 1844, desgleichen die Verordnung vom 10. März 1842, die Eidesleiſtung der Juden betr., bleiben in Kraft.

Dieſes Geſetz iſt auf gewöhnliche Art bekannt zu machen.

Gegeben Bückeburg, den 5. Decbr. 1848.

(L. S.) **Georg Wilhelm.**

vt. Langerfeldt.

(Ausgegeben den 11. Decbr. 1848.) v. Campe.

9. Schaumburg-lippisches Emanzipationsgesetz vom 5. Dez. 1848 (Landesverordn. Bd. 8 S. 59/60)

Als Bürger wurden die Juden dann in Eid und Pflicht des Ortes genommen, in dem sie wohnten. Zuvor hatten sie ihren Erwerb nachzuweisen[45]. Damit war die Emanzipation erfolgt, und die Juden bedankten sich dafür durch ihre Vorsteher Levi (II) Heine und Levi Moosberg: *Die Judenschaft . . . . bringt Ew. Hochfstl. Durchlaucht ihren tief unterthänigsten Dank für diese hohe Gnadenbezeigung aus vollem Herzen dar . . . .*[46]. Es folgte weiterhin ein kurzer Rückblick, in dem die Rede von *unser deutsches Vaterland* war, dem man sich als israelitischer Untertan und Bürger verbunden fühlte[45].

Eine der verbliebenen Einschränkungen für die Bürger mosaischen Glaubens bestand in der weiteren Entrichtung der Stolgebühren an das christliche Consistorium, bis 1863 eine Landesverordnung auch diese Last aufhob[47]; denn die Erkenntnis hatte sich durchgesetzt, daß die *iura Stolae* doch vom Bekenntnis und nicht vom Grundstück bestimmt werden müßten. Damit änderte sich § 3 des Emanzipationsgesetzes.

Weiterhin wurde die Eheschließung zwischen Christen und Juden nicht gestattet, wie ein solches Vorkommnis 1852 beweist. Als Christine Hanne Wilhelmine Caroline Bode und Isaac Meyerstein aus Hagenburg trotz eines bereits geborenen Kindes dennoch den Eheconsens nicht erhielten[48], ließen sie sich außer Landes trauen und kamen als Ehepaar nach Schaumburg-Lippe zurück. Sofort aber wurde diese Ehe *für staatsrechtlich nichtig erklärt*[49], so daß dem Isaac Meyerstein letztlich nur die Möglichkeit blieb, Christ zu werden. Schon bald wurde er auf den Namen Christian Gottlieb Meyerstein getauft[50], und der Heirat stand nichts mehr im Wege[51].

Trotz dieser kleinen und unbedeutenden Hindernisse war das große Ziel, „als Bürger mit gleichen Pflichten und Rechten zugelassen zu werden . . . .“[52], erreicht, nach langem Kampf und vielen Demütigungen, durch großen Einsatz der Hoffaktoren, aber begünstigt durch die politischen Zeiterscheinungen. Was Fürstin Juliane — früh im Ver-

---

45) A 20 Nr. 14 vom 13. Apr. 1849.
46) Des L 3 Jc 17b vom 14. Febr. 1849.
47) LVO vom 6. Okt. 1863, Bd. 9, S. 379.
48) Des L 3 Jc 6a vom 4. Juni 1852.
49) Des L 3 Jc 6b vom 9. Nov. 1852.
50) Des L 3 Jc 6b vom 19. Jan. 1853.
51) Des L 3 Jc 6b vom 28. Jan. 1853.
52) Hb. MJ, S. 702.

gleich zu den übrigen deutschen Staaten — als ersten Schritt versuchsweise und mit einem festen Ziel ins Werk gesetzt hatte, wurde unter Fürst Georg Wilhelm — dem Zeitgeist entsprechend — verwirklicht; spät im Vergleich zu manch anderem deutschen Staate[53], aber noch früh genug, um nicht der beginnenden notwendigen Assimilation zwischen Christen und Juden hinderlich im Wege zu stehen.

DIE JUDEN IN SCHAUMBURG-LIPPE BIS ZUR GEGENWART

Seit der Gleichberechtigung der Juden setzte eine starke Assimilation zwischen Christen und Juden ein, so daß — auch in Schaumburg-Lippe — viele eigenständige jüdische Werte verloren gingen[1]. Wie in allen anderen deutschen Ländern gab es in Schaumburg-Lippe Anhänger des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, die ihr Deutschtum hervorhoben, sowie Verfechter des Zionistischen Gedankens, die die Eigenständigkeit des Judentums vertraten[2]. Einzelheiten über die schaumburg-lippischen Verhältnisse — auch rein zahlenmäßig — müßten für diese Zeit an Hand der noch ungesichteten Archivalien gesondert geklärt werden. Fest steht aber, daß stets jüdische Familien ihren Wohnsitz in Schaumburg-Lippe hatten und bis zum heutigen Tage noch hier leben. Ihre Zahl blieb seit dem 19. Jahrhundert ziemlich konstant, lediglich eine Abwanderung aus den ländlichen Gemeinden in die Städte setzte allmählich ein[3], so daß um die Jahrhundertwende in Bückeburg 17 jüdische Familien lebten[4], in Stadthagen etwa 10[5], in Hagenburg und Steinhude 6—7[6].

[53]) Napoleonische Gebiete 1808.

[1]) Hb. MJ, S. 702.

[2]) Hb. MJ, S. 707.

[3]) nach Auskunft der Meldebehörden.

[4]) Manuskript des Herrn Carl Krüger, Bückeburg, vom 17. 3. 1965, betitelt: „Die jüdischen Familien in Bückeburg vor 70 Jahren". Hier werden außerdem der genaue Wohnort, der Beruf oder die Handlung und die Teilnahme am 1. Weltkrieg aufgeführt.

[5]) Nach Auskunft des dortigen Einwohnermeldeamtes.
Die nur geschätzten Zahlen ergeben sich daraus, daß die jüdischen Einwohner nicht familienweise, sondern einzeln aufgeführt wurden.

[6]) Nach Auskunft des Standesbeamten a. D., Herrn A. Gessert, Hagenburg, sowie des 82jährigen Herrn Fr. Könemann, Hagenburg, der früher als Knecht bei einem Juden diente.

Einzelne Familien auf dem Lande lebten in Petzen, Frille[7] und Bergkirchen[6]. Weitere konnte ich nicht ermitteln. 1911 wurde ein *Gesetz, betreffend die rechtliche Stellung der Synagogengemeinde*[8] erlassen, das dieselbe zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erklärte, die der jüdische Gemeindevorsteher zu vertreten hatte. Während der Weimarer Zeit änderte sich kaum etwas. Unter den immer drückender werdenden Verhältnissen des Nationalsozialismus wanderten dann bis 1937/38 einige der heimischen Juden aus[9]. Deportationen in verschiedene Lager fanden ab 1942 statt. Nur wenige Juden konnten sich mit Hilfe von Freunden verbergen und wurden deshalb verschont[10]. Nach der Kapitulation kamen einige emigrierte Juden zurück; sie sind aber inzwischen verstorben oder fortgezogen. Soweit ich in Erfahrung brachte[11], befindet sich mit Sicherheit im heutigen Landkreis Schaumburg-Lippe nur noch eine jüdische Familie in Stadthagen.

Als Ergebnis der Betrachtungen möchte ich zusammenfassen, daß manche Besonderheit in der Stellung der Juden in Schaumburg-Lippe auf die räumlich kleinen Verhältnisse zurückzuführen ist, die dort herrschten. Die Probleme stellten sich ganz anders dar als in großen Staaten und bedurften oftmals einer Lösung außerhalb der Norm. Manche Idee, schon zum Plan gereift, konnte gegen den Geist der Zeit trotz besserer Einsicht nicht verwirklicht werden. Mochte auch das Land einen günstigen Boden für manche judenpolitische Maßnahme und fortschrittliche Einzelleistung bieten, am Ende fehlten doch Mittel, Möglichkeiten und politische Selbstsicherheit, um ein festgefügtes Ganzes — vor allem unabhängig und ohne den Blick zu den Großen — entstehen zu lassen.

---

[7]) Nach Auskunft meiner Großeltern (Petzen).

[8]) LVO vom 16. März 1911, Band 23, S. 13/15.

[9]) Nach Auskunft des Herrn Dr. Fr. Bauer, Bückeburg, sowie der Einwohnermeldeämter in Bückeburg und Stadthagen.

[10]) in Bückeburg (Nach Auskunft des dortigen Einwohnermeldeamtes).

[11]) Genaue Feststellungen zu treffen, fällt schwer, da infolge der Assimilation manche Juden zum Christentum übergetreten sind oder Nichtjuden geheiratet haben; die Nachkommen aus diesen Ehen sind Hald-Juden, Viertel-Juden usw.

QUELLEN, LITERATUR

a) Ungedruckte Quellen

Staatsarchiv Bückeburg (zitiert Des K . ., bzw. Des L . .):
Des K 1 F Nr. 2
Des K 1 J 27 Vol. I u. II
Des K 1 P 42, 66—69, 71, 123, 127, 134
Des K 2 A 4 A 46
Des K 2 A 4 B 24
Des K 2 A 4 H 4
Des K 2 F 2 A Nr. 4 Vol. I
Des K 2 J 3 Nr. 5, 8—11
Des K 2 P 1 Nr. 48, 52 Vol. I—III, 53 84, 85, 179, 384, 399, 422, 423
Des K 2 Z 5 Nr. 18
Des K 90 Ka 3—217 (mit Lücken)
Des L Oc (Capaunsche Sammlung Schaumburg-Lippischer Urkunden), Bd. 10, Nr. 105, Bd. 11, Nr. 175
Des L 1 III Ca 20
Des L 2 B 91, 109
Des L 2 H 24, 80
Des L 2 J 20—27, 34, 49a—b, 58—62
Des L 2 M 31
Des L 2 S 37
Des L 2 Z 32
Des L 3 Ad Nr. 10
Des L 3 Cb Nr. 1n
Des L 3 Ja 1n, 98
Des L 3 Jc 1—28a
Des L 3 Mc 141
Des L 3 Sf 41
Des L 9 Nr. 1 Vol. II Nr. 131, Vol. III[a] Nr. 14, 24, Vol. IV[a] Nr. 5, 9, Vol. IV[c] Nr. 29, 48, 50, Vol. IV[d] Nr. 56, Vol. V[b] Nr. 70, 79½
Des L 20 C 6
Des L 24 J 5—7
Des L 101 a S 1—37
Des L 101 b J 1—80
Des L 102 A Nr. 2. 230, 232, 234, 270, 321, 322, 338, 413a, 429, 455—456, 690a, 713, 727, 733, 739, 742, 749, 751—754, 782, 811, 817, 920
Des L 102 B Nr. 84—85, 204, 209
Des L 102 R
Des L 102 Brandkataster von 1841—1870
Des L 102 Kontrib.-Kataster (Vol. XI) von 1874—1886
Des L 120 a E 339
Des L 120 b A Nr. 350, 418
Des L 122 a Register
Des L 122 a C 202, 615
Stadtarchiv Stadthagen (zitiert A . . .):
A Hoheitssachen, Judenangelegenheiten
A 20 Nr. 2—14, 16

Staatsarchiv Hannover:
Cal. Br. Arch. Des 23 IX Nr. 56
Des Hann. 9 Prädikate B Vol. I
Staatsarchiv Detmold:
Hoheits- und Polizeisachen XXXVII. Juden in der Grafschaft Lippe XIX, II Nr. 9
Gutsarchiv Remeringhausen:
Depos. 3 G R 31/44

b) Gedruckte Quellen (mit den zitierten Abkürzungen):

Anz. Frsttm. Sch.-L. = Anzeigen des Fürstentums Schaumburg-Lippe
Bundesakte = „Protokolle der deutschen Bundesversammlung", Bd. 1/Heft 1; darin: Protokoll der ersten Sitzung vom 5. Nov. 1816, II, art. 16: „Juden und bürgerliche Verbesserung", S 41; Frankfurt/Main 1816
Reichstagsabschiede = Alle des Heyligen Römischen Reiches gehaltene Abschiede, Mayntz MDCLX; (darin: die Cammergerichtsordnung von 1555)
PO = Schauenburgische Policey-Ordnung von 1615
Sch.-L. Kal. = Schaumburg-Lippischer verbesserter und (allein) privilegierter Kalender auf das 1743*ste* Jahr nach Christi Geburt (erschienen bis 1934)
Sch.-L. Ld.-Anz. = Schaumburg-Lippische Landesanzeigen
LVO = Schaumburg-Lippische Landesverordnungen
L. I.-Bl. = Lippische Intelligenzblätter
Sch.-L. Mittlg. = Schaumburg-Lippische Mitteilungen
Verf. Kurhessen = Sammlung von Gesetzen, Verordnungen, Ausschreibungen und andere allgemeine Verfügungen für Kurhessen

c) Allgemeine Literatur (mit den zitierten Abkürzungen):

Bömers, Staatsrecht = Karl Bömers: „Staatsrecht des Fürstentums Schaumburg-Lippe" in: Dr. Hch. Marquardtsen: „Handbuch des öffentlichen Rechts", Bd. 3, 2 Abt. 1
B. d. Wieden, Fürst Ernst = Helge Bei der Wieden: „Fürst Ernst und seine Wirtschaftspolitik", in: „Schaumburg-Lippische Mitteilungen", Heft 15, Bückeburg 1961, darin II, a.) „Die Stellung der Juden", S. 77—82
Berliner, Leben d. dtsch. Juden i. MA = Prof. Dr. A. Berliner: „Aus dem Leben der deutschen Juden im Mittelalter", Berlin 1900
Demandt, Hessen = K. E. Demandt: „Geschichte des Landes Hessen", Kassel/Basel 1959
Eichhorn = K. Fr. Eichhorn: „Einleitung in das deutsche Privatrecht", Göttingen 1829
Grotefend = Otto Grotefend: „Taschenbuch der Zeitrechnung des deutschen Mittelalters und der Neuzeit", Hannover 1941
Fremdwörterbuch = J. Chr. Aug. Heyse: „Fremdwörterbuch", Leipzig 1877
Lamprecht, Wirtsch.- Leben = Karl Lamprecht: „Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter", Bd. I, 1,2 Leipzig 1886
Ldkr. Sch.-L. = „Die deutschen Landkreise; Handbuch für Verwaltung, Wirtschaft und Kultur", dabei Bd. 12, Reihe Niedersachsen: „Der Landkreis Schaumburg-Lippe", Bremen 1955
Mitteis, Rechtsgesch. = Hch. Mitteis: „Deutsche Rechtsgeschichte", München/Berlin 1960

Hb. M J. = „Monumenta Judaica — Handbuch", Köln 1963
Ktg. M J. = „Monumenta Judaica — Katalog", Köln 1963
N Städtebuch = E. Keyser: „Deutsches Städtebuch — Niedersachsen", Stuttgart 1952
Prinz, fam.-gesch. Quellen = Jos. Prinz: „Die familiengeschichtlichen Quellen des Landes Schaumburg-Lippe", in: „2. Bericht der Ostfälischen familienkundlichen Kommission", Heft II, 1934
Rechtswörterbuch = „Deutsches Rechtswörterbuch", herausgegeben von der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 3, Weimar 1935—38
Runde = D. Just. Fr. Runde: „Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts", Göttingen 1806
Engel, Sch.-L. = „Geschichte des Landes Niedersachsen" von G. Schnath, H. Lübking, G. Möhlmann; darin S. 123—127, Dr. F. Engel: „Schaumburg-Lippe", Göttingen 1962
Schnee = Hch. Schnee: „Die Hoffinanz und der moderne Staat", Bd. 2 u. 3; Darin Bd. 3: „Die Hoffinanziers von Schaumburg-Lippe", S. 122—124, Hannover 1954/55
Schröder/v. Künßberg = Rich. Schröder/Eberh. Fhr. v. Künßberg: „Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte", Berlin/Leipzig 1932
Sombart = W. Sombart: „Die Juden und das Wirtschaftsleben", Leipzig 1911
Münzen, Maße, Gewichte = F. Engel: „Tabellen alter Münzen, Maße und Gewichte", Rinteln 1965
Taschenlexicon der Rechnungs-Münzen = J. H. Gerhardt: „Taschenlexicon der Rechnungsmünzen sämtlicher Reiche, Länder und Örter aller vier Erdteile", Leipzig 1817
Vehse, kl. dtsch. Höfe = Ed. Vehse: „Geschichte der kleinen deutschen Höfe", Bd. 5, Hamburg 1856
Zuckermann = Mendel Zuckermann: „Mitteilungen des Gesamtarchivs der deutschen Juden", 2. Jahrgang, darin: „Übersicht über den jüdisch-geschichtlichen Inhalt des Königl. Staatsarchives zu Hannover", Leipzig 1910
(1955 ergänzt und erweitert von Ludwig Lazarus)

d) Besondere Literatur (mit den zitierten Abkürzungen):

Glückel, Memoiren = „Die Memoiren der Glückel von Hameln", Autorisierte Übertragung nach der Ausgabe des Prof. Dr. David Kaufmann von Bertha Pappenheim, Wien 1910
Gronemann, Genealog. Studien = Dr. S. Gronemann: „Genealogische Studien über die alten jüdischen Familien Hannovers", Berlin 1913
Jb. f. jüd. Gesch. u. Lit. = „Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur 1936", dabei Bd. 30: „Die Wunstorfer Spanier" von Dr. Meier Spanier, Berlin 1937
Karpeles, Hch. Heine-Biogr. = Gust. Karpeles: „Hch. Heines Biographie", Hamburg 1885
Karpeles, Hch. Heine = Gust. Karpeles: „Heinrich Heine — aus seinem Leben und aus seiner Zeit", Leipzig 1899
Kaufmann, Ahnensaal = Dav. Kaufmann: „Aus Heinrich Heines Ahnensaal", Breslau 1896
Leben und Schicksal = „Leben und Schicksal — Zur Einweihung der Synagoge in Hannover", Hannover 1963

Lewinsky, Allgem. Ztg. d. Judentums = A. Lewinsky: „Heinrich Heines Urgroßvater", in: „Allgemeine Zeitung des Judentums", Jahrgang 66, Nr. 23, Berlin 1902

Religionsgespräch = „Religionsgespräch, gehalten am Kurfürstlichen Hofe zu Hannover 1704" (von Prof. Dr. A. Berliner, veranlaßt von Aaron Hirsch.) Berlin 1914

Schaer, Fr. W., Graf Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe. Schaumb. Studien 17 (1966).

Ulmenstein, Fam.-gesch. Wegweiser = Chr. Ullr. Frhr. v. Ulmenstein: „Familiengeschichtlicher Wegweiser durch Stadt und Land", Heft 12, darin S. 4: „Das Land Schaumburg-Lippe"

Ulmenstein, Rassische Mischehe = Chr. Ullr. Frhr. von Ulmenstein: „Die Nachkommen einer rassischen Mischehe", in: „Archiv für Sippenforschung", 11. Jahrgang, Heft 7, Görlitz 1934

Vorträge = „Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge", IX. Serie, Heft 196, darin: Fr. Helbig: „Die Sage vom ewigen Juden", Berlin 1874

Zipprich, Personenstandsregister = J. Zipprich: „Die Personenstandsregister im deutschen Reich", in: „Archiv für Sippenforschung" Bd. 8, Görlitz 1931

esche = Dr. Fr. W. Schaer: „Heinrich Heine und seine Bückeburger Ahnen", in: „die esche", 2/65 Bückeburg

LZ = „Schaumburg-Lippische Landeszeitung", darin Beilage vom 15. Februar 1964: „Gasthaus ‚Zur Falle' — ein Stück Bückeburger Geschichte", darin vom 18. März 1965: „Die Entwicklung Bad Eilsens vom Fürstenbad zum Sozialbad"

e) Manuskripte

Ludwig Lazarus, Hannover: „Friedhofsliste, Angaben über Lage und Größe" (undatiert)

Carl Krüger, Bückeburg: „Die jüdischen Familien in Bückeburg vor 70 Jahren", vom 17. 3. 1965

f) Abkürzungsverzeichnis

Anz.	= Anzeige (n)	Mgr	= Mariengroschen
AT	= Altes Testament	Mittlg.	= Mitteilung (en)
Biogr.	= Biographie	MJ	= Monumenta Judaica
Frsttm.	= Fürstentum	m p	= manu propria
Gr	= Groschen	NZ	= Neuzeit
Grschft.	= Grafschaft	PO	= Polizeiordnung
Hb.	= Handbuch	Rtl	= Reichstaler
Jb.	= Jahrbuch	Sch.-L.	= Schaumburg-Lippe
jüd.	= jüdisch	sc	= scilicet
Jg.	= Jahrgang	s. o.	= siehe oben
Ktg.	= Katalog	s. u.	= siehe unten
Lex	= Lexikon	Vortr.	= Vortrag, Vorträge
Ldkr.	= Landkreis	Wirtsch.	= Wirtschaft
Lit	= Literatur	Wiss.	= Wissenschaft
LVO	= Landesverordnung	Zschrft.	= Zeitschrift
LZ	= Landeszeitung	Ztg.	= Zeitung
MA	= Mittelalter		

REGISTER DER JÜDISCHEN NAMEN

Näheres über jüdische Namensgebung und deren Änderung s. S. 165 ff.

A
Abraham, Jacob 22, 81
— Seckel 81
Accum, Christian 36
— Friedrich 36
Ahron, s. Aron
Alexander, Sostmann 67
Aron, Meyer 119

B
Baruch, David (Ww.) 96
— Gedalje 50
— Isaak 77
— Jacob 48, 54
Behrend, Michel 122
Behrens, Gumpert 120
— Isaac 120
— Leffmann 10, 93 f., 102 f., 114, 120
Blank, Philip 124
Bückeburg, Chajjim, s. Heine, Heymann
Bückeburg, Chajjim, s. Heine, David Simon

C
Cohen, Lipmann, s. Behrens, Leffmann
— Sostmann 11

D
David, Feidel 121
— Michael 120

E
Engelländer, Abraham 115
— Marcus 115

F
Färber, Jacob 114
— Moses 79
Ferber, s. Färber
Fillis, Enax (?) 101

G
van Geldern, Betty; gen. Peierche 112 f.
— Gottschalk 112
Gerson, Philip 87
Glückel, s. Hameln
Gumpert, Hirsch 28/29

H
Hagen, Johann Fürchtegott 38
Hameln, Glückel von 12
Heine, Blümchen 88
— Daniel 105 f.
— David Simon 111, 120
— Edel 106
— Heinrich 80 Anm., 101, 111 ff.
— Heymann 111 f.
— Isaac 59, 79, 94, 101 ff., 111
— Isidor 110
— Joseph 47, 61, 67, 81, 106 ff.
— Lazarus 110
— Levi (I) 42, 44, 65, 79 ff., 104 ff.
— Levi (II) 90, 106 ff., 130
— Salomon 103
— Samson 112 f.
— Schlotgen 105
— Simon 50, 88, 111
Hertz, Aron 105
— Joseph 103
Herz, Abraham 43, 57
Hirsch, Charlotte 54
— Gumpel 50
— Zadeck 48 f.

I
Isaac, Gerson 44, 117, 121
— Moses 80
Isaak, Joseph (I) 38
— Joseph (II) 103, 117, 121
— Moses, s. Hagen, Johann Fürchtegott
— Salomon 21, 81
Israel, Moses 54, 86

J
Jacob, Ittel 85
— Kelau 85
Jaques, David 118 f.
Joel, Jette 16
Jonas, (Ww.) 29
Joseph, Elias 47
— Jacob 95

Joseph, Marcus 10, 96
— Meier 47
— Michael 20
— Moses 98

L
Leesemann, Jacob 53
Leiffmann, s. Leifmann
Leifmann, David 28/29
— Gumpert 28/29
— Itzig 28/29
Leser, Levin 9
— Moses 25 f., 79, 103 f., 114, 118
— Philip 58
— Simon 41, 79, 94, 114 ff.
Levi, Aron 28/29
— Jacob Alexander 16, 87
— Meyer 43, 80 f., 118
— Natan Moses 121
— Victor 28/29
Levin, s. Levi
Levison, Isaac 121

M
Manchen, Wulf 45, 86
Mannheim, Selig 55
Marcus, Bendix 86
— Herz, s. Accum, Christian
Mayer, Christophorus Paul 36
Meldola, Raphael 118
— Samuel 118
Mendeln, Sara 116
Mendelssohn, Moses 26
Meyer, Herz 43
— Levin 59
— Raphael 118
— Salomon 118
Meyerstein, Christian Gottlieb 130
— Isaac, s. Meyerstein, Christian Gottlieb
Michaelis, Jacob Isaac 121
Monnes, Marcus 87
Mosberg, Levi 130
— Moses 90
Mosheim, Carl 23
Moosberg, s. Mosberg
Moses, Coppel 96
— Jonas 28/29
— Monas 28/29
Moses, Simon 76
— Sostmann 28/29
Mucca, s. Accum, Friedrich

P
Peierche, s. van Geldern, Betty
Philip, Jacob 54
— Leser 88
Philipp, s. Philip
Popert, Martha Eva 112

R
Raphael, Isaac 125
— Simon 36
Röschen (Magd) 54

S
Saalfeld, Isaac 64
Sack, Valentin 9
Salfeld, Henriette 23
Salomo, s. Salomon
Salomon, Heine 96
— Isaac 9
— Lazarus 43
— Meier 29
— Raphael 64, 124 ff.
Samson, Jobst 59, 84
— Joseph 10
Samuel, Isaac 47
— Marcus 43
Sänger, David 59
— Isaac 59
— Leser 59, 101 f.
— Simon 102
Saul, Levi (Wwe.) 32
Schiff, Joseph 91
Seckel, Wwe. 45
Seligmann, Emanuel 95
Senger, s. Sänger
Simon, Ezechiel 122
Spanier, Hanne 106
— Heinemann 106, 115 ff.
— Levi 115
— Nathan 116
Statthagen, s. Samson, Joseph
Süskind, s. Levi, Jacob Alexander

W
Wallich, Meier 101